



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

3

Voranschlag

Zusatzerläuterungen
und Statistik

2011

Impressum

Redaktion

Eidg. Finanzverwaltung
Internet: www.efv.admin.ch

Vertrieb

BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern
www.bbl.admin.ch/bundespublikationen
Art.-Nr. 601.200.11d

INHALTSÜBERSICHT

Band 1 Bericht zum Voranschlag

Kommentar zum Voranschlag

Voranschlag

Kennzahlen des Bundes

Entwurf zum Bundesbeschluss über den Voranschlag für das Jahr 2011

Band 2A Voranschlag der Verwaltungseinheiten - Zahlen

Voranschlagskredite und Ertragspositionen

Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen

Band 2B Voranschlag der Verwaltungseinheiten - Begründungen

Voranschlagskredite und Ertragspositionen

Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen

Zusätzliche Informationen zu den Krediten

Band 3 Zusatzerläuterungen und Statistik

Zusatzerläuterungen

Statistik

Band 4 Sonderrechnungen

Fonds für die Eisenbahngrossprojekte

Infrastrukturfonds

Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen

Eidgenössische Alkoholverwaltung

Band 5 Finanzplan 2012-2014

Zahlen im Überblick

Ausgangslage, Strategie und Ergebnisse

Finanzplan 2012-2014

Anhang

Aufbau der Finanzberichterstattung

Band 1 informiert in konzentrierter Form über die finanzielle Lage des Bundeshaushalts. Der Anhang liefert wesentliche Zusatzinformationen für die Beurteilung des Zahlenwerks. In *Band 2* werden alle Informationen im Zusammenhang mit den Voranschlagskrediten und Ertrags- bzw. Einnahmenpositionen ausgewiesen. Im Unterschied zu den Bänden 1 und 3 sind in den Voranschlagskrediten und Ertragspositionen die Aufwände und Erträge aus der Leistungsverrechnung zwischen den Verwaltungseinheiten enthalten. *Band 2A* enthält die Zahlen, *Band 2B* die Begründungen. *Band 3* geht im Kapitel «Zusatzerläuterungen» unter anderem vertiefend auf einzelne Einnahmen- und Ausgabenpositionen ein, stellt Sensitivitätsanalysen für unterschiedliche Konjunkturszenarien dar und erläutert Querschnittsfunktionen (Personal, Informations- und Kommu-

nikationstechnologien, Bundestresorerie sowie die FLAG-Steuerung). Der Statistikteil zeigt detaillierte Finanzinformationen im Mehrjahresvergleich.

Band 4 enthält die Sonderrechnungen, welche ausserhalb der Bundesrechnung (Bände 1-3) geführt werden.

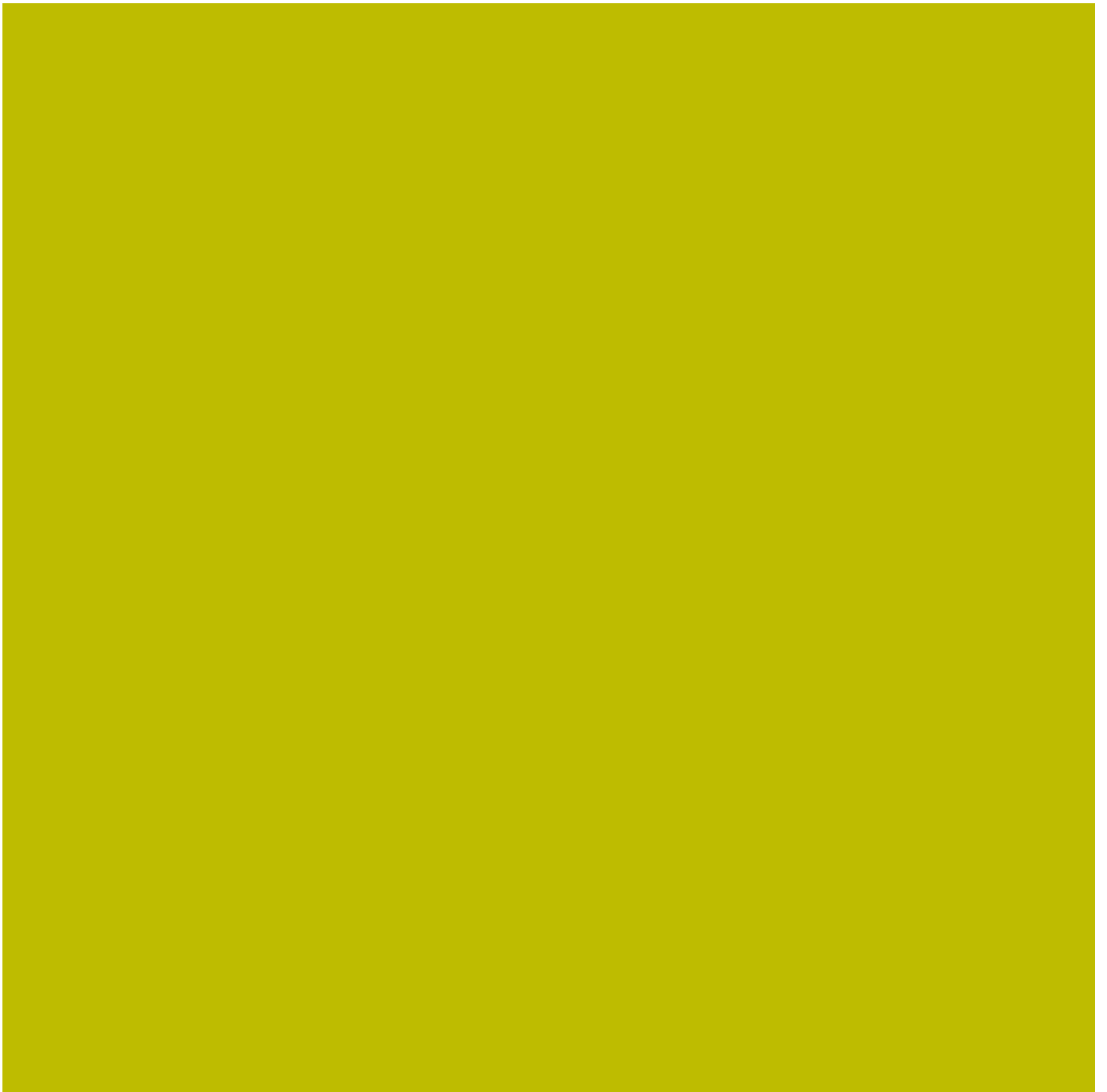
Band 5 zeigt die Entwicklung des Bundeshaushalts in den Finanzplanjahren. Die wesentlichen Aussagen finden sich im eigentlichen Berichtsteil. Weitergehende Informationen gibt der Anhang zum Bericht, welcher standardisierte Übersichten für jede der 44 Aufgaben der funktionalen Gliederung (Aufgabenportfolio) sowie der wichtigsten Einnahmenpositionen abbildet.

Zusatzerläuterungen und Statistik

Seite

Zusatzerläuterungen	5
1 Zusätzliche Erläuterungen zu ausgewählten Einnahmen	7
11 Direkte Bundessteuer	8
12 Verrechnungssteuer	10
13 Stempelabgaben	12
14 Mehrwertsteuer	14
15 Mineralölsteuer	15
16 Schwerkverkehrsabgabe	16
17 Erwartete Mehrbelastung aus Steuern und Sozialversicherungsabgaben	17
2 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten	19
21 Soziale Wohlfahrt	21
22 Finanzen und Steuern	23
23 Verkehr	25
24 Landesverteidigung	27
25 Bildung und Forschung	29
26 Landwirtschaft und Ernährung	30
27 Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	31
28 Übrige Aufgabengebiete	32
3 Haushaltsrisiken / Alternativszenarien	33
31 Haushaltsrisiken	33
32 Alternativszenarien	35
4 Querschnittsfunktionen	37
41 Personal	37
42 Informations- und Kommunikationstechnologien IKT	40
43 Bundestresorerie	43
44 Beratungsaufwand	44
5 Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG	45
6 Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung	47
7 Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten	49
Statistik	51
A Übersicht	55
B Finanzierungsrechnung	59
B1 Einnahmen nach Kontengruppen	59
B2 Ausgaben nach Kontengruppen	62
B3 Struktur nach Aufgabengebieten	68
B4 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	76
C Erfolgsrechnung	81

ZUSATZERLÄUTERUNGEN



Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Differenz zu VA 2010	
	2009	2010	2011	absolut	%
Ordentliche Einnahmen	60 949	58 208	61 943	3 735	6,4
Fiskaleinnahmen	55 890	53 822	57 268	3 446	6,4
Direkte Bundessteuer	17 877	16 485	17 547	1 062	6,4
Verrechnungssteuer	4 380	3 010	3 707	697	23,2
Stempelabgaben	2 806	2 650	2 750	100	3,8
Mehrwertsteuer	19 830	20 260	21 450	1 190	5,9
Übrige Verbrauchssteuern	7 279	7 390	7 448	58	0,8
Mineralölsteuer	5 183	5 055	5 105	50	1,0
Tabaksteuer	1 987	2 229	2 235	6	0,3
Biersteuer	110	106	108	2	1,9
Verkehrsabgaben	2 114	1 945	2 150	205	10,5
Automobilsteuer	312	325	360	35	10,8
Nationalstrassenabgabe	351	320	340	20	6,3
Schwerverkehrsabgabe	1 452	1 300	1 450	150	11,5
Zölle	1 033	920	1 020	100	10,9
Spielbankenabgabe	415	370	405	35	9,5
Lenkungsabgaben	151	792	791	-2	-0,2
Übrige Fiskaleinnahmen	4	-	-	-	-
Regalien und Konzessionen	1 354	1 323	1 335	12	0,9
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	246	233	264	31	13,4
Gewinnablieferung SNB	833	833	833	0	0,0
Zunahme des Münzumlafs	53	62	42	-20	-32,5
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	187	168	168	0	0,0
Übrige Regalien und Konzessionen	35	27	28	0	1,3
Finanzeinnahmen	1 608	1 212	1 367	155	12,8
Zinseinnahmen	535	429	563	135	31,5
Beteiligungseinnahmen	771	775	800	25	3,2
Übrige Finanzeinnahmen	303	8	3	-5	-60,0
Übrige laufende Einnahmen	1 802	1 668	1 597	-71	-4,3
Entgelte	1 396	1 257	1 192	-64	-5,1
Wehrpflichtersatzabgabe	148	140	160	20	14,3
Gebühren	227	207	224	17	8,4
Rückerstattungen	198	98	109	11	10,8
EU Zinsbesteuerung	166	186	135	-51	-27,3
Übrige Entgelte	657	626	564	-62	-9,8
Verschiedene Einnahmen	406	412	405	-7	-1,7
Investitionseinnahmen	295	183	376	194	106,2

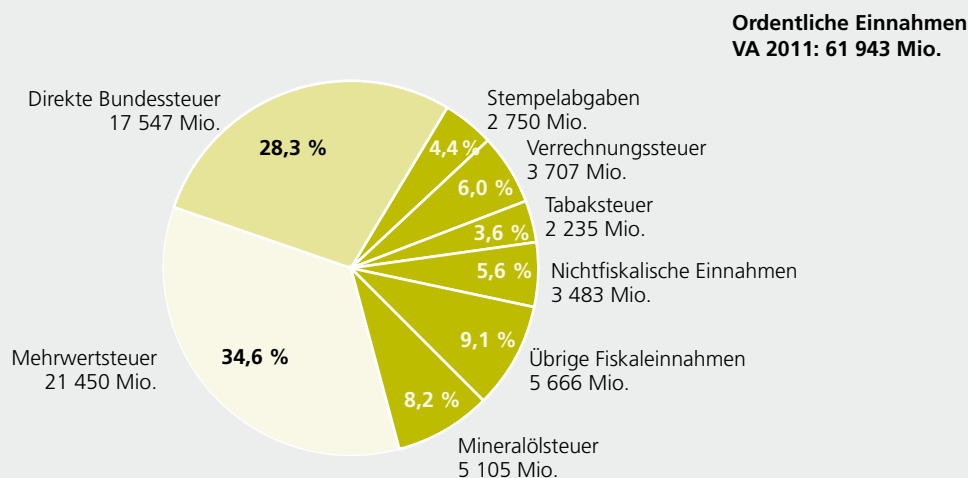
Die Grafik auf der nächsten Seite zeigt die Struktur der für 2010 budgetierten Einnahmen. Die Mehrwertsteuer (MWST) bleibt mit gut einem Drittel an den Gesamteinnahmen die wichtigste Einnahmenquelle des Bundes. Gegenüber dem Vorjahresbudget verändert sich ihr Anteil kaum, trotz der proportionalen Erhöhung der MWST um 0,4 Prozentpunkte zugunsten der Invalidenversicherung. Denn auch andere Einnahmen verzeichnen ein kräftiges Wachstum, so etwa die Bundessteuer, die ihren Anteil von gut 28 Prozent damit auch halten kann. Insgesamt bleibt die Einnahmenstruktur konstant.

Sowohl die direkten Steuern (direkte Bundessteuer und Verrechnungssteuer) als auch die indirekten Steuern (d.h. alle anderen Fiskaleinnahmen) legen in der Summe – immer verglichen mit dem Voranschlag 2010 – kräftig zu. Die Zunahme der direkten

Steuern fällt indessen mit 9 Prozent deutlich stärker aus als derjenige der indirekten (+5,0%). Der Unterschied liegt zur Hauptsache darin begründet, dass bei den direkten Steuern der höhere erwartete Ertrag der Verrechnungssteuer (+700 Mio.) die Entwicklung dominiert, während bei den indirekten Steuern der Anstieg des MWST-Ertrags infolge der IV-Zusatzfinanzierung für sich alleine genommen zwar bedeutend ist und den Zuwachs der Verrechnungssteuer gar übertrifft (+ 860 Mio.), aufgrund der Masse der MWST deren Wachstumsrate aber doch nicht in stärkeren Ausmass nach oben zu ändern vermag.

Im Folgenden wird die Entwicklung einzelner Komponenten der ordentlichen Bundeseinnahmen kommentiert. Ausserdem wird aufgezeigt, welche Mehrbelastung an Steuern und Sozialversicherungsabgaben in 2011 erwartet wird.

Struktur der Einnahmen



11 Direkte Bundessteuer

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010 absolut	%
Direkte Bundessteuer	17 877	16 485	17 547	1 062	6,4
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	29,3	28,3	28,3		
Steuer auf Reinertrag juristischer Personen	8 157	7 491	7 414	-77	-1,0
Steuer auf Einkommen natürlicher Personen	9 877	9 114	10 268	1 154	12,7
Pauschale Steueranrechnung	-157	-120	-135	-15	-12,5

Die direkte Bundessteuer wird auf dem *Einkommen natürlicher Personen* sowie auf dem *Reingewinn juristischer Personen* erhoben. Bei der Schätzung der Einnahmen der natürlichen Personen werden die Einkommen der Haushalte als Grundlage verwendet, bei den juristischen Personen die geschätzten Unternehmensgewinne. In beiden Fällen muss auch die zeitliche Verzögerung berücksichtigt werden, die sich aus dem Veranlagungs- und Bezugsverfahren ergibt.

Das Voranschlagsjahr 2011 ist das «Hauptfälligkeitsjahr» der Steuerperiode 2010: Auf dem im Jahr 2010 erwirtschafteten Einkommen oder Gewinn werden die Steuern im Jahr 2011 fällig.

Im Frühjahr 2011 wird die Steuerschuld für die abgelaufene Steuerperiode 2010 erstmals in Rechnung gestellt. Diese Rechnung beruht jedoch noch auf einer provisorischen Veranlagung, in der Regel gestützt auf die Steuererklärung des Vorjahres (vgl. Schema). Die Steuerpflichtigen können aber der Steuerbehörde Änderungen in ihrer Einkommenssituation frühzeitig melden, damit dies bei der provisorischen Veranlagung berücksichtigt wird. Das Veranlagungs- und Bezugsverfahren führt zu einer effektiven Verzögerung von mindestens ein bis zwei Jahren zwi-

schen der Erwirtschaftung eines Einkommens oder Unternehmensgewinns durch den Steuerpflichtigen und der Verbuchung einer daraus entstehenden Einnahme durch den Bund. Zahlungen können sich über mehrere Jahre erstrecken und führen somit beim Bund auch zu «Eingängen aus früheren Perioden». Die definitive Veranlagung für das Steuerjahr 2010 liegt auch bei der Fälligkeit der Steuerschuld des darauf folgenden Steuerjahres (2011, per 31.3.2012) nicht in jedem Fall vor; im Schema ist dies durch die zeitliche Streckung der Zeitspanne für die definitive Veranlagung dargestellt.

In den letzten Jahren ist eine Tendenz in Richtung einer Verkürzung der beschriebenen Verzögerung bei der Veranlagung zu beobachten, dies vor allem bei den bedeutendsten juristischen Personen. Diese melden der Steuerbehörde ihre steuerbaren Gewinne aus dem fälligen Steuerjahr frühzeitig. Die provisorische Rechnungsstellung erfolgt somit weitgehend auf Basis der Gewinne im fälligen Steuerjahr.

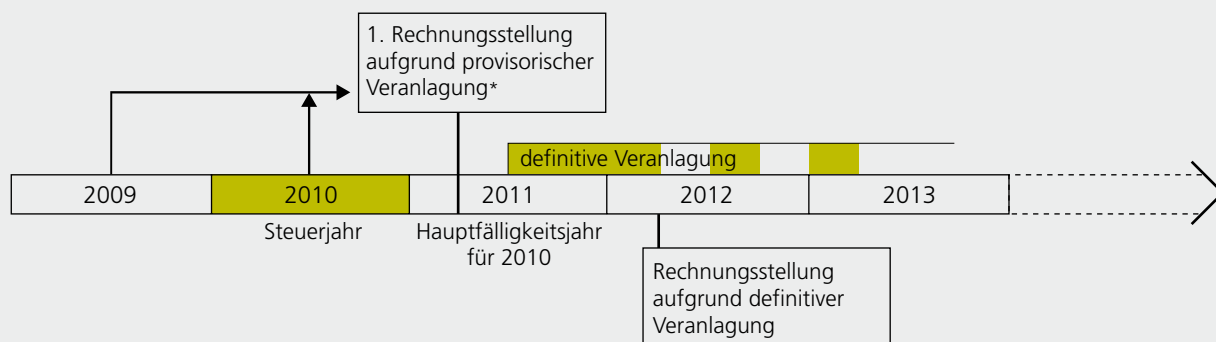
Die Einnahmen des Jahres 2011 hängen primär von den Unternehmensgewinnen und Haushaltseinkommen ab, die in den Jahren 2009 und 2010 erwirtschaftet werden. Dabei haben sich

insbesondere die Haushaltseinkommen im Krisenjahr 2009 dank einer weiterhin positiven Nettozuwanderung und insgesamt höheren Arbeitnehmereinkommen besser entwickelt als erwartet. Aus diesem Grund wird im laufenden Jahr mit deutlich höheren Einnahmen bei den Steuern auf dem Einkommen natürlicher Personen gerechnet. Diese Entwicklung setzt sich auch im Voranschlagsjahr 2011 fort und erklärt den hohen Einnahmewachstum im Vergleich zum Voranschlag 2010. Im Vergleich zur aktuellen Schätzung für das Jahr 2010 beträgt der Zuwachs der Steuer auf Einkommen natürlicher Personen im Voranschlagsjahr 2011 noch 2,1 Prozent. Bei den Steuern auf dem Reinertrag juristischer Personen hingegen wird trotz der wirtschaftlichen Erholung im Jahr 2010 mit einer Stagnation auf dem Vorjahresniveau gerechnet. Aufgrund der Möglichkeit der Unternehmen, Verlustvorträge geltend zu machen, wird ein Anstieg der Gewinnsteuern erst im Finanzplanjahr 2012 erwartet.

Im Jahr 2011 treten die Reformen zur steuerlichen Entlastung von Familien mit Kindern sowie zum jährlichen Ausgleich der Folgen der kalten Progression in Kraft. Die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer dürften im Zuge dieser beiden Reformen um bis zu 1,1 Milliarden abnehmen. Allerdings sind die finanziellen Auswirkungen dieser Gesetzesänderungen aufgrund des beschriebenen Veranlagungs- und Bezugsverfahrens erst im Finanzplanjahr 2012 bei den Einnahmen spürbar. Im Voranschlagsjahr werden die Mindereinnahmen auf weniger als 100 Millionen geschätzt.

Die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer stehen dem Bund nicht vollumfänglich zur Verfügung. 17 Prozent oder rund 3 Milliarden der gesamten Erträge der natürlichen und juristischen Personen, vor Abzug der pauschalen Steueranrechnung (135 Mio.), gehen an die Kantone.

Direkte Bundessteuer: Veranlagungsverfahren



* Die provisorische Veranlagung erfolgt zum Grossteil noch aufgrund der Angaben über die Einkommenslage von 2009. Die Steuererklärung über die im Jahr 2010 erwirtschafteten Einkommen wird erst im späteren Verlauf von 2011 (oder im Jahr 2012) ausgewertet.

12 Verrechnungssteuer

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010	
				absolut	%
Verrechnungssteuer	4 380	3 010	3 707	697	23,2
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	7,2	5,2	6,0		
Verrechnungssteuer (Schweiz)	4 373	3 000	3 700	700	23,3
Steuerrückbehalt USA	7	10	7	-3	-30,0

Der Ertrag aus der *Verrechnungssteuer* unterliegt starken jährlichen Schwankungen, die seine Voraussage erschweren. 2004 wurde beschlossen, im Budget und im Finanzplan neu den Betrag einzustellen, der ungefähr einem langjährigen Durchschnitt entspricht. Zu dieser Entscheidung kam es vor allem aus folgenden zwei Gründen:

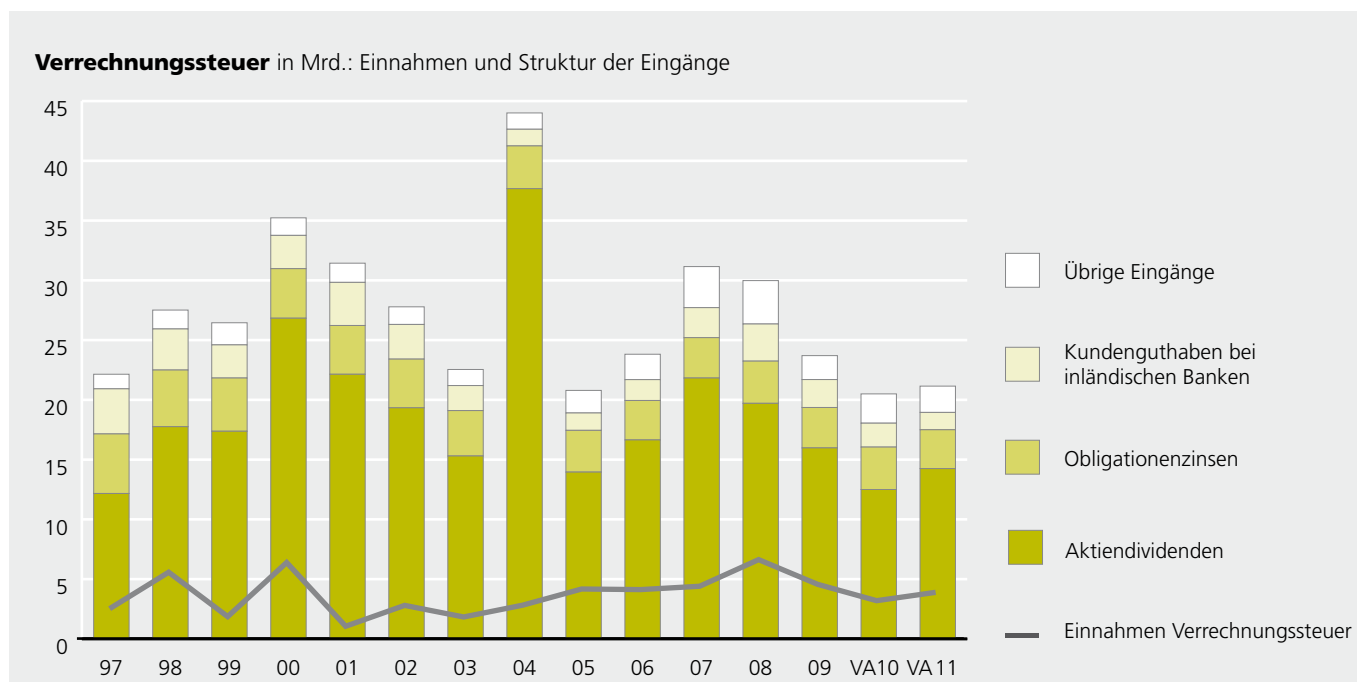
- Erstens ist es unmöglich, den Ertrag einer Abgabe, die sich aufgrund aussergewöhnlicher, von Natur aus unvorhersehbarer Faktoren als ausserordentlich volatil erweist, präzise zu schätzen.
- Zweitens vermeidet man im Hinblick auf die angestrebte finanzpolitische Stabilität sinnvollerweise, dass sich die starken Schwankungen dieser Abgabe via Schuldenbremse in den jährlichen Ausgaben niederschlagen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein Teil des Verrechnungssteuerertrags aus Eingängen resultiert, die keine gesicherten, sondern bloss vorläufige Werte darstellen.

Für den Voranschlag 2011 wurde die Schätzmethode einer Prüfung unterzogen. Die Gründe, aus denen in den letzten Jahren auf eine punktuelle Schätzung verzichtet wurde, treffen jedoch immer noch zu. Ausserdem eignet sich das arithmetische Mittel als Schätzmethode angesichts der Besonderheiten der Verrech-

nungssteuer und der Anforderungen der Schuldenbremse weiterhin sehr gut.

Erstens ist immer noch sehr unsicher, wie hoch der Verrechnungssteuerertrag für ein bestimmtes Jahr ausfallen wird. Die Eingänge waren nämlich auch in den vergangenen Jahren sehr volatil. Von 2005 bis 2007 erreichten sie rund vier Milliarden, 2008 sogar 6,4 Milliarden. 2009 sanken sie erneut auf 4,4 Milliarden. Die *Volatilität* dieser Abgabe ist hauptsächlich durch zwei Faktoren bedingt: zum einen handelt es sich bei dieser Fiskaleinnahme um eine *Saldogrösse*, das heisst sie resultiert aus der Differenz zwischen den Steuerabzügen (Eingängen) und den Rückerstattungen, die auf Antrag vorgenommen werden. Zum andern - und das ist der wichtigere Grund - besteht zwischen der Verbuchung der Eingänge und dem Datum der Einreichung der entsprechenden Rückerstattungs-gesuche eine mehr oder weniger grosse *zeitliche Verzögerung*.

Ausserdem vermag im Kontext der *Schuldenbremse* der Faktor k die anhaltend starken Schwankungen der Verrechnungssteuer nicht auszugleichen. Um zu vermeiden, dass sich diese starken Schwankungen auf die jährlichen Ausgaben niederschlagen, ist es demnach notwendig, eine *glättende Schätzmethode* zu benutzen. So gesehen ist die Wahl eines arithmetischen Mittels angemessen, weil es auf empirischen Angaben aus einem mehr



oder weniger langen Zeitraum beruht, der ungefähr einem Konjunkturzyklus entspricht. Schliesslich wird damit dem Buchhaltungsgrundsatz der Transparenz Genüge getan.

Es liegt in der Natur des mehrjährigen Durchschnitts, dass er die Daten widerspiegelt, auf deren Grundlage er berechnet wurde. Vorliegend sind dies aus der Vergangenheit stammende Daten, die nicht unbedingt mit der zukünftigen Entwicklung übereinstimmen. Tritt innerhalb eines Jahres eine grössere *strukturelle Veränderung* ein (z.B. wegen einer Gesetzesänderung oder einer Portfeuilleumschichtung im Zuge der Einführung neuer Finanzinstrumente), kann dieses Mittel vom Durchschnittsergebnis der kommenden Jahre abweichen. Sinnvollerweise ist deshalb das arithmetische Mittel allfälligen Änderungen des Steuerrechts oder anderer Faktoren, die eine dauerhafte Veränderung der Höhe der zukünftigen Einnahmen nach sich ziehen, anzupassen.

Die Höhe des mit einem Durchschnittswert ermittelten Betrags hängt massgeblich davon ab, auf welchen Zeitraum sich seine Berechnung stützt. Die 3-Milliarden-Schätzung in den Voranschlägen 2005 bis 2010 erwies sich eindeutig als zu niedrig. Sie entsprach dem Durchschnittsergebnis des Jahrzehnts 1994 bis 2003, dem letzten bekannten Jahreswert für die Budgetierung 2005. Doch in den letzten Jahren übertrafen die Einnahmen regelmässig das bisher verzeichnete Durchschnittsniveau.

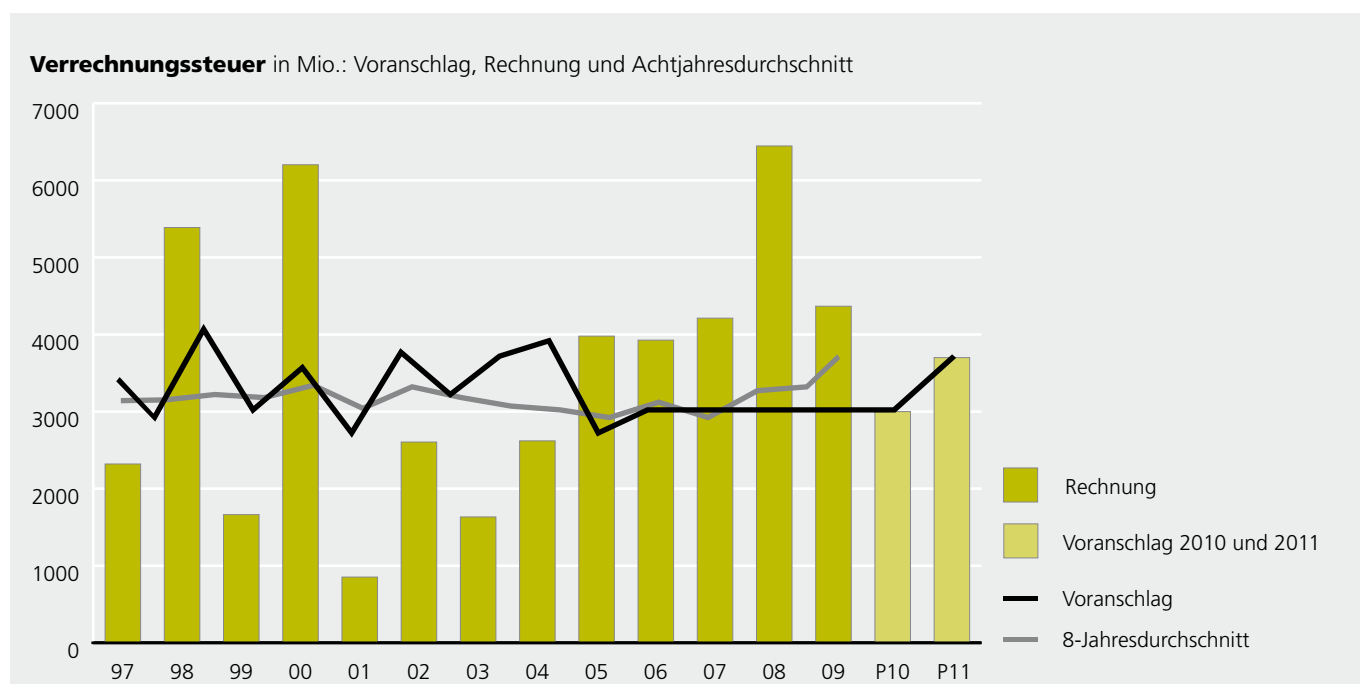
Der für die Berechnung des Durchschnitts berücksichtigte Zeitraum beträgt für den *Voranschlag 2011 acht Jahre*, das heisst, er reicht von 2002 bis 2009, dem letzten derzeit bekannten Ergebnis. So können die jüngst verzeichneten hohen Resultate weitgehend berücksichtigt werden. Zudem ist der gewählte Zeitraum frei von den sägezahnförmigen Schwankungen, die durch den

Zweijahreszyklus bedingt waren, der die Verrechnungssteuer bis zu Beginn des Jahrtausends auszeichnete (wegen zweijähriger Veranlagung der natürlichen Personen). Die Budgetschätzung beträgt 3,7 Milliarden. Dieser Wert liegt leicht unter den Ergebnissen der letzten fünf Jahre; darin sind aber auch die Unsicherheiten bezüglich der Entwicklung des potenziellen Steuerertrags berücksichtigt.

Die nachfolgende *Grafik* zeigt die Einnahmen aus der Verrechnungssteuer seit 1997 (Balken) sowie die budgetierten Beträge (schwarze Linie). Beachtenswert ist die Schätzung von drei Milliarden, die im Zeitraum von 1994 bis 2003 als Durchschnitt errechnet wurde und für die Voranschläge 2005 bis 2010 als Grundlage diente.

Zur Information ist auch das *gleitende arithmetische Mittel* (graue Linie) angegeben, das über einen Zeitraum von acht Jahren berechnet wurde und auf dem die Schätzung im Budget 2011 beruht. Das Ergebnis des Durchschnitts ist im letzten Jahr angegeben, das für die Berechnung berücksichtigt wurde. Damit entspricht der Betrag des Jahres 2009 dem Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2009 (letztes derzeit bekanntes Ergebnis). Das arithmetische Mittel erlaubt in gewisser Masse nicht nur die Glättung der früheren sägezahnförmigen Entwicklung dieser Steuer, sondern auch die Glättung der Sonderfaktoren.

Ausserdem wird sichtbar, dass sich der Durchschnitt in den letzten Jahren auf ein tendenziell leicht höheres Niveau verschob, wobei diese Erhöhung den guten Ergebnissen zu verdanken ist, die seit 2005 verzeichnet werden. Von etwa 3,3 Milliarden in den Jahren 2007 und 2008 stieg er - berechnet auf der Basis der letzten acht bekannten Jahresergebnisse - im Jahr 2009 auf 3,7 Milliarden; dieser Wert wurde im Voranschlag 2011 übernommen.



13 Stempelabgaben

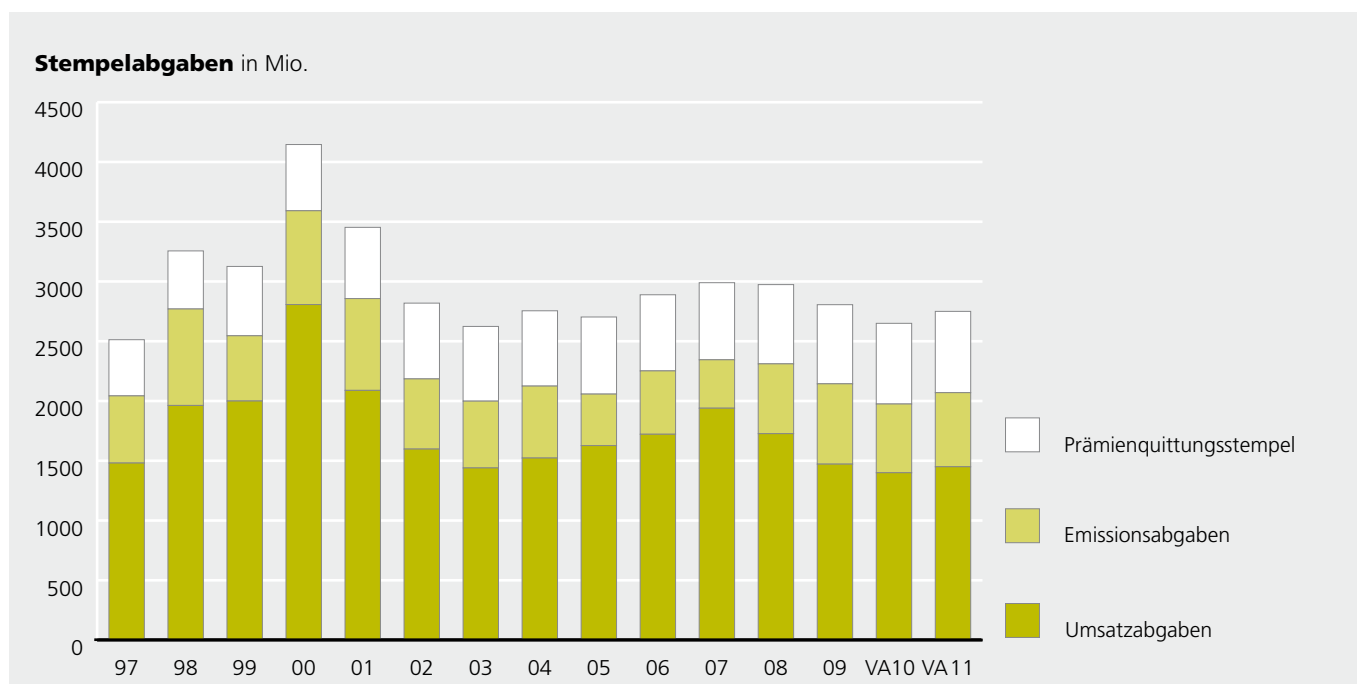
Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010 absolut	%
Stempelabgaben	2 806	2 650	2 750	100	3,8
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	4,6	4,6	4,4		
Emissionsabgabe	672	575	620	45	7,8
Umsatzabgabe	1 472	1 400	1 450	50	3,6
Inländische Wertpapiere	228	150	200	50	33,3
Ausländische Wertpapiere	1 244	1 250	1 250	0	0,0
Prämienquittungsstempel	662	675	680	5	0,7

Die *Stempelabgaben* schwankten in den vergangenen Jahren stark. Beeinflusst werden sie insbesondere von der Konjunktur-entwicklung im In- und Ausland, vor allem von der grossen Zahl neuer oder expandierender Gesellschaften (Emissionsabgabe) sowie in noch grösserem Ausmass von der äusserst volatilen Entwicklung des Börsengeschehens (Umsatzabgabe). Ferner prägen sie auch die zahlreichen Gesetzesänderungen, die seit 1993 vorgenommen wurden. Namentlich die Gesetzgebung zur Umsatzabgabe wurde mehrmals revidiert, um der Globalisierung der Börsengeschäfte Rechnung zu tragen und der Konkurrenz seitens der ausländischen Börsen standhalten zu können.

Dieses von stetem Wandel gezeichnete und sehr instabile Umfeld erschwert die Prognose der Erträge aus der Stempelabgabe. Besonders heikel ist die Schätzung der Einnahmen aus den Umsatzabgaben, die über die Hälfte des Gesamtertrags der Stempelabgaben ausmachen. Die Umsatzabgabe wird nämlich zum grössten Teil auf den Börsengeschäften erhoben, die den naturgemäss unvorhersehbaren Schwankungen der Aktienmärkte unterliegen. Ausserdem sind sie den Folgen der Strukturapas-

sungen im Angebot an Finanzprodukten und in den Anlagestrategien der Investoren ausgesetzt. Die zukünftigen Auswirkungen solcher Veränderungen sind naturgemäss kaum quantifizierbar. In letzter Zeit wurde das Wachstum der Erträge aus der Umsatzabgabe aufgrund der Zunahme der steuerbefreiten Investoren und aufgrund der neuen Anlagemöglichkeiten in steuerbefreite Produkte merklich geschmälert.

Seit dem Sommer 2007 wirkten sich die Finanzmarktkrise und die darauf folgende Wirtschaftsrezession sehr stark auf die Entwicklung der Stempelabgaben aus. Zunächst profitierte der Ertrag aus der Umsatzabgabe von Portfeuilleumschichtungen. Danach verzeichneten sie einen deutlichen Rückgang. Der für die Gesamtheit der Stempelabgaben für 2010 veranschlagte Betrag wird wahrscheinlich erreicht, da der Rückgang des Ertrags aus der Umsatzabgabe zu Ende zu sein scheint und bei der Emissionsabgabe Mehreinnahmen erwartet werden. 2011 könnten die Stempelabgaben im Zuge der konjunkturellen Erholung und der erwarteten positiven Entwicklung an den Börsenmärkten eine leichte Zunahme verzeichnen.



Die Budgetierung der *Emissionsabgabe* gründet auf der Annahme einer erneuten Steigerung des Volumens der privaten Obligationenanleihen sowie - als Fortsetzung des aktuellen Trends - einer anhaltenden Zunahme der Rekapitalisierung zahlreicher Unternehmen. Insbesondere die Refinanzierung des Bankensektors im Jahre 2011 dürfte punktuellen Mehreinnahmen zu Grunde liegen, obwohl diese weniger hoch ausfallen als 2010. Zudem dürfte das Auflegen neuer mittel- und langfristiger Obligationenanleihen durch den Bund zur Steigerung der Einnahmen aus den Emissionsabgaben beitragen, da diese auf Grund der Dauer der emittierten Obligationen berechnet werden.

Über drei Viertel des Ertrags aus den *Umsatzabgaben* entfallen auf Börsengeschäfte mit ausländischen Wertpapieren, der Rest entfällt auf den Handel mit inländischen Titeln. Im laufenden Jahr dürften die Einnahmen ungefähr den budgetierten Wert

erreichen, der infolge des bescheidenen Volumens der Aktiennotierungen gegenüber dem Vorjahresergebnis leicht rückläufig ist. Die zukünftige Entwicklung der Börsenkurse ist immer noch sehr ungewiss. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass die Börsentätigkeit durch das fortgesetzte weltweite Wirtschaftswachstum gestützt wird. Die Einnahmen aus der Umsatzabgabe dürften deshalb gegenüber dem Budget 2010 leicht zunehmen.

Die Einnahmen aus dem *Prämienquittungsstempel* stiegen in den letzten Jahren insgesamt nur sehr wenig: In gewissen Versicherungssparten reichte die Zunahme gerade aus, um den Rückgang der auf den Prämien der Lebensversicherungen erhobenen Abgaben auszugleichen. Für 2011 wird von der Annahme ausgegangen, dass diese Einnahmen nahe beim 2008 verzeichneten Wert zu liegen kommen werden.

14 Mehrwertsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010 absolut %	
Mehrwertsteuer	19 830	20 260	21 450	1 190	5,9
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	32,5	34,8	34,6		
Allgemeine Bundesmittel	16 065	16 430	16 680	250	1,5
Zweckgebundene Mittel	3 765	3 830	4 770	940	24,5
Krankenversicherung 5%	849	860	880	20	2,3
MWST-Prozent für die AHV (83%)	2 167	2 210	2 250	40	1,8
Bundesanteil am AHV-Prozent (17%)	444	450	460	10	2,2
MWST-Zuschlag 0.4% für die IV	–	–	860	860	–
Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte	305	310	320	10	3,2

Der Mehrwertsteuer unterliegen die Lieferungen von Gegenständen und die Dienstleistungen, die ein Unternehmen im Inland gegen Entgelt erbringt (einschliesslich Eigenverbrauch), sowie die Einfuhr von Gegenständen und der Bezug von Dienstleistungen von Unternehmen mit Sitz im Ausland.

Abrechnungspflichtig sind grundsätzlich selbständige Leistungserbringer, die einen Umsatz von jährlich mehr als 100 000 Franken aus steuerbaren Leistungen erzielen. Sie haben die Steuer auf dem Bruttoentgelt zu entrichten. Andererseits dürfen sie in ihrer Abrechnung die Steuer abziehen, die auf den von ihnen selber bezogenen Gegenständen und Dienstleistungen lastet (Vorsteuerabzug).

Am 1.1.2011 erfolgt eine auf dem Normalsatz basierende proportionale Anhebung der Mehrwertsteuersätze um 0,4 Prozentpunkte zugunsten der Invalidenversicherung. Die Mehrwertsteuererhöhung ist bis am 31.12.2017 befristet und soll dem Defizit und der anwachsenden Verschuldung der Invalidenversicherung Einhalt gebieten. Der Normalsatz für die meisten Lieferungen von Gegenständen und für nahezu alle Dienstleistungen wird in der Folge von 7,6 Prozent auf neu 8,0 Prozent angehoben. Der reduzierte Satz für Waren des täglichen Bedarfs wird um 0,1 Prozentpunkte erhöht und beträgt neu 2,5 Prozent. Der Sondersatz für Beherbergungsleistungen schlussendlich erhöht sich von 3,6 Prozent auf 3,8 Prozent. Aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung wird mit Mehreinnahmen von rund 1,1 Milliarden gerechnet. Im ersten Jahr fallen die Mehreinnahmen mit 860 Millionen allerdings geringer aus, da ein Teil der eingereichten Mehrwertsteuerabrechnungen noch auf den alten Steuersätzen beruht.

Eine Reihe von Leistungen sind von der Mehrwertsteuer ausgenommen, so namentlich in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Bildung, Kultur, Geld- und Kapitalverkehr, Versicherungen, Vermietung von Wohnungen und Verkauf von Liegenschaften. Wer solche Leistungen erbringt, hat jedoch kein Anrecht auf Vorsteuerabzug.

Die Einnamenschätzung stützt sich auf das prognostizierte Wachstum des nominellen Bruttoinlandprodukts (+2,7 %) und die aktuelle Einnamenschätzung für das laufende Jahr (20,2 Mrd.). Das Einnahmenwachstum im Vergleich zum Vorjahresbudget fällt mit 5,9 Prozent deutlich höher aus als das Wachstum des nominellen Bruttoinlandprodukts. Dies ist auf den bereits erwähnten Mehrwertsteuerzuschlag für die Invalidenversicherung per Anfang 2011 zurückzuführen und den damit verbundenen strukturellen Mehreinnahmen von rund 860 Millionen im selben Jahr. Eine zusätzliche Verzerrung des Einnahmenwachstums entsteht aufgrund jener finanziellen Auswirkungen der Mehrwertsteuerreform, die erst im Jahr 2011 eintreten (135 Mio.). Darüber hinaus wird der Bundesanteil an den Zinsen und Bussen aus der Mehrwertsteuer (70 Mio.) erstmals in den separaten Kontengruppen Zinsertrag respektive verschiedener Ertrag budgetiert. Korrigiert um die genannten Sonderfaktoren ergibt sich ein Einnahmenwachstum von 2,7 Prozent.

Bei den in der Tabelle aufgeführten Komponenten sind auch die Debitorenverluste enthalten. Insgesamt werden diese für 2011 auf 188 Millionen geschätzt. Aufwandseitig müssen zur Berechnung der jeweiligen Einnahmenanteile die Debitorenverluste anteilig abgezogen werden.

15 Mineralölsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010 absolut	%
Mineralölsteuer	5 183	5 055	5 105	50	1,0
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	8,5	8,7	8,2		
Mineralölsteuer auf Treibstoffen	3 087	3 010	3 040	30	1,0
Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	2 072	2 020	2 040	20	1,0
Mineralölsteuer auf Brennstoffen und Übrige	24	25	25	0	0,0

Der Ertrag aus den Mineralölsteuern hängt von verschiedenen Faktoren ab. Hauptbestimmungsgrößen sind der Fahrzeugbestand, die durchschnittliche jährliche Anzahl zurückgelegter Kilometer und der durchschnittliche Treibstoffverbrauch pro Kilometer.

Der *Motorfahrzeugbestand* wuchs in den vergangenen Jahren unablässig. So betrug die Zunahme im vergangenen Jahrzehnt rund 1,7 Prozent pro Jahr, wobei die Anzahl der Personenwagen im Durchschnitt um 1,5 Prozent pro Jahr zulegte. Uneinheitlich ist die Entwicklung der *Anzahl zurückgelegter Kilometer*, was die einzelnen Fahrzeugkategorien anbelangt.

Der *durchschnittliche Verbrauch* neuer Fahrzeuge ist im Allgemeinen geringer als derjenige der alten Fahrzeuge derselben Kategorie. Die Vereinigung der Schweizer Automobilimporteure hatte sich in einer Zielvereinbarung mit dem UVEK auf freiwilliger Basis verpflichtet, den durchschnittlichen Treibstoffverbrauch der neu in Verkehr gesetzten Personenwagen bis 2008 auf 6,4 l/km zu senken.

Der durchschnittliche Treibstoffverbrauch ist zwar kontinuierlich gesunken, jedoch langsamer als die vereinbarten 3 Prozent pro Jahr. Im Jahr 2009 sind nebst dem durchschnittlichen Leergewicht auch der durchschnittliche Verbrauch (erstmalig unter 7 Liter auf 100 km) sowie die CO₂-Emissionen (im Mittel auf 167 Gramm) gesunken. Des Weiteren sollten auch die Energie-Etikette und die Abstufung der kantonalen Motorfahrzeugsteuern nach technischen Besonderheiten zur Förderung der treibstoffeffizienten Fahrzeuge beitragen.

Bisherige Beobachtungen lassen darauf schliessen, dass ein *Konjunkturaufschwung*, wie er für 2010 erwartet wird, bei Unternehmen und Privaten tendenziell einen Mehrverbrauch an Treibstoff nach sich zieht, mit entsprechenden Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag 2010. Für das Jahr 2011 wird eine stagnierende Einnahmenentwicklung erwartet; die Steuersatzreduktion beim Benzin ab 1.10.2010 aber auch sinkende Einnahmen aus dem Tanktourismus (tiefer Euro-Kurs) wirken sich negativ aus.

Tanktourismus

Auch die Benzinnachfrage in den *Grenzgebieten* wirkt sich auf die Einnahmen aus. Sie hängt insbesondere von den Preisen im internationalen Vergleich ab. Das Bundesamt für Energie (BFE) und die Erdöl-Vereinigung (EV) haben beim Büro INFRAS in Bern und dem CEPE (Centre für Energy Policies and Economics) an der ETH Zürich eine Studie zum Thema «Tanktourismus» in Auftrag gegeben. Von Interesse sind in der im Juni 2010 veröffentlichten Studie insbesondere die Auswirkungen von Preiserhöhungen oder -senkungen auf den Treibstoffabsatz und damit indirekt auf die Steuereinnahmen eines Staates. Gemäss der Studie hat der Tanktourismus in der Schweiz in den letzten Jahren stark zugelegt. Beim Benzin hat er von 260 Millionen Litern im Jahr 2001 auf 386 Millionen Liter im Jahr 2008 zugenommen. Das entspricht einem Anteil von rund 10 Prozent des gesamten inländischen Benzinabsatzes. Die steuerlichen Mehreinnahmen für die Schweiz beliefen sich auf 286 Millionen Franken für die Mineralölsteuer und 52 Millionen Franken für die Mehrwertsteuer. In der gleichen Zeitspanne stieg der Tanktourismus beim Diesel von -70 Millionen Liter auf rund +70 Millionen Liter an. Das sind 4,2 Prozent des inländischen Dieselabsatzes im Jahr 2008. Die Studie zeigt, dass eine Erhöhung des Schweizer Benzinspreises um rund 20 Rp./l, beispielsweise durch die Erhöhung der Mineralölsteuer, zu einer Abnahme des Tanktourismus um 45 Prozent führen würde (entspricht 174 Mio Liter Benzin). Der Anteil des Tanktourismus am inländischen Benzinabsatz würde dadurch von 10 auf 5,5 Prozent einbrechen. Bei einer Erhöhung der Dieselpreise um 5 Rp./l würde der Tanktourismus um 62 Pro-

zent abnehmen und der Anteil am inländischen Dieselabsatz von heute 4,2 auf 1,6 Prozent sinken. Obschon die Schweiz kein ausgeprägtes Treibstoff-Tiefpreisland ist, war Benzin in den letzten Jahren immer günstiger als in den Nachbarländern. Die Preisdifferenz zwischen dem Ausland und der Schweiz hat beim Benzin von 15-20 Rappen pro Liter (Rp./l) im Jahr 2001 auf rund 45-50 Rp./l im Jahr 2008 zugenommen. Diesel hingegen war vor 2003 in der Schweiz teurer (und die Schweizer sind zum Tanken ins Ausland gefahren), danach je nach Land oft etwas günstiger als im benachbarten Ausland. Ursache für die wachsende Preisdifferenz beim Benzin und die Trendwende beim Diesel war vor allem der Verlauf des Wechselkurses zwischen Schweizer Franken und Euro: Wechselkursbereinigt wären die Preisdifferenzen zwischen 2003 und 2008 praktisch konstant geblieben.

Der Tanktourismus bringt der Schweiz zwar höhere Einnahmen, gleichzeitig aber auch höhere CO₂-Emissionen, da ihr die CO₂-Emissionen des von den Tanktouristen gekauften Treibstoffs angelastet werden. Die im Jahr 2008 durch Tanktourismus abgesetzte Menge an Benzin und Diesel entspricht dabei der Menge von über einer Million Tonnen CO₂.

Massnahmen zur Bekämpfung der negativen Auswirkungen des Tanktourismus werden vor allem in Ländern mit hohen Treibstoffpreisen wie Deutschland, Italien oder Frankreich diskutiert oder eingeführt. Auf EU-Ebene besteht die Absicht, die Mineralölsteuersätze in ihren Mitgliedstaaten zu harmonisieren und die Mindeststeuersätze stufenweise anzuheben.

16 Schwerverkehrsabgabe

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010	
				absolut	%
Schwerverkehrsabgabe	1 452	1 300	1 450	150	11,5
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	2,4	2,2	2,3		
Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte	944	836	731	-105	-12,5
Ungedeckte Kosten des Schwerverkehrs	–	–	206	206	–
Kantonsanteile	472	418	468	50	12,1
Übrige	36	46	45	-1	-2,9

Der deutliche Anstieg der Einnahmen aus der Schwerverkehrsabgabe ist darauf zurückzuführen, dass der für 2010 budgetierte Wert stark unterschätzt wurde. Der Voranschlag 2010 beruhte auf der Annahme, dass der konjunkturelle Einbruch eine massive Einbusse bei den LSVA-Eingängen nach sich ziehen würde. Es wurde eine überproportionale Wirkung auf die LSVA-Einnahmen erwartet, da insbesondere die transportintensiven Warenexporte und -importe sowie Investitionsgüterumsätze überdurchschnittlich stark rückläufig waren.

In den Zahlen zur Rechnung 2009 hat sich diese Entwicklung nicht bestätigt. Auch die Ergebnisse der ersten Hochrechnung für 2010 zeigen klar höhere Eingänge als veranschlagt. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass der BIP-Rückgang 2009 weniger stark ausfiel als erwartet. Insbesondere der Inlandkonsum hat sich als sehr robust erwiesen, und auch der Aussenhandel sowie die Investitionen haben nach einem starken Einbruch 2009 wieder deutlich angezogen. Zum anderen haben die LSVA-Einnahmen ganz allgemein weniger sensibel auf die konjunkturelle Entwicklung reagiert als angenommen.

Für 2011 liegen die Einnahmen aus der LSVA auf ähnlichem Niveau wie es aus heutiger Sicht für das Jahr 2010 erwartet wird. Die Schätzung beruht auf folgenden Elementen:

- Leicht höhere Einnahmen ergeben sich aus dem Entscheid des Bundesgerichts vom 19. April 2010 betreffend die im Jahr 2008 vorgenommene Erhöhung der LSVA. Dieses hat die Beschwerde der Eidg. Zollverwaltung gegen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Oktober 2009 gutgeheissen und das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aufgehoben. Damit werden 2011 im Unterschied zum Vorjahr alle Monate mit dem neuen Tarif abgerechnet.

- Schwer abzuschätzen ist, inwiefern die mit der wirtschaftlichen Entwicklung einhergehende Zunahme der transportierten Mengen zu zusätzlichen Einnahmen führen wird. Da sich die LSVA unabhängig von der Ladung nach dem höchstzulässigen Gesamtgewicht des Fahrzeuges bemisst, dürften sich kleinere Volumenänderungen nur wenig auf die Einnahmen auswirken.
- Die Entschädigung der Zollverwaltung für den Vollzug der LSVA wird ab 2011 von 7 auf 5 Prozent der Bruttoeinnahmen gesenkt. Angesichts der Entwicklung des Abgabevolumens in den letzten Jahren ist eine Kostendeckung mit dem neuen Entschädigungssatz weiterhin gewährleistet. Entsprechend fallen die Nettoeinnahmen etwas höher aus.
- Den Mehreinnahmen stehen Mindereinnahmen aus der Umstellung des Fahrzeugparks gegenüber. Die Tarifierung im Jahr 2008 sowie die Abklassierung der EURO 3-Fahrzeuge in die mittlere Abgabekategorie im Jahr 2009 haben den Erneuerungsprozess hin zu weniger umweltbelastenden und damit weniger stark besteuerten Lastwagen weiter angetrieben.

Der Ertrag aus der Schwerverkehrsabgabe ist zweckgebunden. Nach Abzug der Debitorenverluste sowie der Entschädigung der Kantone für den Vollzug der LSVA und die polizeilichen Kontrollen wird ein Drittel den Kantonen und zwei Drittel dem Bund zugewiesen. Der Bundesanteil floss bis anhin vollständig in den FinöV-Fonds. In den Jahren 2011 und 2012 verbleibt ein Teil im allgemeinen Haushalt und wird, wie es die Verfassung vorsieht, zur Deckung der vom Strassenverkehr verursachten ungedeckten Kosten verwendet (vgl. Ziffer 21, Krankenversicherung). Dies schafft Spielraum, um die finanziellen Mittel für den Betrieb und die Substanzerhaltung der Bahninfrastruktur von SBB und Privatbahnen saldoneutral zu erhöhen.

17 Erwartete Mehrbelastung aus Steuern und Sozialversicherungsabgaben

Belastungen und Entlastungen der Bevölkerung und Wirtschaft

Mio. CHF	2011	mittelfristig (2013)
Steuererhöhungen	899	1 207
MWST-Erhöpfung für IV	852	1 160
Tabaksteuer	52	52
LSVA	-5	-5
Erhöhungen von Abgaben der Sozialversicherungen	1 345	1 345
Revision ALV	675	675
Revision EOV	670	670
Steuersenkungen	-130	-1 150
Familiensteuerreform	-40	-600
Ausgleich der Folgen der kalten Progression	-40	-500
Mineralölsteuern	-50	-50
Netto-Mehrbelastung	2 114	1 402
Netto-Mehrbelastung in BIP-%	0,37%	0,23%
Fiskalquote (Bund und Sozialversicherungen) in BIP-%	21,1%	20,5%

Hinweise: MWST-Erhöpfung für IV im ersten Jahr mit 80% des vollen Ertrags; Auswirkungen ALV gemäss AVIG-Revision als Durchschnitt über den Konjunkturzyklus; Auswirkung Familienbesteuerung und Ausgleich kalte Progression veranlagungsbedingt verzögert

Auf Bundesebene ergibt sich ab 2011 infolge von Steuererhöhungen und zusätzlichen Sozialversicherungsabgaben eine Mehrbelastung der Wirtschaft und Bevölkerung. Diese Mehrbelastungen werden teilweise gemildert durch verschiedene Steuersenkungen.

Die Steuererhöhungen umfassen eine *Mehrwertsteuersatzänderung zu Gunsten der Invalidenversicherung (IV) sowie eine Erhöhung der Tabaksteuer und der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA)*:

- Die Zusatzfinanzierung der IV sieht per 1.1.2011 eine proportionale Erhöhung der MWST um 0,4 Prozentpunkte vor. Sie ist befristet bis Ende 2017. Es werden mittelfristig Einnahmen in der Höhe von 1,1 Milliarden pro Jahr erwartet (im ersten Jahr erhebungsbedingt nur rund 850 Mio.).
- Als Beitrag zur Konsolidierung des Bundeshaushalts wird die Steuer auf Zigaretten per 1.1.2011 um 20 Rappen (inkl. MWST) pro Päckli erhöht, mit geschätzten Mehreinnahmen von 52 Millionen.
- Bei der LSVA sind per 1.1.2012 zwei Massnahmen vorgesehen. Zum einen werden die LSVA-Abgabesätze an die Teuerung angepasst, die zwischen April 2009 und März 2011 aufgelaufen sind. Dem gegenüber stehen allerdings Anreizmassnahmen zur Nachrüstung von Fahrzeugen mit Partikelfiltern, wobei die entsprechenden Mindereinnahmen in einer ähnlichen Grössenordnung wie die Mehreinnahmen liegen dürften.

Zugunsten der Sozialversicherungen werden die *Lohnbeiträge zu Gunsten der Arbeitslosenversicherung (ALV) und der Erwerbsersatzordnung (EO)* erhöht:

- Die Revision der ALV bringt – nebst ausgabenseitigen Massnahmen – eine Erhöhung der Lohnbeiträge (um 0,2 Prozentpunkte) und die Einführung eines Solidaritätsprozents für Besserverdienende, mit Mehreinnahmen von 675 Millionen pro Jahr, gemessen am Durchschnitt über den Konjunkturzyklus.
- Die zusätzliche Aufgabe der Mutterschaftsversicherung führte zu einem sinkenden Mittelbestand des Ausgleichsfonds der Erwerbsersatzordnung. Ohne Gegenmassnahmen droht im Jahr 2011 die Zahlungsunfähigkeit. Daher werden auf fünf Jahre befristete die Lohnbeiträge um 0,2 Prozentpunkte erhöht, wodurch dem Fond der Erwerbsersatzordnung von 2011-15 jährliche Mehreinnahmen von 670 Millionen zufließen.

Die beschlossenen Steuersenkungen betreffen die *Familiensteuerreform, den Ausgleich der Folgen der kalten Progression und die Mineralölsteuer*:

- Im Steuerjahr 2011 tritt das Bundesgesetz über die steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern in Kraft. Durch den neuen Elterntarif wird die direkte Bundessteuer (DBST) für Ehepaare und allein erziehende Personen um 250 Franken pro Kind reduziert. Für fremd betreute Kinder können zusätzlich maximal je 10 000 Franken vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden. Die mittelfristige Entlastung der Steuerpflichtigen beträgt 600 Millionen.
- Im Steuerjahr 2011 werden die Folgen der kalten Progression vorzeitig ausgeglichen. Danach werden die Tarife und Abzüge der DBST jährlich an den Landesindex der Konsumentenpreise angepasst, statt wie bisher erst bei einer aufgelaufenen Teuerung von 7 Prozent. Die Folgen der kalten Progression

on werden damit rascher und häufiger ausgeglichen als nach bisherigem Recht. Die mittelfristige Entlastung der Steuerpflichtigen wird auf 500 Millionen geschätzt.

- Die Erhöhung des Benzin-Steuersatzes vom 1.7.2008, welche im Rahmen der haushaltneutralen Umsetzung der Förderung erneuerbarer Energien eingeführt worden ist, wird zurückgenommen, da sie sich als zu hoch erwiesen hat. Die ab 1.10.2010 wirksame Massnahme bringt Einnahmenverluste von rund 50 Millionen pro Jahr.

Insgesamt werden zugunsten der Sozialversicherungen die MWST und die Lohnabgaben ab 2011 um 2,2 Milliarden erhöht, davon 1,7 Milliarden befristet. Die steuerlichen Entlastungen bei der DBST von 1,1 Milliarden fallen erst mittelfristig in vollem Umfang an. Insgesamt resultiert für die Bevölkerung und Wirt-

schaft im Jahr 2011 eine Mehrbelastung aus Steuern und Abgaben von 2,1 Milliarden oder rund 0,37 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Mittelfristig beträgt die zusätzliche Belastung noch 1,4 Milliarden oder 0,23 Prozent des BIP.

Mit diesen Veränderungen beträgt die Fiskalquote bezogen auf Bund und Sozialversicherung 21,1 Prozent (2011) respektive 20,5 Prozent (mittelfristig, in 2013). Die Netto-Mehrbelastung der Bevölkerung und Wirtschaft durch die aufgeführten Massnahmen kann in diesem Licht als moderat bezeichnet werden. Hinzu kommt der Umstand, dass sowohl die Erhöhung der MWST zugunsten der IV wie auch die Beitragserhöhung zugunsten der EO – mit Mehreinnahmen von insgesamt 1,8 Milliarden Jahr – auf 5 respektive 7 Jahre befristet sind. Danach (langfristig) überwiegen die steuerlichen Entlastungen.

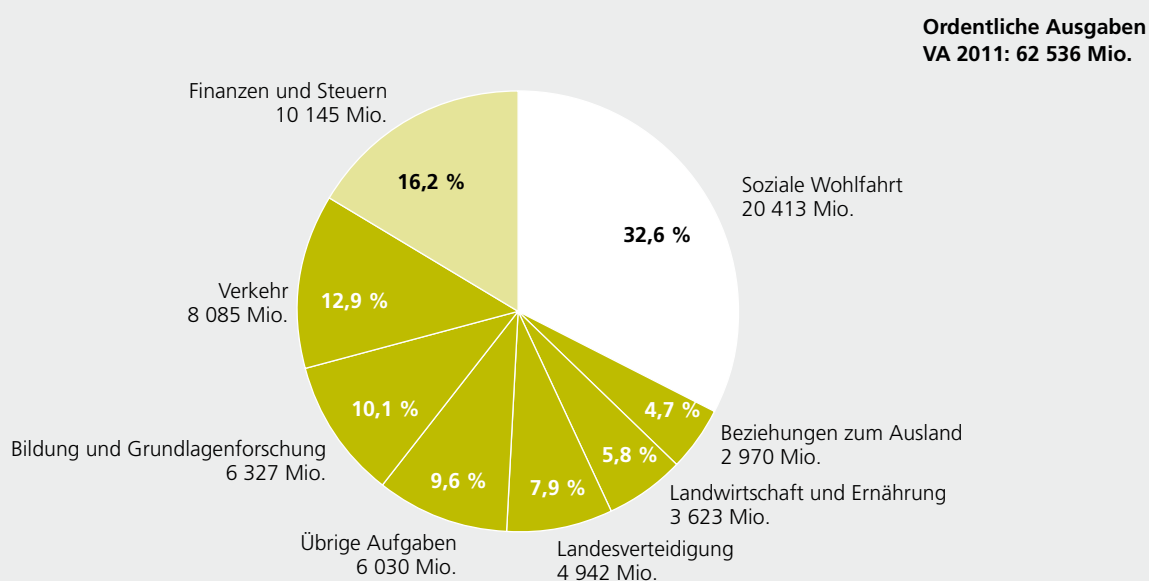
Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010	
				absolut	%
Total Aufgabengebiete (ordentliche Ausgaben)	58 228	60 237	62 536	2 298	3,8
Δ in % Vorjahr	2,9	3,5	3,8		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 482	2 529	2 589	60	2,4
Ordnung und öffentliche Sicherheit	890	978	1 028	50	5,1
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 587	2 748	2 970	222	8,1
Landesverteidigung	4 515	4 918	4 942	24	0,5
Bildung und Forschung	5 715	6 136	6 327	191	3,1
Kultur und Freizeit	395	451	441	-11	-2,4
Gesundheit	276	217	213	-4	-1,9
Soziale Wohlfahrt	18 049	19 065	20 413	1 348	7,1
Verkehr	8 099	8 065	8 085	20	0,2
Umweltschutz und Raumordnung	726	1 198	1 232	33	2,8
Landwirtschaft und Ernährung	3 692	3 701	3 623	-78	-2,1
Wirtschaft	560	610	527	-83	-13,6
Finanzen und Steuern	10 241	9 620	10 145	526	5,5

In den nachfolgenden Kapiteln wird die Ausgabenentwicklung nach Aufgabengebieten detailliert erläutert. Zusammenfassend entfällt mehr als die Hälfte des Ausgabenzuwachses gegenüber dem Voranschlag 2010 auf zwei Sonderfaktoren (nach oben verzerrter Anstieg bei den Anteilen Dritter an Bundeseinnahmen sowie Erhöhung der Mehrwertsteuer und Sonderbeitrag des Bundes für die Invalidenversicherung, vgl. Band 1, Ziff. 32). Ohne diese zwei Sonderfaktoren beträgt das *Ausgabenwachstum* noch rund 900 Millionen bzw. 1,5 Prozent. Dieses kann im Wesentlichen wie folgt erklärt werden:

- Ein Anstieg von rund 750 Millionen ist auf *Schätzkorrekturen* bei den Beiträgen an die Sozialversicherungen, im Asylbereich, bei der Dotierung der NFA-Ausgleichsgefässe sowie den Finanzausgaben zurückzuführen.

- Mehrausgaben im Umfang von gut 400 Millionen entfallen ungefähr je zur Hälfte auf *Aufgabenintensivierungen* in den Bereichen «Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit» (insb. schrittweise Erhöhung des Anteils der Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen) sowie «Bildung und Forschung» (insb. Erhöhung der Pauschalbeiträge an die Berufsbildung sowie der Beiträge an die Grundlagenforschung und die Forschungsrahmenprogramme der EU).
- Ein Ausgabenrückgang in der Grössenordnung von gut 300 Millionen erklärt sich mit dem *Auslaufen der Massnahmen zur Konjunkturstabilisierung* (insb. arbeitsmarktliche Massnahmen und Ausbildungs-offensiven, Standortpromotion sowie Förderung der Informations- und Kommunikationstechnologien).

Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten



Ein Blick auf die Ausgabenstruktur des Gesamthaushalts zeigt ein gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändertes Bild: Mit Ausgabenanteilen von 32,6 respektive 16,2 Prozent sind die beiden Aufgabengebiete Soziale Wohlfahrt sowie Finanzen und Steuern mit ihrem hohen Anteil an stark gebundenen Ausgaben

nach wie vor für fast die Hälfte der Bundesausgaben verantwortlich. Die Anteile der übrigen grossen Aufgabengebiete bewegen sich weiterhin zwischen knapp 5 Prozent (Beziehungen zum Ausland) sowie 13 Prozent (Verkehr).

21 Soziale Wohlfahrt

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010 absolut	%
Soziale Wohlfahrt	18 049	19 065	20 413	1 348	7,1
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	31,0	31,7	32,6		
Altersversicherung	9 671	9 919	10 195	276	2,8
Invalidenversicherung	3 581	3 780	4 824	1 044	27,6
Krankenversicherung	1 847	2 095	2 181	86	4,1
Ergänzungsleistungen	1 312	1 258	1 372	114	9,0
Militärversicherung	195	236	230	-7	-2,9
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	406	632	447	-185	-29,3
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	144	144	111	-33	-22,6
Migration	842	946	990	43	4,6
Soziale Hilfe und Fürsorge	53	55	65	10	18,9

Die Entwicklung des Aufgabengebiets *Soziale Wohlfahrt* ist stark verzerrt durch die erstmalige Budgetierung der IV-Zusatzfinanzierung und des Sonderbeitrags des Bundes an die IV-Zinsen. Beide Massnahmen gelten ab 2011 und sind bis 2017 befristet. Durch die temporäre Erhöhung der Einnahmen (+0,4 MWST-Prozentpunkte) und den Sonderbeitrag wird die Invalidenversicherung entlastet, bis die beiden Massnahmenpakete aus der 6. IV-Revision zu greifen beginnen. Ohne diese Faktoren wachsen die Ausgaben im Aufgabengebiet gegenüber dem Vorjahresbudget um 1,4 Prozent (+262 Mio.), insbesondere bedingt durch die Bereiche Altersversicherung, Ergänzungsleistungen und Krankenversicherung.

Die Ausgaben für die *Altersversicherung* setzen sich zur Hauptsache zusammen aus dem Bundesbeitrag an die AHV im Umfang von 19,55 Prozent der AHV-Ausgaben, dem Anteil der Versicherung am AHV-Mehrwertsteuerprozent sowie den Erträgen aus der Spielbankenabgabe. Im Vergleich zum Vorjahresbudget werden die AHV-Ausgaben im Voranschlag 2011 um 1,4 Milliarden höher auf 38 Milliarden geschätzt. Der Bundesbeitrag steigt entsprechend um 277 Millionen auf 7460 Millionen an (+3,9%). Die AHV-Ausgaben bestehen zu rund 99 Prozent aus Rentenleistungen und Hilflosenentschädigungen. Das Ausgabenwachstum wird daher bestimmt durch die Zunahme des Rentenbestandes, also die demografische Entwicklung, und durch die Anpassung der Renten an die aufgelaufene Lohn- und Preisentwicklung. Für das Jahr 2011 wurde eine Rentenanpassung im Umfang von 1,75 Prozent budgetiert. Daneben ist das Ausgabenwachstum auf den höheren Rentnerbestand zurückzuführen (2,1%). Im Weiteren leitet der Bund 83 Prozent des Mehrwertsteuerertrags aus dem AHV-Demografieprozent an die Versicherung weiter (+42 Mio.). Schliesslich überweist der Bund der AHV auch die Erträge aus der Spielbankenabgabe, wobei anfangs 2011 die Einnahmen des Jahres 2009 gutgeschrieben werden. Der Rückgang dieses Transfers (-40 Mio.) ist mit dem rezessionsbedingten Nachfragerückgang und neuen Rauchverboten zu erklären.

Von den Kosten der *Invalidenversicherung* im Umfang von schätzungsweise 10 Milliarden trägt der Bund 37,7 Prozent. In der Hauptsache verteilen sich die Ausgaben der Versicherung auf Renten, Hilflosenentschädigungen und Taggelder (rund 75%)

und Leistungen im Rahmen von individuellen Massnahmen im medizinischen und beruflichen Bereich (rund 15%). Die restlichen Ausgaben betreffen Beiträge an Institutionen und Organisationen, Durchführungs- und Verwaltungskosten sowie die Zinslast. Daneben ist das Ausgabenwachstum im Jahr 2011 stark geprägt durch die erstmalige Budgetierung der IV-Zusatzfinanzierung und des Sonderbeitrags an die IV. Der Bund vereinnahmt die zusätzlichen Erträge aus der proportionalen Erhöhung der Mehrwertsteuer (+0,4 Prozentpunkte bzw. 852 Mio. im ersten Jahr) und leitet sie an die Versicherung weiter. Dieser erstmalige Transfer verzerrt das Ausgabenwachstum im Vergleich zum Vorjahr. Mit dem Sonderbeitrag übernimmt der Bund für die Dauer der IV-Zusatzfinanzierung von 2011 bis 2017 den Teil der Schuldzinsen (62,3% bzw. 234 Mio.), welchen er nicht bereits im Rahmen seines ordentlichen Beitrags an die IV-Ausgaben trägt (37,7% bzw. 147 Mio.). Diese Massnahmen erlauben die temporäre Deckung des strukturellen Defizits der Versicherung. Für das Jahr 2011 wird eine ausgeglichene IV-Rechnung erwartet. Der Verlustvortrag der IV in der Bilanz des AHV-Ausgleichsfonds von schätzungsweise 15,0 Milliarden per Ende 2010 würde dadurch stabilisiert. Ohne IV-Zusatzfinanzierung und Sonderbeitrag gehen die Ausgaben des Bereichs gegenüber dem Voranschlag 2010 um 1,1 Prozent zurück. Dieses Ergebnis kommt trotz Rentenanpassung im Umfang von 1,75 Prozent zu Stande. Ursache hierfür ist der sinkende Rentenbestand. Es hat sich gezeigt, dass die Anzahl der Neurenten als Folge der 4. und 5. IV-Revision stärker als erwartet gesenkt werden konnte.

Der Bund leistet Beiträge an die Kantone für deren Aufwendungen an die *Ergänzungsleistungen* (EL). Er beteiligt sich an jenem Teil der jährlichen EL, welcher der Existenzsicherung dient, und übernimmt dabei 5/8 der Kosten. Die übrigen Aufwendungen wie auch die Krankheits- und Behinderungskosten werden von den Kantonen getragen. Der Bund richtet den Kantonen zudem eine Abgeltung für die EL-Verwaltungskosten aus. Bei den zu Hause lebenden Personen gilt die ganze jährliche EL als Existenzsicherung. Bei den Personen im Heim macht die Existenzsicherung nur einen Teil der jährlichen EL aus. Die EL zur AHV und zur IV machen je rund die Hälfte der gesamten EL-Ausgaben aus. Das Ausgabenwachstum von 9,0 Prozent gegenüber dem Voranschlag 2010 wird zu gleichen Teilen durch den

Zuwachs bei den EL zur AHV (+56 Mio.; +8,9%) und den EL zur IV (+57 Mio.; 9,1%) verursacht. Das hohe Ausgabenwachstum der EL gegenüber dem Vorjahresbudget ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Erstens nimmt die Anzahl der EL-beziehenden Personen in beiden Versicherungsbereichen zu (Mengeneffekt). Betreffend AHV ist dabei die Ursache in der Demografie zu suchen. Bei der IV wurde bisher davon ausgegangen, dass die Reduktion des IV-Rentenbestandes auch zu einem Rückgang der EL-Beziehenden führen würde. Die Abrechnung 2009 hat jedoch gezeigt, dass dieser Effekt nicht eingetreten ist. Zweitens fällt das bereits seit mehreren Jahren beobachtete Wachstum der mittleren EL-Beträge (Preiseffekt) ins Gewicht. Drittens wirkt sich die Einführung der Neuordnung der Pflegefinanzierung (in Kraft ab 2011) kostentreibend aus.

Die für die Finanzierung der Beiträge des Bundes an die AHV, IV und EL zweckgebundenen Einnahmen aus der *Alkohol- und Tabaksteuer* werden 2011 mit 2499 Millionen veranschlagt (+37 Mio.). Der Bundesanteil von 17 Prozent an den Einnahmen aus dem Mehrwertsteuerprozent, welches für die Deckung der demografiebedingten Mehrkosten der AHV seit 1999 erhoben wird, beträgt 456 Millionen (nach Abzug der Debitorenverluste). Mit den erwähnten zweckgebundenen Einnahmen können rund 23,2 Prozent der Bundesbeiträge an die AHV, IV und EL gedeckt werden, 0,7 Prozentpunkte weniger als im Vorjahresbudget.

Die Ausgaben des Bundes in der *Krankenversicherung* fallen zum grössten Teil im Bereich der individuellen Prämienverbilligung an. Der Bundesbeitrag beträgt 7,5 Prozent der Bruttokosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP). Die Ausgaben des Bundes für die Prämienverbilligung nehmen im Voranschlag 2011 um 4,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu. Der Voranschlagswert für 2010 ist allerdings zu hoch ausgefallen. Aus heutiger Sicht beträgt das Wachstum gegenüber 2010 rund 8,5 Prozent. Die Aufteilung des Bundesbeitrags auf die Kantone richtet sich nach deren Anteil an der Wohnbevölkerung (inkl. Grenzgänger). Die Kantone stocken den Beitrag nach Bedarf auf, um dem gesetzlichen Auftrag nachkommen zu können. Die Aufwendungen des Bundes für die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung werden zum Teil zweckfinanziert. Zu Gunsten unterer Einkommensschichten werden 5 Prozent des Ertrags aus der Mehrwertsteuer (ohne AHV- und FinÖV-Anteil) verwendet, was für 2011 einen budgetierten Betrag von 872 Millionen (nach Abzug der Debitorenverluste) ergibt. Die zweckgebundenen Mittel decken damit gegen 41 Prozent der Ausgaben des Bundes für die Prämienverbilligung. Zudem tragen in den Jahren 2011 und 2012 die Einnahmen für die ungedeckten Kosten des Strassenverkehrs mit je 206 Millionen zur Finanzierung der individuellen Prämienverbilligung bei.

Bei der *Arbeitslosenversicherung/Arbeitsvermittlung* nehmen die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahresbudget um rund 185 Millionen (-29,3 %) ab. Dieser Rückgang ist auf die arbeitsmarktlichen Massnahmen im Rahmen der 3. Stufe der wirtschaftlichen Stabilisierungsmassnahmen für das Jahr 2010 zurückzuführen. Im Voranschlag 2011 sind für dieses befristete Programm keine Mittel mehr vorgesehen. Der Beitrag des Bundes an die ALV nimmt im Vergleich zum Vorjahr um 47 Millionen zu. Grund für diese Erhöhung ist die angenommene Steigerung der beitragspflichtigen Lohnsumme und die Berücksichtigung der 4. Revision des AVIG. Im Rahmen der Revision ist eine Erhöhung des Bundesbeitrages an die ALV von 0,15 auf 0,159 Prozent der beitragspflichtigen Lohnsumme vorgesehen (Annahme: Inkrafttreten Anfang 2011 mit Mehrausgaben von 24 Mio. p.a.). Gegen die Vorlage ist das Referendum ergriffen worden. Der Entscheid über den Zeitpunkt der Inkraftsetzung der AVIG-Revision soll vom Bundesrat nach der Volksabstimmung vom 26. September 2010 gefällt werden.

Die Ausgaben für den *Sozialen Wohnungsbau/Wohnbauförderung* sinken im Vergleich zum Vorjahr um rund 32,5 Millionen (-22,6 %). So nehmen die Ausgaben für die Zusatzverbilligungen von Mietzinsen deutlich ab, da die Subventionsberechtigungen sukzessive auslaufen und seit Anfang 2002 auch keine neuen Subventionsverpflichtungen mehr eingegangen werden. Im Vergleich zum Voranschlag 2010 nehmen auch die Ausgaben für die Förderung von gemeinnützigen Bauträgern ab. Dies ist dem Umstand zuzuschreiben, dass im Rahmen der 1. Stufe der wirtschaftlichen Stabilisierungsmassnahmen die Ausgaben einmalig für das Jahr 2009 erhöht wurden. Mit dem Konsolidierungsprogramm 2012-2013 werden diese vorgezogenen Investitionen je zur Hälfte in den Jahren 2011 und 2012 (je -22,5 Mio.) kompensiert. Für Verluste aus Garantieverpflichtungen wird hingegen mit höheren Ausgaben gerechnet, da die Zahlungsrisiken in der Wohn- und Eigentumsförderung aufgrund der schwieriger werdenden Verhältnisse auf dem Immobilienmarkt ansteigen dürften.

Bei der *Migration* zeichnet sich gegenüber dem Vorjahresbudget ein Mehrbedarf von knapp 5 Prozent ab. Dabei wird von einer stabil hohen Anzahl für Asylgesuche ausgegangen (15'000 wie im Vorjahr). Gleichzeitig liegt der Schätzung die Annahme steigender Zahlen anerkannter Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommener zu Grunde, weil aufgrund des hohen Anteils der Asylgesuche aus Herkunftsländern mit hoher Schutzquote die Anerkennung als Flüchtlinge oder vorläufig Aufgenommene wahrscheinlich ist. Zudem wird für 2011 auch von einer tieferen Erwerbsquote insbesondere bei den Flüchtlingen ausgegangen. Die Mehrausgaben fallen somit hauptsächlich im Bereich Sozialhilfe für Flüchtlinge an (+50 Mio.). Gleichzeitig fällt der für 2011 auszurichtende Beitrag an den Aussengrenzenfonds der EU tiefer aus als im Vorjahr (-6 Mio.), da 2010 rückwirkend auch der Beitrag für 2009 bezahlt werden musste.

22 Finanzen und Steuern

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010 absolut %	
Finanzen und Steuern	10 241	9 620	10 145	526	5,5
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	17,6	16,0	16,2		
Anteile an Bundeseinnahmen	4 178	3 773	4 067	294	7,8
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	3 255	2 945	3 028	83	2,8
Finanzausgleich	2 808	2 903	3 051	148	5,1

Dieser Aufgabenbereich weist das zweitgrösste Finanzvolumen auf. Was ihn auszeichnet, ist, dass er von den finanzpolitischen Prioritäten ausgenommen ist (die Anteile an den Bundeseinnahmen beispielsweise sind in der Verfassung geregelt und hängen direkt von der Höhe der Einnahmen ab) und dass er durch zahlreiche äussere Faktoren (Finanzmarktbedingungen, Zinssatzentwicklung, Finanzierungsbedarf, Strategie der Bundestresorerie) beeinflusst wird.

16,2% Prozent der ordentlichen Gesamtausgaben entfallen auf die Ausgaben für die Aufgabengruppe Finanzen und Steuern (2010: 16,0%). Wie in den übrigen grössten Aufgabengebieten nehmen auch in diesem Bereich die Ausgaben gegenüber dem Budget 2010 stärker als der Durchschnitt der Gesamtausgaben (+3,8%) zu. Diese Zunahme ist auf die günstige Entwicklung der drei Komponenten zurückzuführen, aus denen dieser Aufgabenbereich sich zusammensetzt: Erstens ziehen die durch eine über Erwartung günstige Konjunktur bedingten Mehreinnahmen höhere Anteile an den Bundeseinnahmen nach sich; zweitens führt die kombinierte Wirkung von grösserem Finanzierungsbedarf im Jahr 2011 und geringerem Agiovolumen zu einem Wiederanstieg bei den Passivzinsen sowie bei den Kosten der Vermögens- und Schuldenverwaltung. Drittens sind die Transferzahlungen des Bundes im Rahmen des Finanzausgleichs gestiegen.

17 Prozent der Einnahmen aus der direkten Bundessteuer (DBSt) und 10 Prozent der Einnahmen aus der Verrechnungssteuer entfallen auf die *Anteile an den Bundeseinnahmen*. Diese umfassen ausserdem fast einen Drittel der Einnahmen aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) sowie 20 Prozent des Ertrags aus dem Wehrpflichtersatz. Schliesslich enthalten sie die Debitorenverluste bei der Mehrwertsteuer und die übrigen Debitorenverluste (Zoll, LSVA). Die Zunahme der Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen erklärt sich im Wesentlichen aus den Mehrerträgen aus der DBSt, die der Konjunkturerholung zu verdanken sind. Die Anteile der Kantone an den Bundessteuereinnahmen wachsen gegenüber dem Budget 2010 um 183 Millionen (+6,5 %). Der Anteil an der Verrechnungssteuer, dessen Zunahme um 72 Millionen (+24,8 %) durch die höheren budgetierten Einnahmen bedingt ist, trägt ebenfalls zu dieser Entwicklung bei. Dasselbe gilt für die Kantonsanteile der LSVA, die aufgrund einer Neuschätzung der Erträge ebenfalls zunehmen (+50 Mio. oder +12,7 %). Von dieser allgemeinen positiven Entwicklung hebt sich einzig der leichte Rückgang des Gesamt-

betrags der Debitorenverluste auf der Mehrwertsteuer, den Einfuhrzöllen und der LSVA ab (-15,4 Mio. gegenüber 2010).

Die gegenüber dem Voranschlag 2010 steigenden Kosten für die *Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung* (+83 Mio. oder +2,8 %) sind eine – allerdings zu nuancierende – Folge der stark gestiegenen Ausgaben für die Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie (+45 Mio. oder +31,7 %), in Kombination mit einer geringfügigen Zunahme der Ausgaben für die Passivzinsen (+36 Mio. oder 1,3 %). Die Zunahme der Ausgaben für die Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie ist im Wesentlichen Ausdruck des grösseren Finanzierungsbedarfs im Jahre 2011. Die Höhe der erwarteten Ausgaben dürfte somit namentlich mit einem entsprechenden Emissionsvolumen von 9 Milliarden bei den Anleihen einhergehen, das im Vergleich zum Vorjahresbudget um 2,7 Milliarden höher ausfällt. Zur Erinnerung: Diese Kosten sind ab dem Zeitpunkt der Ausgabe für die ganze Laufzeit geschuldet. Die leichte Zunahme der Passivzinsen ist das Ergebnis gegenläufiger Entwicklungen. Infolge höherer Zinssätze wächst die Last der Geldmarktbuchforderungen um 75 Millionen (+110%), und dies trotz eines gegenüber dem Vorjahresbudget budgetierten rückläufigen Emissionsvolumens (14,7 Mrd. gegen 16,3 Mrd.). Diese Zunahme wird jedoch zum einen vom rückläufigen Aufwand bei den Zinsswaps (-24 Mio.) und zum andern vom rückläufigen Zinsaufwand der Sparkasse des Bundespersonals (-17 Mio.) ausgeglichen. Der Grund für die Abnahme der Zinsswaps liegt darin, dass wenn die variablen Zinseinnahmen aus der Nettoposition an Payerswaps infolge des erwarteten Zinsanstiegs stark zunehmen, der entsprechende Aufwand in diesem Bereich abnimmt. Obwohl das Anlagevolumen der Sparkasse des Bundespersonals gegenüber dem Vorjahresbudget steigt, ist ihr Zinsaufwand wegen dem erwartungsgemäss sinkenden massgebenden Zinssatz rückläufig. Für ein Mal hat die Zinslast der Anleihen keinen Einfluss auf die Entwicklung der Passivzinsen, da sie praktisch unverändert bleibt. Sie verzeichnet zwar einen Rückgang (-158 Mio.) infolge der Verringerung der finanziellen Grundlast (Rückerstattung von fälligen Obligationen). Diese Verringerung wird jedoch fast vollständig durch den starken Rückgang der für 2011 veranschlagten Agios ausgeglichen, die von 451 Millionen im Jahre 2010 auf 300 Millionen abnehmen (-151 Mio.). Es sei daran erinnert, dass ein geringeres Agiovolumen gleichbedeutend ist mit steigendem Zinsaufwand.

Der *Finanzausgleich* ist diesem Aufgabenbereich zugeordnet. Die Transferzahlungen des Bundes im Rahmen des vertikalen Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs belaufen sich insgesamt auf 3 051 Millionen, d.h. sie nehmen gegenüber 2010 um 150 Millionen (+5,2%) zu. Die Anpassung des vertikalen Ressourcenausgleichs und des Lastenausgleichs erfolgt nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG) sowie des Bundesbeschlusses über die Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcen- und Lastenausgleichs. Beim vertikalen Ressourcenausgleich (2102 Mio.) stieg der Bundesbeitrag um 7,2 Prozent (+140 Mio.). Er beläuft sich nun gemäss Entwicklung des Ressourcenpotenzials aller Kantone zwischen 2010 und 2011 auf 2 102 Mio. Der Lastenausgleich 2011 hängt

von der Anpassung des Vorjahreswerts an die Teuerung ab. Da die Teuerungsrate positiv war (+1,4 %), werden gegenüber 2010 (695 Mio.) 10 Millionen weniger zur Verfügung gestellt (705 Mio.). Die eine Hälfte dieser Summe ist für den geografisch-topografischen Lastenausgleich bestimmt (insgesamt weisen 17 Kantone aussergewöhnlich hohe Ausgaben aufgrund dieser Faktoren aus und kommen demnach in den Genuss entsprechender Zahlungen) und die andere für den sozio-demografischen Lastenausgleich (solche Zahlungen erhalten 9 Kantone). Schliesslich bleibt der 2010 für den Härteausgleich aufgeworfene Betrag (243,7 Mio.) im Jahr 2011 unverändert, weil beim Übergang zum Zahlungsjahr 2011 kein einziger ressourcenschwacher Kanton in die Kategorie der ressourcenstarken Kantone wechseln wird.

23 Verkehr

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010 absolut	%
Verkehr	8 099	8 065	8 085	20	0,2
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	13,9	13,4	12,9		
Strassenverkehr	2 678	2 881	2 711	-170	-5,9
Öffentlicher Verkehr	5 325	5 052	5 219	167	3,3
Luftfahrt	96	132	155	22	17,0

Das Aufgabengebiet Verkehr wächst mit 0,2 Prozent deutlich weniger stark als der Gesamthaushalt (+3,8 %) und weist im Vorjahresvergleich einen Zuwachs von rund 20 Millionen auf. Während die Ausgaben für den Strassenverkehr zurückgehen, steigen jene für den öffentlichen Verkehr und die Luftfahrt an.

Im Rahmen der Konsolidierungsmassnahmen im Voranschlag wurden die Ausgaben im Verkehr insgesamt um 280 Millionen nach unten korrigiert (Kompensation konjunkturelle Stabilisierungsmassnahmen 127 Mio.; Umsetzung Teuerungskorrektur 149 Mio.; Querschnittskürzungen 4 Mio.)

Die Ausgaben für den *Strassenverkehr* nehmen um 170 Millionen bzw. 5,9 Prozent ab:

- Der direkt aus dem Bundesbudget finanzierte Betrieb, Unterhalt und Ausbau der Nationalstrassen sinkt infolge der Konsolidierungsmassnahmen im Voranschlag um 22 Millionen. Auch der für die Nationalstrassen bestimmte Anteil an der jährlichen Einlage in den Infrastrukturfonds geht gegenüber dem Vorjahr um 125 Millionen zurück: Neben den Konsolidierungsmassnahmen im Voranschlag ist dafür hauptsächlich der 2011 um 100 Millionen höhere Anteil des Agglomerationsverkehrs an der jährlichen Einlage ausschlaggebend. Diese Umschichtung ist eine Folge der vom Parlament gewünschten, zeitlich vorgezogenen Finanzierung der Agglomerationsprogramme.
- Die Nationalstrassen profitieren im Gegenzug von höheren Entnahmen aus der Liquidität des Infrastrukturfonds. Neben den aus der jährlichen Einlage stammenden 472 Millionen werden für Netzfertigstellung und Engpassbeseitigung weitere 522 Millionen eingesetzt. Gegenüber dem letztjährigen Finanzplan wird die Fondsliquidität um 178 Millionen zusätzlich belastet. Der Rückgang der Nationalstrassenausgaben im Bundesbudget wird somit mehr als kompensiert. Die Fondsliquidität ist in der Lage, diese erhöhte Belastung zu tragen: Neben der Ersteinlage aus dem Jahr 2008 ist für 2011 aufgrund der parlamentarischen Initiative der KVF-S eine zusätzliche Einmaleinlage von 850 Millionen vorgesehen.
- Ab 2011 sind die aus der Ersteinlage des Infrastrukturfonds finanzierten Anteile der Beiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen aufgrund einer Änderung bei der Berechnung des Aufgabenschlüssels nicht mehr Bestandteil der obenstehenden Tabelle. Der Rückgang um 20 Millionen bei den Hauptstrassenausgaben ist somit einzig berechnungsbedingt.

- Die Ausgaben für die Verkehrstrennung und für die übrigen Strassen gehen um je rund 3 Millionen zurück.

Einnahmen und Ausgaben des zweckgebundenen Fonds «Spezialfinanzierung Strassenverkehr» sind im Statistikteil des vorliegenden Bandes in Tabelle B43 dargestellt. Für das Voranschlagsjahr wird ein negativer Saldo von 889 Millionen erwartet. Dieser ergibt sich hauptsächlich aufgrund der Einmaleinlage in den Infrastrukturfonds im Umfang von 850 Millionen. Per Ende 2011 wird die Spezialfinanzierung damit einen voraussichtlichen Stand von 1766 Millionen aufweisen.

Die Ausgaben für den *öffentlichen Verkehr* (öV) nehmen im Vorjahresvergleich zu (+167 Mio. bzw. +3,3 %):

- Die hohe Zunahme (+211 Mio. bzw. +10,3 %) bei den Beiträgen an die Infrastruktur der SBB und Anderen Konzessionierten Transportunternehmen (aKTU) ist primär durch den höheren Mittelbedarf für den Betrieb und Unterhalt der Bahninfrastruktur begründet: Externe Gutachten der SBB und des BAV haben ergeben, dass die bisher vorgesehenen Mittel nicht ausreichen, um auch zukünftig einen sicheren und leistungsfähigen Infrastrukturbetrieb sowie den Erhalt der bestehenden Infrastruktur zu gewährleisten.
- Die tieferen zweckgebundenen Einnahmen (-106 Mio. bzw. -7,2 %) des FinöV-Fonds sind vor allem durch den folgenden Sondereffekt begründet: Der Bundesanteil am Reinertrag der LSVA, der in der Regel zu 100 % in den FinöV-Fonds fliesst, wird nicht vollumfänglich in den FinöV-Fonds eingelegt. Im 2011 verbleiben rund 206 Millionen im allgemeinen Haushalt und werden zur Deckung der vom Strassenverkehr verursachten (externen) Kosten, verwendet. Dies schafft Spielraum, um die Mittel für die Bahninfrastruktur der SBB und aKTU saldoneutral zu erhöhen.
- Die im Voranschlag 2011 aus der jährlichen Einlage in den Infrastrukturfonds für den öffentlichen Verkehr zur Verfügung stehenden Beiträge nehmen um 103 Millionen (+32,4 %) zu.
- Die Abgeltungen für den Regionalen Personenverkehr (RPV) sinken um rund 7 Millionen (-0,8 %). Dies ist vor allem auf die Konsolidierungsmassnahmen im Voranschlag zurückzuführen.
- Das negative Wachstum im Bereich der Güterverkehrsverlagerung (-37 Mio. bzw. -10,8 %) ist hauptsächlich wie folgt begründet: Einerseits werden die Abgeltungen für den al-

penquerenden Kombiverkehr wegen dem ab 1.1.2010 wegfallenden Deckungsbeitrag für den Güterverkehr reduziert. Andererseits wird der Kredit Terminalanlagen aufgrund des Standes an Unterstützungsgesuchen im 2011 um rund 8 Millionen reduziert.

Die Ausgaben für die *Luftfahrt* steigen gegenüber dem Vorjahr deutlich an (+22 Mio. bzw. +17%). Dies ist auf zwei Ursachen zurückzuführen: Erstens wird mit der Teilrevision I des Luftfahrtgesetzes (LFG) unter anderem die Rechtsgrundlage geschaffen, um vorübergehend die Ertragsausfälle von Skyguide im benachbarten Ausland abzugelten. Abgestimmt auf das ursprünglich

geplante Inkrafttreten auf den 1. Juli 2010 wurde im Voranschlag 2010 die Hälfte des jährlichen Finanzbedarfs in der Höhe von rund 43 Millionen eingestellt. Demgegenüber hat Skyguide die bisher vom Bund geleisteten Beiträge an Eurocontrol (ca. 17 Mio.) ab 2011 wieder zu übernehmen. Zweitens können mit der am 29. November 2009 vom Volk gutgeheissenen Änderung von Art. 86 BV (Schaffung einer Spezialfinanzierung Luftverkehr SFLV) im Voranschlag 2011 zusätzlich 18 Millionen für die neuen Aufgaben der technischen und nicht-hoheitlichen Sicherheitsmassnahmen sowie der Umweltschutzmassnahmen eingesetzt werden.

24 Landesverteidigung

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010	
				absolut	%
Landesverteidigung	4 515	4 918	4 942	24	0,5
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	7,8	8,2	7,9		
Militärische Landesverteidigung	4 413	4 815	4 827	12	0,2
Nationale Sicherheitskooperation	102	103	115	12	12,1

Die Ausgaben des Aufgabengebiets Landesverteidigung nehmen gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Prozent zu (+24 Mio.). Dieser Zuwachs ist allerdings durch zwei Faktoren nach unten verzerrt: Die Finanzierung der drei Genfer Zentren wird ab 2011 vollumfänglich im EDA sichergestellt, und die Mittel werden ab diesem Zeitpunkt bei den Auslandbeziehungen ausgewiesen. Zudem wird der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) künftig vollumfänglich dem Aufgabengebiet Ordnung und öffentliche Sicherheit zugeordnet. Unter Einbezug dieser Änderungen wächst die Landesverteidigung gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Prozent (+84 Mio.).

Das Ausgabenwachstum bei der Landesverteidigung resultiert im Wesentlichen aus einer Zunahme bei der nationalen Sicherheitskooperation (115 Mio.; +12 Mio.) und innerhalb der militärischen Landesverteidigung (4827 Mio.; +12 Mio.), wo die internationale militärische Kooperation und Friedensförderung zurückgeht (152 Mio.; -43 Mio.), während der aufs Inland ausgerichtete Bereich zunimmt (4675 Mio.; +55 Mio.):

- *Nationale Sicherheitskooperation* (+12 Mio.): Der Zuwachs von rund 12 Prozent ist einerseits bedingt durch die Kosten für die Vernetzung der kantonalen Teilnetze zu einem Sicherheitsnetz Funk der Schweiz (POLYCOM). Andererseits sind zusätzliche Mittel erforderlich bei der Alarmierung (Systemwechsel Swisscom zu POLYCOM).
- *Internationale militärische Kooperation, Friedensförderung* (-43 Mio.): Der Rückgang ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Ausgaben der drei Genfer Zentren nicht mehr in der Landesverteidigung, sondern neu bei den Auslandbeziehungen (Internationale Zusammenarbeit) ausgewiesen werden. Zudem nehmen die Beiträge der Schweiz an die UNO ab, aufgrund geringerer Zahlungen der UNO für friedenserhaltende Operationen.
- *Militärische Landesverteidigung* ohne internationale Bereiche (+55 Mio.): Trotz Kürzungen im Umfang von rund 80 Millionen kommt es im Bereich der militärischen Landesverteidigung zu einem Zuwachs gegenüber 2010 von 1,2 Prozent (unter Einbezug der Neuordnung des NDB gar 1,9%). Dies wird durch den Ausgabenplafond der Armee ermöglicht. Neben der Möglichkeit, Mittelverschiebungen von den Perso-

nal- zu den Sach- oder Rüstungsausgaben und umgekehrt vorzunehmen, hat die Armee eine gewisse Flexibilität in zeitlicher Hinsicht (Übertragung von Kreditresten auf Folgejahre). Bereits im letztjährigen Finanzplan wurden für das Jahr 2011 Kreditreste von 243 Millionen aus früheren Jahren berücksichtigt. Hinzu kommen die Kreditreste aus dem Jahr 2009 im Umfang von 87 Millionen. Mit insgesamt 330 Millionen Kreditresten werden 2011 der Armeebetrieb und die Vorhaben aus bereits bewilligten Rüstungsprogrammen finanziert. Die ursprünglich für den Tiger-Teilersatz angesparten Mittel werden damit vollumfänglich für die Finanzierung bereits eingegangener Verpflichtungen und die anhaltend steigenden Betriebskosten herangezogen. Bereits im laufenden Jahr enthält das Armeebudget Kreditreste früherer Jahre in der Höhe von 136 Millionen. Zum heutigen Zeitpunkt verbleiben damit für die Jahre ab 2012 keine Kreditreste mehr.

Innerhalb des Budgets für die Militärische Landesverteidigung sind im Wesentlichen die folgenden Veränderungen hervorzuheben:

- *Ersatzmaterial und Instandhaltungsbudget* (+80 Mio.): Aufgrund des anhaltend hohen Bedarfs beim Ersatzmaterial und Instandhaltungsbudget werden die Ausgaben um rund 16 Prozent erhöht. Die höheren Kosten ergeben sich hauptsächlich infolge der zunehmend komplexeren Systeme, des anhaltend höheren Instandhaltungsbedarfs und der bisher aufgeschobenen Ersatzbeschaffungen.
- *Investitionsausgaben armasuisse Immobilien* (+55 Mio.): Im Hinblick auf dringend erforderliche Umbauten, Sanierungen und den erhöhten Bedarf beim Immobilienunterhalt werden bei der armasuisse substanzielle Mehrausgaben budgetiert.
- *Personalausgaben Verteidigung* (+35 Mio.): Der mit der Armee reform XXI beschlossene Personalabbau ist vom Vorsteher des VBS für die Bereiche Logistikkbasis der Armee (LBA) und Führungsunterstützungsbasis (FUB) bis auf weiteres sistiert worden, was zu einer Aufstockung der Personalausgaben führt. Zudem wird auf den Weiterzug der Kürzungen 2010 verzichtet.

Die erwähnten Aufstockungen werden vollumfänglich im Rahmen des Ausgabenplafonds der Armee finanziert: Einerseits durch den bereits erwähnten Einsatz von Kreditresten aus vergangenen Jahren, andererseits durch Einsparungen namentlich beim Rüstungsmaterial und beim Budget für Ausbildungsmunition und Munitionsbewirtschaftung (-43 Mio.), den Minderbedarf bei den Treibstoffen (-48 Mio.) sowie den erwähnten Wegfall des NDB (-30 Mio.).

2010 lag das Verhältnis zwischen den Betriebs- (Personal-, Sach- und Transferausgaben) und Rüstungsausgaben (inkl. Investitionsausgaben) bei 62 zu 38 Prozent. Durch den anhaltenden Mehrbedarf im Armeebetrieb wurden die Kürzungsvorgaben aus dem Konsolidierungsprogramm hauptsächlich beim Rüstungsmaterial umgesetzt, weshalb sich das Verhältnis auf 63 zu 37 Prozent leicht verschlechtert.

25 Bildung und Forschung

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010 absolut	%
Bildung und Forschung	5 715	6 136	6 327	191	3,1
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	9,8	10,2	10,1		
Berufsbildung	628	704	776	72	10,2
Hochschulen	1 765	1 856	1 867	11	0,6
Grundlagenforschung	2 196	2 355	2 428	73	3,1
Angewandte Forschung	1 099	1 192	1 227	36	3,0
Übriges Bildungswesen	28	29	29	1	1,8

Der Aufgabenbereich Bildung und Forschung weist gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 191 Millionen (+3,1%) auf – dies trotz der Umsetzung von Konsolidierungsmassnahmen zur Einhaltung der Schuldenbremse. Diese belaufen sich auf insgesamt 114 Millionen, wovon 94 Millionen auf die Anpassung an die tiefere Teuerung entfallen. Dadurch wird ein ungewollter realer Ausbau des Aufgabengebiets verhindert. Für die Bildung werden 2672 Millionen oder rund 42 Prozent aufgewendet, während die Forschung 58 Prozent (3655 Mio.) der Mittel beansprucht.

Abgrenzung des Aufgabengebietes zu den Krediten der BFI-Botschaft: Das Aufgabengebiet Bildung und Forschung beinhaltet zusätzlich zu den mit der BFI-Botschaft beantragten Krediten weitere Ausgaben. So werden namentlich Pflichtbeiträge an internationale Organisationen (80 Mio.), die Mietaufwendungen des ETH-Bereichs für die Immobilien im Eigentum des Bundes (der Mietaufwand wird dem ETH-Bereich ohne Anrechnung an den Zahlungsrahmen zur Verfügung gestellt; 282 Mio.) sowie weitere Kredite (v.a. Ressortforschung und Personalaufwand; 291 Mio.) nicht im Rahmen der BFI-Botschaft beantragt. Diese Kredite gehen im Vergleich zum Vorjahr um 7 Millionen (-1,1%) zurück. Dieser Rückgang ist vor allem auf den tieferen Schweizer Beitrag an das CERN zurückzuführen. Der überwiegende Teil der Kredite dieses Aufgabenbereiches bildet jedoch Bestandteil der BFI-Botschaft (90%). Diese Kredite wachsen im Vorjahresvergleich um 3,6 Prozent (+198 Mio.). Diese Rate liegt unter dem vom Parlament im Rahmen der BFI-Botschaft 2008-2011 beschlossenen Zuwachses von durchschnittlich 6,2 Prozent pro Jahr. Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, dass der Zuwachs in den vergangenen Jahren der aktuellen BFI-Periode höher ausgefallen ist. Andererseits führt die tiefere Teuerung zu einem nominal leicht tieferen durchschnittlichen Wachstum des BFI-Bereichs 2008-2011. Real wird die geplante Wachstumsrate aber eingehalten.

Die *Berufsbildung* weist prozentual den höchsten Zuwachs innerhalb des Aufgabengebietes auf (+10,1%; +72 Mio.). Grund dieses Zuwachs ist hauptsächlich die Steigerung der Pauschalbeiträge an die Berufsbildung (+10,6%; +64 Mio.). Dieses sehr starke finanzielle Engagement des Bundes ist die Folge der beabsichtigten Annäherung an die Richtgrösse für die Bundesbeteiligung von einem Viertel der Aufwendungen der öffentlichen Hand.

Die Beiträge an die *Hochschulen* wachsen mit 0,6 Prozent (+11 Mio.) weniger stark als das Aufgabengebiet. Innerhalb dieser Aufgabe sind jedoch unterschiedliche Trends zu verzeichnen:

Insbesondere die Aufwände im Bereich Fachhochschulen wachsen mit 4,2 Prozent überdurchschnittlich (+19 Mio.). Auch hier leistet der Bund grosse Anstrengungen, seinen gesetzlichen Anteil von einem Drittel an den anrechenbaren Aufwendungen der öffentlichen Hand zu erfüllen. Die Beiträge an den ETH-Bereich und an die universitären Hochschulen gehen hingegen (v.a. hauptsächlich aufgrund der Teuerungsanpassung) leicht zurück. Die Minderaufwendungen im Vorjahresvergleich betragen beim ETH-Bereich 2 Millionen (-0,3%) und bei den kantonalen Universitäten 7 Millionen (-0,9%). Real betrachtet wird der geplante Pfad eingehalten.

Bei den Forschungsausgaben wird zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung unterschieden. Die Ausgaben für die Grundlagenforschung weisen im Vorjahresvergleich mit 3,1 Prozent (+73 Mio.) den höchsten Zuwachs aus. Die *Grundlagenforschung* umfasst namentlich die Beiträge an den Schweizerischen Nationalfonds SNF, das CERN, einen Teil der Leistungen an die Europäische Raumfahrtbehörde ESA sowie rund 60 Prozent des Bundesbeitrags an den ETH-Bereich. Substanzuelle Zuwächse verzeichnen vor allem die Beiträge an den SNF (+10,9%; +81 Mio.). Beim SNF ist die Strategie des Bundesrates, die kompetitive Forschungsförderung und damit die Exzellenz der Schweizer Forschenden weiter zu stärken, Grund für die Aufstockung. Der SNF verwendet die zusätzlichen Mittel für die Ausweitung der Forschungsförderung und die verstärkte Abgeltung der indirekten Forschungskosten (Overhead-Beiträge). Die hohen Zuwachsraten beim SNF werden durch den oben erwähnten Rückgang des Schweizer Beitrags an das CERN (-7 Mio.) zum Teil kompensiert.

Zur *angewandten Forschung* gehören namentlich die Ausgaben der Kommission für Technologie und Innovation (KTI), ein Teil der Beiträge an den ETH-Bereich sowie an die ESA, die Ausgaben der landwirtschaftlichen Forschungsanstalten sowie 90 Prozent der Mittel für die EU-Forschungsrahmenprogramme. Die angewandte Forschung wächst mit 3 Prozent (+36 Mio.) etwa gleich schnell wie das Aufgabengebiet. Den höchsten Zuwachs verzeichnet der Beitrag an die Forschungsrahmenprogramme der EU (+9,8%; +31 Mio.).

Im *übrigen Bildungswesen* ist aufgrund der höheren Beiträge an die Bildungs- und Jugendprogramme der EU ein Zuwachs von 0,5 Millionen (+1,8%) zu verzeichnen.

26 Landwirtschaft und Ernährung

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010	
				absolut	%
Landwirtschaft und Ernährung	3 692	3 701	3 623	-78	-2,1
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	6,3	6,1	5,8		
Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen	273	281	239	-42	-14,9
Produktion und Absatz	564	492	467	-26	-5,2
Direktzahlungen	2 742	2 813	2 799	-14	-0,5
Übrige Ausgaben	113	115	118	4	3,2

Das Aufgabengebiet Landwirtschaft und Ernährung weist im Vergleich zum Vorjahr Minderausgaben von 78 Millionen (-2,1 %) auf. Diese sind hauptsächlich auf die Konsolidierungs-massnahmen im Voranschlag, namentlich auf die Umsetzung der Teuerungskorrektur, zurückzuführen. Die Umsetzung erfolgt nicht vollständig proportional. Minderausgaben gegenüber dem Vorjahr resultieren schwergewichtig in den Bereichen Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen sowie Marktstützung (Milch- und Viehwirtschaft, Pflanzenbau). Die allgemeinen und ökologischen Direktzahlungen sind von der Teuerungskorrektur unterproportional betroffen und nehmen gegenüber dem Voranschlag 2010 leicht ab.

Der überwiegende Teil der Landwirtschaftsausgaben wird seit der Inkraftsetzung der Agrarpolitik 2002 per 1. Januar 2000 gemäss den Vorgaben des Landwirtschaftsgesetzes (LwG) über drei Zahlungsrahmen gesteuert. Das Parlament hat mit seinen Beschlüssen zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik (AP 2011) drei Zahlungsrahmen für die Jahre 2008-2011 verabschiedet. Diese betragen insgesamt 13 652 Millionen: Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen 739 Millionen, Produktion und Absatz 1885 Millionen, Direktzahlungen 11 028 Millionen.

Rund 77 Prozent oder 2799 Millionen der Agrarausgaben werden für allgemeine und ökologische *Direktzahlungen* eingesetzt, was eine Folge der sukzessiven Mittelumlagerung von der Marktstützung im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Agrarpolitik (AP 2011) ist. Mit Ausgaben von 2186 Millionen fliesst der Grossteil dieser Mittel in Form von allgemeinen Direktzahlungen an die Landwirtschaftsbetriebe. Die restlichen 613 Millionen werden als ökologische Direktzahlungen ausgerichtet. Gegenüber dem Vorjahr nehmen die Direktzahlungen um rund 14 Millionen oder 0,5 Prozent ab.

Die Ausgaben der *Marktstützung* umfassen die Massnahmen der Absatzförderung, der Milch- und Viehwirtschaft, des Pflanzenbaus sowie die Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte («Schoggi-Gesetz»). Dieser Aufgabenbereich nimmt im Vergleich zum Budget 2010 um 26 Millionen oder gut 5 Prozent ab, womit der Anteil an den Landwirtschaftsausgaben noch knapp 13 Prozent beträgt. Die bedeutendste Mittelreduktion innerhalb der Marktstützung erfolgt in der Milchwirtschaft, wobei sich die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 24 Millionen reduzieren und neu noch 251 Millionen betragen. Basierend auf den Parlamentsbeschlüssen zur AP 2011 werden seit 2009 zur Milchpreisstützung keine Inland- und Ausfuhrbeihilfen, sondern nur noch Zulagen für verkäste Milch und für silagefreie Fütterung ausgerichtet.

Die Massnahmen der *Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen* reduzieren sich gegenüber dem Voranschlag 2010 um insgesamt knapp 42 Millionen. Dieser Abbau entspricht einer Mittelreduktion von rund 15 Prozent. Die Ausgaben der Grundlagenverbesserungen entfallen schwergewichtig auf die Aufwendungen für Strukturverbesserungen, Investitionskredite sowie Pflanzen- und Tierzuchtmassnahmen. Insbesondere bei den Investitionskrediten nehmen die Ausgaben gegenüber dem Vorjahresbudget um 36 Millionen ab. Die Ausgaben für die Sozialmassnahmen umfassen die Familienzulagen an die Landwirtschaft, die Umschulungsbeihilfen sowie die Betriebshilfen und nehmen im Vergleich zum Vorjahr um gut 6 Millionen ab.

Bei den *Übrigen Ausgaben*, welche nicht über die landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen gesteuert werden, sind im Bereich Vollzug und Kontrolle Mehrausgaben von knapp 4 Millionen budgetiert. Dieser Mehraufwand resultiert hauptsächlich aus der Integration der Drittmittelgeschäfte in die Erfolgsrechnung der Agroscope.

27 Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Differenz zu VA 2010	
	2009	2010	2011	absolut	%
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 587	2 748	2 970	222	8,1
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	4,4	4,6	4,7		
Politische Beziehungen	712	753	785	32	4,3
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1 723	1 764	1 928	165	9,3
Wirtschaftliche Beziehungen	76	77	87	11	14,0
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	75	155	170	14	9,1

Rund 26 Prozent der Ausgaben in diesem Bereich entfallen auf den Sektor *politische Beziehungen*. Er umfasst insbesondere die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz, verschiedene Beiträge an die internationalen Organisationen (Organisation der Vereinten Nationen, Europarat, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, usw.), die Sitzstaatpolitik, die Förderung von Frieden und Sicherheit sowie weitere Beiträge wie denjenigen an die SRG-Sendungen für das Ausland. Der Mehrbedarf für diesen Bereich beträgt 32 Millionen. Dieser erklärt sich vor allem durch die im Rahmen des KOP 12/13 neu alleine durch das EDA finanzierten Genfer sicherheitspolitischen Zentren (+28 Mio). Mit der Übernahme der Zentren durch das EDA werden die Mittel nicht mehr der militärischen Landesverteidigung, sondern den politischen Beziehungen zugeordnet.

Auf den Sektor *Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)* entfallen 65 Prozent der Ausgaben in diesem Bereich. Er umfasst die technische Zusammenarbeit und die Finanzhilfe, die humanitäre Hilfe, die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit, die Beteiligung an den regionalen Entwicklungsbanken, die Beiträge an die internationalen Entwicklungsorganisationen und die Hilfeleistungen an die Länder Osteuropas, die vom Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) der öffentlichen Entwicklungshilfe zugerechnet werden. Im Vergleich zum Budget 2010 verzeichnet dieser Sektor eine Zunahme um 9,3 Prozent (+165 Mio.). Diese Zunahme steht im Zusammenhang mit dem Beschluss des Ständerates vom 17.6.2010, mit dem der Bundesrat in die Pflicht genommen wurde, dem Parlament einen zusätzlichen Verpflichtungskredit zu unterbreiten. Dieser soll die schrittweise Aufstockung des Anteils der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (APD-Quote) auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens BNE im Jahr 2015 ermöglichen. Der Bundesrat hat am 23.6.2010 die Erarbeitung einer entsprechenden Botschaft beschlossen. Die Botschaft enthält ein Kapitel zu den finanzpolitischen Gründen, die dafür sprechen können, die APD-Quote nicht auf 0,5 Prozent des BNE zu erhöhen, sondern stattdessen einen zusätzlichen Verpflichtungskredit zu

sprechen, der es ermöglicht, in den Jahren 2011 und 2012 eine APD-Quote von 0,45 Prozent zu erreichen. Mit der Botschaft zum Voranschlag 2011 wird indes kein Vorentscheid bezüglich dieser Varianten getroffen: Mit der beantragten Aufstockung in den Budgets der DEZA und des SECO resultiert im Jahr 2011 eine APD-Quote von 0,45 Prozent. Damit könnte auch das Ziel von 0,5 Prozent bis 2015 auf dem Weg einer mehr oder weniger linearen Erhöhung erreicht werden.

Etwas weniger als 3 Prozent des Aufwandes für diesen Bereich entfallen auf den Sektor *wirtschaftliche Beziehungen*. Er umfasst zur Hauptsache die Beiträge an die internationalen Organisationen im Wirtschaftsbereich, namentlich die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA), die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) und die Welthandelsorganisation (WTO). Gegenüber dem Vorjahresbudget nimmt der Aufwand für diesen Bereich um 14 Prozent (+10,7 Mio.) zu. Dieser Mehraufwand ist grösstenteils auf das neu gebildete Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) zurückzuführen. Es ist verantwortlich für die Koordination und die strategische Führung in internationalen Finanz-, Steuer- und Währungsangelegenheiten und vertritt die Interessen der Schweiz in diesen Bereichen gegenüber dem Ausland. Es hat seine Arbeit am 1.3.2010 aufgenommen. Die Betriebs- und Personalkosten des SIF wurden im EFD departementsintern kompensiert und dem Bereich wirtschaftliche Beziehungen zugeordnet.

Der Bereich *Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU*, auf den 5,7 Prozent des Aufwandes in diesem Bereich entfallen, umfasst die Hilfe an die Transitionsländer sowie den Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union (Kohäsion). Im Vergleich zum Vorjahresbudget nimmt der Aufwand in diesem Aufgabenbereich um beinahe 14 Millionen zu. Diese Zunahme entfällt vollumfänglich auf die für die Kohäsion bestimmten Mittel.

28 Übrige Aufgabengebiete

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Differenz zu VA 2010	
	2009	2010	2011	absolut	%
Übrige Aufgabengebiete	5 329	5 984	6 030	46	0,8
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	9,2	9,9	9,6		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 482	2 529	2 589	60	2,4
Ordnung und öffentliche Sicherheit	890	978	1 028	50	5,1
Kultur und Freizeit	395	451	441	-11	-2,4
Gesundheit	276	217	213	-4	-1,9
Umweltschutz und Raumordnung	726	1 198	1 232	33	2,8
Wirtschaft	560	610	527	-83	-13,6

Die Ausgaben der übrigen sechs Aufgabengebiete des Bundes belaufen sich auf knapp 9,6 Prozent des Gesamthaushaltes. Im Vergleich zum Voranschlag 2010 weisen sie einen Anstieg um 46 Millionen bzw. 0,8 Prozent aus. Mit einer Zunahme von 5,1 Prozent (+50 Mio.) weist das Aufgabengebiet *Ordnung und öffentliche Sicherheit* das grösste Wachstum auf. Demgegenüber verzeichnet das Aufgabengebiet der *Wirtschaft* mit einer Reduktion von 83 Millionen (-13,6%) die stärkste Abnahme. Alle diese Aufgabengebiete sind von den vorgezogenen Massnahmen des KOP 12/13 betroffen, die sich auf den Voranschlag 2011 auswirken. Die für das Budgetjahr 2011 vorgesehenen Einsparungen belaufen sich auf 151 Millionen; sie erklären sich im Wesentlichen durch die *Anpassungen an die Teuerung* und die *Kürzungen im Eigenbereich*.

Im Aufgabengebiet *Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen* nehmen die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 60 Millionen (2,4 %) zu. Bedeutende Mehrausgaben sind im Bereich Informatik zu verzeichnen (+57 Mio.). Sie rechtfertigen sich zum grössten Teil durch die wachsenden Betriebskosten des BIT, die gegenüber dem Voranschlag 2010 um 45 Millionen höher ausfallen, was durch die Implementierung mehrerer Projekte bedingt ist (siehe Band 3/24). Auch bei den Betriebskosten der Vollzugsstelle für den Zivildienst ist eine Zunahme um 11 Millionen festzustellen; sie ist auf die wachsende Zahl zu bearbeitender Dossiers zurückzuführen. Die Ausgabensteigerungen im Bereich Steuern und Abgaben (+17 Mio.) sind in erster Linie eine Folge der Mehrwertsteuerreform (MWST) sowie des Ausbaus der Rechtsdienste. Im Bereich zivile Bauten ist eine Reduktion um 15 Millionen zu verzeichnen; sie kompensiert weitgehend die vorgezogenen Investitionen im Rahmen des konjunkturellen Stabilisierungsprogramms.

Das Aufgabengebiet *Ordnung und öffentliche Sicherheit* verzeichnet ein Ausgabenwachstum von 50 Millionen (5,1 %), das vor allem in den Bereichen Polizeidienste und Strafvollzug anfällt. Fast die Hälfte dieser Zunahme hängt mit der Verselbständigung des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) zusammen; dadurch verlagern sich erstmals alle für dieses Amt bestimmten Mittel in das vorliegende Aufgabengebiet. Die Neugestaltung der Lohnstruktur bei der Bundeskriminalpolizei und die Einführung neuer Aufgaben im Zusammenhang mit der Bekämpfung der neuen Formen von Kriminalität ziehen Mehrausgaben in Höhe von 13 Millionen nach sich. Weitere 8 Millionen entfallen auf den personellen Mehrbedarf bei der Bundesanwaltschaft.

Die Ausgaben im Aufgabengebiet *Kultur und Freizeit* verringern sich um 11 Millionen (-2,4 %); diese Variation erklärt sich durch mehrere Faktoren. Erstens durch die Kürzung des Unterbringungsbeitrags an das Schweizerische Nationalmuseum um 3 Millionen. Zweitens hängt die Reduktion der Beiträge an den Heimatschutz und an die Denkmalpflege um 10 Millionen damit zusammen, dass das Parlament für den Voranschlag 2010 eine einmalige Kreditaufstockung beschlossen hatte. Im Bereich der Kulturförderung ist ein Rückgang um 4 Millionen zu verzeichnen. Beim Sport verläuft die Entwicklung mit einem Plus von 6 Millionen in der Gegenrichtung. Ein Grossteil dieser Zusatzmittel erklärt sich durch die Erhöhung der Finanzmittel, die für internationale, in der Schweiz stattfindende Sportanlässe bereitgestellt werden.

Im Aufgabengebiet *Gesundheit* sind die Ausgaben leicht, nämlich um 1,9 Prozent (-4 Mio.), rückläufig. Die wichtigste Erklärung für diese Abnahme liefert der Abschluss der Impfkampagne gegen die Blauzungenkrankheit (-4 Mio.).

Die Ausgaben im Aufgabenbereich *Umweltschutz und Raumordnung* nehmen um 33 Millionen (+2,8 %) zu. Fast die Hälfte davon entfällt auf den neuen Revitalisierungskredit (+15 Mio.), mit dem die Änderungen umgesetzt werden, die das Parlament im Rahmen der Revision des Gewässerschutzgesetzes (GschG) beschlossen hatte. Die Mehrausgaben in diesem Aufgabenbereich sind ferner auf die Zusatzmittel zurückzuführen, welche für den Hochwasserschutz bereitgestellt wurden, sowie auf die Zunahme der Kreditpositionen im Zusammenhang mit neuen Aufgaben, bspw. die Rückvergütung der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen.

Im Aufgabengebiet *Wirtschaft* sind die Ausgaben um 83 Millionen (-13,6 %) rückläufig. Dieser bedeutende Rückgang gegenüber dem Voranschlag 2010 steht namentlich mit dem Abschluss mehrerer Projekte des konjunkturellen Stabilisierungsprogramms in Zusammenhang: Exportförderung (-30 Mio.), Projekt *Digitale Signatur* (-17 Mio.), Projekt *e-Government* (-4 Mio.), mehrere Projekte im Bereich erneuerbare Energien (-45 Mio.). Mehrausgaben sind im Bereich Finanzmarktregulierung (+8 Mio.) zu verzeichnen, denn zum ersten Mal erscheinen in dieser Rubrik auch die für das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) eingestellten Mittel.

31 Haushaltsrisiken

Begriff und Empfehlungen des IWF

Unter Haushaltsrisiken («Fiscal Risks») versteht man allgemein die Gefahr, dass die Abschlüsse der staatlicher Haushalte wesentlich von den budgetierten/geplanten Werten abweichen. Diese Gefahr besteht selbst dann, wenn ein Budget «auf Grund sorgfältiger Schätzung des voraussichtlichen Bedarfs festgesetzt» wird, wie es etwa das Finanzhaushaltsgesetz den Bundesbehörden in Artikel 32 vorschreibt. Dies, weil selbst sorgfältig geplante Ausgaben und Einnahmen auf zahllosen Annahmen über Ereignisse beruhen, die durch gesetzliche Bestimmungen oder vertragliche Verpflichtungen finanzielle Konsequenzen für den Staatshaushalt haben, deren effektives Eintreten aber nur in den seltensten Fällen mit Sicherheit im Voraus bestimmt ist. Mit anderen Worten kann sich eine sorgfältige Budgetierung nur an den (im Zeitpunkt der Budgetierung) wahrscheinlichsten relevanten Ereignissen orientieren – Abweichungen von den Plangrössen beim Budgetvollzug sind damit abhängig vom Ausmass der Unsicherheit.

Ein wichtiges Beispiel sind die einem Voranschlag zugrunde gelegten makroökonomischen Referenzgrössen: Sie orientieren sich zwar an Expertenprognosen, die tatsächliche Wirtschaftsentwicklung wird aber in aller Regel davon abweichen. Steuereinnahmen (welche einen gesetzlichen Bezug zu wirtschaftlichen Grössen haben) verfehlen dann den Budgetwert, und auch die Ausgaben (etwa bei den Sozialversicherungen oder den Schuldzinsen) fallen anders aus als geplant.

Eine ungünstige Realisation solcher «Zufallsvariablen» kann mit den damit verbundenen finanziellen Konsequenzen die geordnete Erfüllung der Staatsaufgaben gefährden. Folglich muss die Finanzpolitik auch den Haushaltsrisiken stets die nötige Aufmerksamkeit schenken, damit die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand auch in ungeplant ungünstigen Situationen aufrecht erhalten werden kann.

Die (internationalen) Erfahrungen der jüngsten Krise haben nicht nur in Erinnerung gerufen, welches Ausmass Haushaltsrisiken haben können, sondern auch dass der Preis einer fehlenden Beachtung sehr gross sein kann.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat 2008 Richtlinien mit dem Titel «Fiscal Risks: Sources, Disclosure, and Management» veröffentlicht. Im Januar 2009 wurde von Seiten des IWF im Rahmen des Berichts über die Fiskaltransparenz der Schweiz (Fiscal Report on the Observance of Standards and Codes, kurz: Fiscal ROSC) eine Beurteilung zum Stand der Umsetzung der Richtlinien betreffend Haushaltsrisiken in der Schweiz verfasst. Der IWF erstellt diese Berichte für verschiedene Bereiche auf Antrag der Mitgliedsländer und erarbeitet anschliessend regelmässige Folge-Berichte bezüglich umgesetzter Empfehlungen. Die Eidg. Finanzverwaltung (EFV) hat auf Grundlage der Richtlinien und des Berichts über die Fiskaltransparenz mögliche Verbesserungen bezüglich Umgang mit Haushaltsrisiken in der Schweiz untersucht. Mit der Eingliederung eines spezifischen Kapitels

in die Finanzberichterstattung zum Voranschlag soll ein erster Schritt zur besseren Transparenz geschaffen werden.

Umgang mit Haushaltsrisiken

Gemäss den Richtlinien des IWF stützt sich der Umgang mit Haushaltsrisiken auf die drei Pfeiler Identifizierung, Offenlegung und Management:

Die *Identifizierung* umfasst die Feststellung/Benennung und Quantifizierung konkreter Haushaltsrisiken. Dabei unterscheidet der IWF drei Arten von Risiken:

1. *Makroökonomische bzw. Prognose-Risiken* beziehen sich insbesondere auf das Bruttoinlandprodukt (BIP), die Teuerung des Zinsniveaus oder Wechselkurse.
2. *Explizite Risiken* entstehen durch eine bestehende Obligation, welche durch ein bestimmtes (nicht budgetiertes) Ereignis einen Finanzierungsbedarf auslösen. Sie betreffen beispielsweise die Schuldenverwaltung, Pensionskassen oder staatliche Unternehmen.
3. *Implizite Risiken* entstehen nicht durch eine explizite Verpflichtung sondern durch öffentlichen Druck (z.B. bei Naturkatastrophen).

Eine weitere Risikokategorie stellen «politische Risiken» dar. Dabei handelt es sich um Belastungen des Haushaltes durch mögliche zukünftige Beschlüsse der politischen Entscheidungsträger, beispielsweise in Form von Mehrausgaben oder Steuersenkungen.

Neben der qualitativen Benennung von Haushaltsrisiken gilt es auch, ihre quantitative Bedeutung zu identifizieren. Sie bemisst sich an den möglichen finanziellen Folgen der jeweiligen Ereignisse und an deren Eintretenswahrscheinlichkeit. Die Quantifizierung erlaubt eine Priorisierung bei der Handhabung der Haushaltsrisiken.

Mit der *Offenlegung* von Haushaltsrisiken soll deren Management unterstützt werden, so können zum Beispiel die Kosten bei der Geldaufnahme reduziert werden, da eine hohe Transparenz zu einer verbesserten Bonität führen kann. Eine Offenlegung wird im Allgemeinen nicht empfohlen, wenn dadurch ein Moral Hazard-Problem (Anreizproblem) entstehen könnte. Diese Gefahr besteht namentlich bei den implizierten Risiken, so kann die Offenlegung des Risikos einer Stützung von Unternehmungen des Privatsektors deren Risikoverhalten negativ beeinflussen.

Ein erfolgreiches *Management* von Haushaltsrisiken stützt sich gemäss IWF auf einwandfreie Strategien in der Wirtschaftspolitik und der Schuldenverwaltung sowie auf eine klare Zuteilung von Rollen und Verantwortlichkeiten bezüglich Umgang mit den Haushaltsrisiken.

Haushaltsrisiken des Bundes

Der IWF kommt in seiner Beurteilung zum Schluss, dass der Bund bei der Umsetzung der Richtlinien betreffend Haushaltsrisiken mehrheitlich dem internationalen «Best-Practice-Standard» entspricht.

Wesentlich dazu beigetragen haben die im Zuge der Einführung des NRM erfolgte konsequente Orientierung an den International Public Sector Accounting Standards IPSAS bei der Rechnungslegung und der Finanzberichterstattung.

Das bestehende Risikomanagement des Bundes basiert auf der Risikopolitik vom Dezember 2004. Die Vorgaben des bestehenden Risikomanagements bezüglich Risikoerfassung und Risiko-

bewertung decken sich grösstenteils mit dem empfohlenen Ausweis gemäss IWF-Richtlinien (s. Band 1, Ziff. 61/3).

Die Offenlegung der Haushaltsrisiken erfolgt hauptsächlich in der Finanzberichterstattung zum Voranschlag und zur Rechnung. Die nachstehende Tabelle fasst sie zusammen und verweist auf die entsprechenden Publikationen.

Die hier genannten Offenlegungen erfüllen die Vorgaben des IWF unterschiedlich. Das grösste Optimierungspotential wurde bei der Offenlegung der Risiken Steuervergünstigungen, staatliche Unternehmen und Sozialversicherungen festgestellt. Die EFV ist daran, die Empfehlungen des IWF im Detail zu prüfen, und wird im Rahmen der Finanzberichterstattung zum Voranschlag laufend darüber berichten.

Offenlegung der Haushaltsrisiken

Makroökonomische Risiken

Bruttoinlandprodukt (BIP)	Kapitel «Alternativszenarien», Band 3 zum Voranschlag sowie Finanzplan
---------------------------	--

Explizite Risiken

Schuldenverwaltung	Anhang 4, Band 5 Finanzplan
Eventualverbindlichkeiten	Anhang, Band 1 der Staatsrechnung
Vorsorgeverpflichtungen	Anhang, Band 1 der Staatsrechnung
Staatliche Unternehmen	Konsolidierte Rechnung Bund (ab Rechnungsjahr 2009)
Steuervergünstigungen	Teil des Subventionsberichts
Sozialversicherungen	«Öffentliche Finanzen der Schweiz», Publikation EFV/Bundesamtes für Statistik

Politische Risiken

Mehrausgaben/Steuersenkungen	Kapitel «Mögliche Mehrbelastungen», Band 5 Finanzplan
------------------------------	---

32 Alternativszenarien

Die volkswirtschaftlichen Eckwerte für den Voranschlag 2011 basieren auf der Juni-Prognose der Expertengruppe für Konjunkturprognosen des Bundes. Gemäss dieser Prognose dürfte die Erholung der Schweizer Wirtschaft nach der vergangenen Rezession weiter fortschreiten: Für das Jahr 2010 wird mit einem robusten realen Wirtschaftswachstum von 1,8 Prozent gerechnet und für das Jahr 2011 – angesichts zunehmender aussenwirtschaftlicher Belastungen – ein leicht tieferes Wachstum von 1,6 Prozent erwartet. Getragen wird der wirtschaftliche Aufschwung durch eine sich fortsetzende Exporterholung und eine anhaltend robuste private Kosumnachfrage.

Die Prognose ist allerdings von zahlreichen Unsicherheiten geprägt. So wirken die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise immer noch nach, und die bisherige weltwirtschaftliche Erholung beruht massgeblich auf den Impulsen einer stark expansiven Geld- und Fiskalpolitik. Diesen negativen Risiken steht laut der Expertengruppe für Konjunkturprognosen auch die Möglichkeit einer weitherin die Erwartungen übertreffende Konjunktur-entwicklung gegenüber, wie es in der bisherigen Erholung seit Mitte 2009 der Fall war. Um die beschriebenen Unsicherheiten offen zu legen, hat die Eidg. Finanzverwaltung zwei alternative makroökonomischen Szenarien formuliert und deren Auswirkungen auf den Bundeshaushalt berechnet.

Bad Case-Szenario

Im Bad Case-Szenario wird die globale Wirtschaftsentwicklung durch die Nachwirkungen der Finanzkrise und die internationale Rückführung der expansiven Geld- und Finanzpolitik gehemmt. Die Schweiz als kleine, offene Volkswirtschaft kann sich dieser Entwicklung nicht entziehen und wird primär durch eine schwächere Entwicklung der Schweizer Exportkonjunktur in Mitleidenschaft gezogen. Eine zusätzliche Belastung erfahren die Exporte durch die Schuldenkrise im Euro-Raum und die damit verbundene Aufwertung des Schweizer Franken. Insgesamt bildet das pessimistische Szenario einen neuerlichen konjunkturellen Rückschlag im Jahr 2011 («Double Dip») nach einem vorübergehenden Aufschwung im laufenden Jahr ab. Ein solches Szenario würde sich in einer realen Wachstumseinbusse von rund drei Prozent äussern (kumuliert 2009 und 2010).

In einem solchen Szenario wäre im Voranschlagsjahr 2011 mit Mindereinnahmen in der Höhe von 1,8 Milliarden zu rechnen. Aufgrund des neuerlichen Abgleitens der Schweizer Wirtschaft

in eine Rezessionsphase nimmt der Konjunkturfaktor aber deutlich zu. Dadurch würde sich das konjunkturell zulässige Defizit um rund 1,4 Milliarden erhöhen und insgesamt ein Finanzierungsdefizit von 2,2 Milliarden erlauben. Gleichzeitig erfährt der Bundeshaushalt – primär aufgrund niedrigerer Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen – ausgabenseitige Entlastungen. Das höhere konjunkturelle Defizit und die erwähnten ausgabenseitigen Entlastungen kompensieren in etwa die Mindereinnahmen. Somit würde das Budget auch in einem pessimistischeren Szenario die Vorgaben der Schuldenbremse erfüllen.

Good Case-Szenario

Das optimistische makroökonomische Szenario unterstellt im Vergleich zum Basisszenario eine deutlich stärkere weltwirtschaftliche Erholung und damit eine nachhaltige Belebung des Welthandels. In der Schweiz äussert sich dies in erster Linie durch einen markanten Anstieg der Nachfrage nach Schweizer Exportgütern. In der Folge entwickeln sich auch die privaten Investitionen und Konsumausgaben dynamischer. Ähnlich wie das Basisszenario unterstellt das Good Case-Szenario eine nachhaltige Erholung der Schweizer Wirtschaft von der Finanz- und Wirtschaftskrise. Im Gegensatz zum Basisszenario verläuft die Erholung aber deutlich schneller und stärker: Bereits im Voranschlagsjahr übersteigt die Wirtschaftsleistung das langfristige Potenzial («Trend-BIP»).

In diesem Szenario wäre aufgrund der besseren Konjunkturentwicklung mit Mehreinnahmen von rund 1,3 Milliarden zu rechnen. Gleichzeitig würde die Schuldenbremse bzw. der Konjunkturfaktor aufgrund des starken Wirtschaftswachstums statt einem Defizit von 0,8 Milliarden bereits einen kleinen Überschuss in der Finanzierungsrechnung verlangen. Der verbleibende Spielraum würde aber durch höhere Ausgaben bei den Einnahmenanteilen mehrheitlich aufgebraucht.

In beiden Fällen zeigt sich, dass konjunkturelle Schwankungen zumindest kurzfristig nur einen geringen Einfluss auf den strukturellen Saldo des Bundeshaushalts haben. Dank der konjunkturgerechten Ausgestaltung der Schuldenbremse wird das schlechtere (bessere) Finanzierungsergebnis durch einen grösseren (kleineren) Konjunkturfaktor fast vollständig kompensiert und der Bundeshaushalt kann seine Wirkung als automatischer Stabilisator frei entfalten.

41 Personal

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010 absolut	%
Personalaufwand	4 812	4 927	5 118	191	3,9
Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten	4 698	4 819	5 000	180	3,7
Legislative	69	71	71	0	0,4
Entschädigungen für Parlamentarier	36	38	37	-1	-1,8
Personalaufwand ¹	33	32	33	1	3,1
Übriger Personalaufwand	0	0	0	-	-
Judikative	132	141	137	-4	-2,9
Bezüge Bundesrichter ¹	37	38	38	0	0,3
Personalaufwand ¹	95	102	98	-4	-3,8
Übriger Personalaufwand	1	2	1	0	-17,6
Exekutive	4 425	4 355	4 529	175	4,0
Bezüge BR und BK	4	4	4	0	2,6
Bezüge Kommissionen	1	1	1	-	-
Personalaufwand ¹	4 287	4 214	4 391	177	4,2
Personalaufwand Lokalpersonal EDA ¹	69	63	66	3	4,6
Übriger Personalaufwand	64	73	67	-6	-7,8
Global- und Spezialkredite	42	182	200	17	9,5
Berufliche Integration ¹	-	12	12	-	-
Hochschulpraktikanten ¹	-	9	9	0	5,3
Lernende ¹	-	15	15	0	-1,3
Lohnmassnahmen ²	1	20	45	25	122,7
Arbeitgeberbeiträge global ³	-	73	64	-10	-13,0
Arbeitgeberleistungen ⁴	41	53	55	2	3,0
Umstrukturierungen	30	71	63	-8	-10,9
Sozialplan	3	26	15	-11	-41,0
<i>davon nicht finanzierungswirksam</i>	-7	-	-	-	-
Vorruhestandsurlaub	28	45	48	3	6,5
Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten	114	108	119	11	10,0
Aufwand für befristet angestelltes Personal ¹	114	108	119	11	10,0
Personalausgaben	4 828	4 927	5 118	191	3,9

1 Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge

2 V11 vorsorglich eingestellte Lohnmassnahmen

3 R09 dezentralisiert; V10 für zentral eingestellte Kredite reserviert (nach Abtretung); V11 für Lohnmassnahmen und zentral eingestellte Kredite sowie zum Ausgleich der Arbeitgeberbeiträge bei Altersdifferenzen reserviert (vor Abtretung).

4 VLVA-Überbrückungsrenten nach Art. 88f BPV (Verordnung über die Leistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt von Bediensteten in besonderen Dienstverhältnissen), Arbeitgeberzusatzleistungen VLVA, Berufsunfall und Berufsinvalidität, Altlasten PKB (Prozessrisiken)

Der Personalaufwand wird nach den drei staatlichen Gewalten gegliedert. Hinzu kommen die Global- und Spezialkredite, die zentral vom Eidg. Personalamt (EPA) budgetiert und bewirtschaftet werden. Gegenüber dem Voranschlag 2010 steigt der Personalaufwand um 191 Millionen (+3,9%) an. Der Anstieg begründet sich vorab durch Aufstockungen bei der Exekutive sowie den Global- und Spezialkrediten.

Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten

Legislative

Der Personalaufwand bei der Legislative erfährt gegenüber dem Voranschlag 2010 keine Änderung.

Judikative

Die Bezüge der Richter bleiben gegenüber dem Vorjahr stabil. Der Personalaufwand des Verwaltungspersonals erfährt eine leichte Abnahme von vier Millionen.

Exekutive

Der für die Kostensteuerung massgebende Personalaufwand der Exekutive nimmt gegenüber dem Voranschlag 2010 um 175 Millionen (+4,0%) zu. Die Zunahme beim Personalaufwand stellt eine Nettogrösse dar und ergibt sich aus der Differenz zwischen Aufstockungen und Entlastungen. Der Mehrbedarf beträgt gut 180 Millionen und steht einem Minderbedarf von knapp 6 Millionen gegenüber. Der Anstieg lässt sich in die drei Bereiche Besoldung, Strukturbrüche und stellenseitige Erhöhungen einteilen und begründet sich im Einzelnen wie folgt:

Besoldung

Bei fedpol sind mit dem Voranschlag 2011 Probleme in der Lohnstruktur behoben worden, die noch auf das Projekt EffVor zurückzuführen sind. Die Aufstockung im Umfang von knapp 4 Millionen ist teilweise im Ausgabenplafond des EJPD kompensiert worden. Im EDA führen ausserdem Erhöhungen beim Kostenausgleich und beim Lokalpersonal zu einer Zunahme der Personalbezüge.

Strukturbrüche

Die unter diesem Titel anfallenden Mehraufwendungen in der Höhe von 81 Millionen (inkl. AG-Beiträge) begründen sich mehrheitlich mit buchhalterischen Anpassungen, der Aktualisierung der Budgetierung aufgrund struktureller Veränderungen in den Vorjahren und weiteren Strukturbrüchen. So lassen sich rund 17 Millionen alleine mit einer veränderten Verbuchungspraxis begründen. Davon entfällt ein Teil auf die Agroscope und hat zur Folge, dass über Drittmittel finanziertes Personal neu im Personalaufwand des Bundes erscheint. 12 Millionen sind darauf zurückzuführen, dass im Bereich Verteidigung der Stellenbestand auf das Niveau des Jahres 2009 angehoben und der im Voranschlag 2010 geplante Stellenabbau nicht umgesetzt wird. Beim IT-Leistungserbringer BIT sind im Rechnungsjahr 2009 innerhalb des Globalbudgets Umschichtungen von externer Beratung zum Personalaufwand vorgenommen worden. Dies wird nun im Voranschlag 2011 nachvollzogen und führt zu einer Erhöhung der Personalausgaben von 11 Millionen. Schliesslich führt der Nachtrag 1/2010 im Voranschlag 2011 zu einer Erhöhung von 6 Millionen (ZIVI, vgl. unten).

Weiter musste eine Umbuchung im Zusammenhang mit den Arbeitgeberbeiträgen vorgenommen werden: Die Beiträge für die 1. und 2. Säule sowie für die SUVA werden jeweils auf der Basis der budgetierten Personalbezüge aufgrund eines vorgegebenen Einheitssatzes budgetiert. Dieser Satz ist gestützt auf die Ergebnisse in der Rechnung 2009 für die neue Budgetperiode angepasst worden. Der neue Einheitssatz (1. Kreis neu: 19 %; FLAG neu: 19,5 % / Vorjahr: 16 % bzw. 17,5 %) führt bei den Verwaltungseinheiten zu einer Zunahme des Personalaufwandes um 25 Millionen. Im Gegenzug sind die im EPA global eingestellten Arbeitgeberbeiträge gekürzt worden.

Stellenseitige Aufstockungen

Die stellenseitigen Aufstockungen führen gegenüber dem Voranschlag 2010 zu einer Zunahme des Personalaufwandes von rund 76 Millionen (inkl. AG-Beiträge) oder 440-480 Vollzeitstellen. Davon wird jedoch knapp die Hälfte haushaltsneutral kompensiert und führt daher nicht zu Mehrausgaben. Im Einzelnen begründet sich der Stellenzuwachs wie folgt:

- IT-Leistungserbringer: Personeller Mehrbedarf entsteht auch da, wo zuvor extern wahrgenommene Aufgaben aus Effizienzgründen vermehrt durch den Bund wahrgenommen werden: So sind unter anderem insgesamt 3 Millionen bei den IT-Leistungserbringern auf Umschichtungen von der externen Beratung zum Personalaufwand zurückzuführen.

- BASPO und swisstopo: Die beiden Ämter erhöhen den Personalbestand infolge neuer Aufgaben. In der swisstopo geht die Erhöhung im Wesentlichen auf das Projekt topografisches Landschaftsmodell der Schweiz zurück. Im BASPO stützt sich die personelle Aufstockung auf die Umsetzung der Motion Stahl (09.4238: Unterstützung von internationalen Sportgrossanlässen in der Schweiz), den Betrieb des neu erstellten Hochschulgebäudes und auf das erweiterte Hochschulangebot. 80 Prozent des Mehraufwands ist durch Mehreinnahmen gedeckt.
- ZIVI: Die Inkraftsetzung der Tatbeweislösung beim Zulassungsverfahren führt zu einem Anstieg des Personalaufwands im Umfang von 5 Millionen (vgl. Nachtrag 1/2010).
- ASTRA: Beim ASTRA führt die Eingliederung des Verkehrsmanagements und der Amtsinformatik (Insourcing) zu einem Anstieg des Personalaufwands.

Hinzu kommen Aufstockungen in allen Departementen, welche im Rahmen der Gesamtbeurteilung Ressourcen im Personalbereich beschlossen wurden (42,9 Mio.). Von den Departementen sind insgesamt 272 Stellen beantragt worden (Vorjahr 201 Stellen). Davon sind 69 Stellen haushaltsneutral. 203 Stellen wurden plafonderhöhend beantragt, davon 57 Stellen unter dem Titel «Schengen / Dublin». 21 Stellen sind vom VBS und EJPD für den Einsatz gegen die Internet-Kriminalität angebeht worden. Weitere 20 Stellen werden beim EFD für die Umsetzung der MWST-Reform gefordert. Auf die Umsetzung der Sprachenverordnung entfallen 16 Stellen. Detaillierte Begründungen zu den Aufstockungen können der Zusatzdokumentation des EPA zum Voranschlag 2011 entnommen werden.

Global- und Spezialkredite

Hochschulpraktika, berufliche Integration und Lernende

Der Kredit für Hochschulpraktika, berufliche Integration und Lernende bleibt gegenüber dem Voranschlag 2010 stabil und beträgt insgesamt 36 Millionen. Der im Vergleich zu den Vorjahren hohe Wert begründet sich damit, dass der Bundesrat bereits im Voranschlag 2010 auf die steigende Jugendarbeitslosigkeit reagierte und befristet sein Angebot an Lehrstellen und Hochschulpraktika ausgebaut hat. Im Rahmen des Projekts PONTE wurden rund 60 zusätzliche befristete Stellen für Lehrabgängerinnen und -abgänger des Bundes geschaffen, die noch keine Anschlusslösung nach ihrer beruflichen Ausbildung gefunden haben. Zudem ist ein Ausbau der Hochschulpraktika von aktuell 380 auf rund 450 Plätze und eine Ausweitung des Lehrstellenangebotes um 100 zusätzliche Lehrstellen vorgenommen worden. Mit diesen Personalmassnahmen setzt der Bund ein arbeitsmarktpolitisches Zeichen, um mit gutem Beispiel gegen die Jugendarbeitslosigkeit anzugehen.

Lohnmassnahmen

In den Lohngesprächen vom 27.5.2010 ist den Spitzen der Personalverbände für 2011 ein voller Teuerungsausgleich in Aussicht gestellt worden. Dafür sind im Voranschlag 30 Millionen

(inkl. Arbeitgeberbeiträge) eingestellt was einem Ausgleich von 0,6 Prozent entspricht. Die Prognosen des Bundesamtes für Statistik gehen von einer Jahresendteuerung von 0,8 Prozent aus.

Arbeitgeberbeiträge global

Die zentral beim EPA eingestellten Arbeitgeberbeiträge reduzieren sich insgesamt um 10 Millionen. Dies stellt eine Nettobetrachtung dar. Die von Parlament bzw. Bundesrat beschlossenen Erhöhungen der Beiträge an die Arbeitslosenversicherung respektive die EO / Mutterschaftsversicherung führen zu Mehraufwendungen in der Höhe von gut 10 Millionen. Hinzu kommen Aufstockungen im Zusammenhang mit den strukturellen Veränderungen der Lohnsumme (Lohnerhöhungen und Stellenausbau) in der Höhe von 5 Millionen. Dem gegenüber steht eine Reduktion von 25 Millionen. Durch die Anpassung des Einheitssatzes für die Berechnung der Arbeitgeberbeiträge (vgl. Strukturbrüche).

Arbeitgeberleistungen

Die Arbeitgeberleistungen zentral nehmen gegenüber dem Voranschlag 2010 um 2 Millionen zu. Aufstockungen bei den Überbrückungsrenten und für die Entschädigungen der familienergänzende Kinderbetreuung im Umfang von 6 Millionen stehen Entlastungen von insgesamt 4 Millionen bei der Berufsinvalidität und den pendenten Prozessrisiken gegenüber. Mit der Aufstockung der Entschädigungen für die familienergän-

zende Kinderbetreuung um 3 Millionen kommt der Bundesrat der schon länger bestehenden politischen Forderung nach einer Harmonisierung der Entschädigungen auf Bundesebene nach.

Umstrukturierungen

Die Kosten der Aufwendungen für die Sozialpanlösungen nehmen aufgrund der Sistierung des Abbaus im VBS um 11 Millionen ab. Hingegen nehmen die Kosten für den Vorruhestand nach Artikel 34 BPV um 3 Millionen zu. Diese Zunahme steht im Zusammenhang mit dem Systemwechsel bei vorzeitigem Altersrücktritt von besonderen Personalkategorien vom Juli 2008. Der starke Kostenrückgang im Jahr 2008 war nur eine vorübergehende Erscheinung. Die Aufwendungen der neuen Regelung werden sich ab dem Jahr 2011 stabilisieren, weil dann erstmals drei volle Jahrgänge im Genuss der Vorruhestandsregelung sein werden.

Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten

Der Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten steigt im Voranschlag 2010 um 11 Millionen (+10,0 %) an. Davon entfallen knapp 10 Millionen auf die Entwicklungszusammenarbeit im EDA (DEZA). Die restliche Million begründet sich mit diversen kleineren Aufstockungen im EJP, EDI und EVD.

42 Informations- und Kommunikationstechnologien IKT

In der Bundesinformatik besteht eine Trennung zwischen Leistungserbringern (LE) und Leistungsbezügern (LB). Das ermöglicht eine bessere Zuordnung der Verantwortung und die Schaffung einer Auftraggeber- und Auftragnehmerbeziehung.

Die *Leistungserbringer* (LE) – BIT, Informatikdienstleistungszentren des EDA, EJPD, EVD und Führungsunterstützungsbasis der Armee (FUB) des VBS, welche Teil des Verteidigungsbereichs ist – erbringen als Service-Center Leistungen insbesondere gegenüber den Dienststellen der zentralen Bundesverwaltung und verrechnen auch sämtliche bundesinternen Leistungen kreditwirksam (Leistungsverrechnung, LV, auf der Basis einer Planvollkostenrechnung). Die Leistungsverrechnung beläuft sich 2011 auf 515 Millionen. Daneben erbringen das BIT und das ISC EJPD in geringem Umfang auch Leistungen ausserhalb der zentralen Bundesverwaltung (z.B. für swissmedic, Publica, FINMA, AHV-Fonds, ETH); diese Leistungen werden finanzierungswirksam entschädigt. Die IKT-LE werden seit dem 1.1.2007 mit Ausnahme der FUB als FLAG-Ämter mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt.

Die für die Leistungserbringung erforderlichen Mittel (Personalaufwand, Sach- und Betriebsaufwand, Abschreibungen sowie Investitionsausgaben) werden bei den LE eingestellt. Durch die Leistungserbringung erwirtschaften diese Erträge: finanzierungswirksam von den externen Bezüchern, LV von den bundesinternen Bezüchern. Dem LV-Ertrag der LE stehen LV-Aufwände der verschiedenen LB (Dienststellen) gegenüber.

Gemessen am für die Leistungserbringung benötigten Aufwand ist das BIT mit 375 Millionen der grösste IKT-LE. Es folgen FUB (324 Mio.), ISC EJPD (86 Mio.) und Informatik EDA (51 Mio.). Kleinster Leistungserbringer ist das ISCCeco des EVD (16 Mio.).

Die *Leistungsbezüger* (LB) können ihre IKT-Leistungen bei bundesinternen LE oder – im Einverständnis mit ihrem Departement – bei externen LE beziehen. Die LB budgetieren die für den Bezug von IKT-Leistungen notwendigen Mittel: finanzierungswirksam für extern bezogene Leistungen und LV für bundesintern bezogene Leistungen. Bei den finanzierungswirksamen Mitteln der Leistungsbezüger handelt es sich insbesondere um Aufwand und Ausgaben für den Kauf bzw. die Entwicklung von amtsspezifischen Fachanwendungen und deren Betrieb.

Folgende IKT-Kredite werden zentral eingestellt und gesteuert:

- Bund: zentral budgetierte und durch den Informatikrat Bund (IRB) im Sinne einer strategischen Steuerung freizugebende Mittel (beim GS EFD: Informatikreserve Bund und IKT-Wachstum Bund sowie Querschnittsprojekte).
- Departemente: Informatikreserven und Mittel für Projekte, bei denen der Entscheid betreffend einer externen oder internen Leistungserbringung noch nicht gefallen ist.

Die in der Tabelle ausgewiesenen Zahlen setzen sich wie folgt zusammen:

- Ertrag: finanzierungswirksame Erträge, welche die LE gegenüber externen Dritten erwirtschaften.
- Aufwand: finanzierungswirksamer und nichtfinanzierungswirksamer Aufwand von LB und LE sowie LV-Aufwand der LE für bundesintern bezogene Leistungen wie Mieten oder Büromaterial.
- Investitionsausgaben von LB und LE.
- Ausgaben: finanzierungswirksamer Aufwand und Investitionsausgaben.

Die Leistungsverrechnung zwischen IKT-LE (LV-Ertrag) und LB (LV-Aufwand) wird nicht ausgewiesen, da den LV-Aufwänden der LB finanzierungswirksame Aufwände bei den LE gegenüberstehen und diese Aufwände sonst doppelt enthalten wären.

Der finanzierungswirksame *Ertrag* der Informatik-Leistungserbringer steigt gegenüber dem Voranschlag 2010 um 6 Millionen (+25,0 %) auf 30 Millionen. Dieser wird vom BIT und vom ISC EJPD mit Leistungen für bundesnahe Institutionen mit öffentlicher Zweckbestimmung (z.B. swissmedic, AHV-Fonds, Publica, FINMA und ETH) sowie für Massnahmen im Zusammenhang mit Überwachungen des Post- und Fernmeldeverkehrs erzielt. Die Zunahme beim Ertrag aus Informatikleistungen ist hauptsächlich auf SAP-Projekte der Forschungsanstalten der ETH zurückzuführen. Im Weiteren wurde die Einnahmenschätzung der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs im ISC EJPD aufgrund der Erfahrungswerte der Vorjahre um 2 Million nach oben angepasst.

Der budgetierte *Aufwand* für die Informations- und Kommunikationstechnologien steigt gegenüber dem Voranschlag 2010 um 62 Millionen an (+5,6 %). Der Anteil des IKT-Aufwands am Funktionsaufwand des Bundes steigt erneut von 12,2 % im Voranschlag 2010 auf 12,5 % im Voranschlag 2011. Von diesem Mehraufwand von 63 Millionen sind 10 Millionen auf einen technisch bedingten Strukturbruch zurück zu führen: Der Aufwand für Miete bei der FUB steigt durch die Anwendung eines neuen Kalkulationsmodells durch armasuisse Immobilien. Unter Ausklammerung dieses Sonderfaktors beträgt das Aufwandswachstum 53 Millionen (+4,8 %), was sich durch Mehraufwendungen in den folgenden Bereichen erklärt:

- 34 Millionen für Entwicklungsaufwand im Projekt INSIE-ME der ESTV (Gesamterneuerung der ESTV-Fachanwendungen);
- 28 Millionen Mehraufwand für Abschreibungen, insbesondere für Fachapplikationen der ESTV (8 Mio.), des ASTRA (7 Mio.) und des EDA (4 Mio.);

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010	
				absolut	%
Erfolgsrechnung					
Ertrag	39	24	30	6	25,0
Ertrag aus Informatikleistungen	26	13	17	4	30,8
Übriger Ertrag	13	11	13	2	18,2
Aufwand	1 005	1 113	1 175	62	5,6
Personalaufwand (nur Leistungserbringer)	314	321	345	24	7,5
Sach- und Betriebsaufwand	609	678	688	10	1,5
Hardware Informatik	58	52	57	5	9,6
Software	36	41	43	2	4,9
Informatik Betrieb/Wartung	114	121	141	20	16,5
Informatikentwicklung, -beratung, -dienstleistungen	227	296	256	-40	-13,5
Telekommunikation	51	44	52	8	18,2
Übriger Sach- und Betriebsaufwand (nur Leistungserbringer)	121	124	139	15	12,1
Abschreibungen	82	114	142	28	24,6
Investitionsrechnung					
Investitionsausgaben	102	124	129	5	4,0
Investitionen Informatiksysteme	60	69	69	-	-
Investitionen Software	39	55	60	5	9,1
Übrige Investitionen (nur Leistungserbringer)	3	-	-	-	-
Ausgaben					
Ausgaben	920	1 022	1 048	26	2,5
Finanzierungswirksamer Aufwand	820	898	919	21	2,3
Investitionsausgaben	100	124	129	5	4,0

- 6 Millionen für den Betrieb der Anwendung NK AVAM (Neukonzeption des Informatiksystems für die Arbeitsvermittlung und die Arbeitsmarktstatistik des ALV-Fonds) des seco;
- 4 Millionen für den Betrieb des Auslandnetzes und der Auslands telekommunikation KOMBV₄ bei der Informatik EDA;
- 4 Millionen für den Betrieb der 1. Etappe von INSIEME;
- 4 Millionen höhere Mietkosten beim BIT, da dieses zusätzliche Räumlichkeiten beansprucht;
- 3 Millionen zusätzlicher Betriebsaufwand für Fachanwendungen des Bundesamtes für Statistik;
- Je rund 1 Million zusätzlicher Betriebsaufwand für Fachanwendungen der Bundeskanzlei, des Bundesarchivs, der Zentralen Ausgleichsstelle, der Eidgenössischen Zollverwaltung und des Bundesverwaltungsgerichts;

Diesem Aufwandwachstum stehen Kürzungen von insgesamt 32 Millionen gegenüber, die im Rahmen des Konsolidierungsprogramms erbracht wurden. Davon entfallen 4 Millionen auf Effizienzsteigerungen bei der Telekommunikation, 3 Millionen auf die Reduktion der Beschaffungen beim BIT, 11 Millionen auf Kürzungen bei den Leistungsbezügern (v.a. für die Entwicklung von Fachanwendungen) sowie 14 Millionen auf Kürzungen beim IKT-Wachstum und bei der Bundesreserve.

Betrachtet man das Aufwandwachstum gegliedert nach *Aufwandarten*, so steigt der Personalaufwand der Leistungserbringer um 24 Millionen, der Sach- und Betriebsaufwand um 10 Millionen und die Abschreibungen um 28 Millionen.

Der Anstieg beim *Personalaufwand* der Leistungserbringer um 24 Millionen ist hauptsächlich bedingt durch grösstenteils bereits 2009 geschaffene, aber im Voranschlag 2010 noch nicht enthaltene Stellen beim BIT (+14 Mio.), neue Stellen bei der FUB und dem ISC EJPD (je +4 Mio.) sowie der Informatik EDA (+1 Mio.). Der Mehraufwand beim BIT und beim ISC EJPD wird intern kompensiert durch die Umwandlung von Beratermandaten in feste Anstellungsverhältnisse, was in diesem Fall kostengünstiger ist. Bei der Informatik EDA führt eine Reorganisation zur Erhöhung des Stellenbestandes: Die Telematikintegration wurde von der Dienststelle EDA zur Informatik EDA verschoben. Beim *Sach- und Betriebsaufwand* sind gegenläufige Entwicklungen zu verzeichnen: Während der Aufwand für übrigen Sach- und Betriebsaufwand der Leistungserbringer (+15 Mio.), Telekommunikation (+8 Mio.), Informatik Betrieb/Wartung (+20 Mio.) und Software (+2 Mio.) steigt, sinkt der Aufwand für die Entwicklung von neuen Projekten (-40 Mio.). Dies ist vor allem auf die Umsetzung der Konsolidierungsmassnahmen zurückzuführen. Die Zunahme beim Betrieb wurde bereits weiter oben erklärt, und die Zunahme beim übrigen Sach- und Betriebsaufwand der LE ist auf zusätzliche Mietkosten bei der FUB (+10 Mio.) und beim BIT (+4 Mio.) zurückzuführen. Die *Abschreibungen* steigen wie bereits oben beschrieben um 28 Millionen.

Die *Investitionsausgaben* steigen gegenüber dem Voranschlag 2010 um 5 Millionen (+4,0 %). Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Investitionen in Softwareentwicklungen bei verschiedenen Dienststellen um insgesamt 5 Millionen zunehmen. Davon entfallen 3 Millionen auf das EDA für das Projekt KOMBV4-NG, die neue Generation des Aussennetzes Bund für Sprach- und Datenkommunikation, und je 1 Million auf die ESTV für das Projekt INSIEME und das ZIVI für das Projekt eZIVI. Von den Investitionsausgaben von total 129 Millionen entfallen 51 Millionen auf die Leistungserbringer und 78 Millionen auf die Leistungsbezüger.

Die *Ausgaben* steigen insgesamt um 26 Millionen und betragen im Total 1048 Millionen. Sie setzen sich zusammen aus dem finanzierungswirksamen Aufwand (919 Mio.) und den Investitionsausgaben (129 Mio.). Der finanzierungswirksame Aufwand berechnet sich folgendermassen: Aufwand minus nicht-finanzierungswirksamer Aufwand (Abschreibungen 142 Mio.) minus LV-Aufwand der Leistungserbringer (107 Mio.).

Deutliche Abflachung des Informatikwachstums

Die Sparbemühungen des Bundesrates im Eigenbereich der Verwaltung hinterlassen in der IKT deutliche Spuren. Vor allem bei der Lancierung von neuen Projekten im Sinne des Ausgabenmoratoriums mussten starke Priorisierungen vorgenommen werden. Das schlägt sich namentlich nieder bei den Ausgaben, die mit 2,5 Prozent wachsen, was verglichen mit den Vorjahren eine weitere Abschwächung bedeutet. Das Wachstum der Aufwendungen fällt aufgrund der steigenden Abschreibungen aus den Investitionen der Vorjahre leicht höher aus (5,7 %).

	Zuwachs VA 2008/2009	Zuwachs VA 2009/2010	Zuwachs VA 2010/2011
Aufwand	+10,1%	+5,5%	+5,6%
Ausgaben	+7,7%	+3,1%	+2,5%

43 Bundestresorerie

Die Bundestresorerie sorgt dafür, dass die Zahlungsbereitschaft des Bundes sowie der ihr angeschlossenen Betriebe und Anstalten jederzeit gewährleistet ist. Der Finanzierungsbedarf wird grundsätzlich durch Mittelaufnahmen am Geld- und Kapitalmarkt gedeckt. Die benötigten Devisen im Bereich Euro (EUR) und US-Dollar (USD) werden für das Budgetjahr mittels Termingeschäften an den Devisenmärkten gedeckt. Zum Ausgleich von Liquiditätsschwankungen hält der Bund angemessene Tresoriermittel, welche sicher und zinstragend angelegt sind.

Im Jahr 2011 wird die Bundestresorerie Mittel für folgende Zahlungsbedürfnisse abdecken: Neben der Deckung des defizitären ordentlichen Bundeshaushalts benötigt die Arbeitslosenversicherung (ALV) zudem neue Darlehen im Betrag von 1,0 Milliarden, und die Bevorschussung an den FinöV-Fonds wird um 0,5 Milliarden aufgestockt. Zudem werden 1,5 Milliarden für ausserordentliche Ausgaben beansprucht: für die Pensionskasse SBB sind Mittel von 1,1 Milliarden vorgesehen und für den Infrastrukturfonds 0,4 Milliarden. Bei der Sparkasse des Bundespersonals wird andererseits mit einem Zufluss von 0,1 Milliarden gerechnet.

Insgesamt wird im Jahr 2011 mit einem Netto-Finanzierungsbedarf von 3,5 Milliarden gerechnet. Die Bundestresorerie wird die notwendigen Mittel am Geld- und Kapitalmarkt beschaffen.

Die wichtigsten Geldbeschaffungsinstrumente sind die Anleihen und die Geldmarkt-Buchforderungen. Bei den Anleihen ist eine Netto-Geldaufnahme von 1,4 Milliarden geplant. Bei Fälligkeiten von insgesamt 7,6 Milliarden ergibt dies für 2011 Neuemissionen in der Höhe von 9,0 Milliarden. Der Stand der ausstehenden Anleihen wird damit Ende 2011 rund 84 Milliarden betragen. Bei den Geldmarktbuchforderungen wird mit einem Volumenanstieg um 2 Milliarden auf 14,7 Milliarden per Ende 2011 gerechnet. Allfällige kurzfristige Mittelbedürfnisse und Schwankungen der Tresoriermittel werden im Rahmen des täglichen Cashmanagements durch Geldmarktkredite und -anlagen abgedeckt. Das weiterhin regelmässige Auftreten des Bundes am schweizerischen Kapitalmarkt hilft auch in Zukunft eine angemessene Marktliquidität im Segment der Bundesanleihen zu gewährleisten. Am Kapitalmarkt gelten die Renditen der Bundesanleihen als Referenzgrösse. Das heisst, dass die Renditen der Obligationen anderer Schuldner mit jener der «Eidgenossen» verglichen werden. Die Bundesanleihen weisen dank der erstklassigen Bonität des Bundes die tiefsten Renditen auf.

Im Rahmen des Devisen-Bewirtschaftungskonzepts wird die Tresorerie Fremdwährungen für das Budget 2011 von rund 396 Millionen EUR und rund 403 Millionen USD beschaffen bzw. absichern. Weiter sichert die Bundestresorerie bei Bedarf Spezialfinanzierungen in Fremdwährungen ab.

44 Beratungsaufwand

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010	
				absolut	%
Beratungsaufwand	252	268	252	-16	-5,9
Allgemeiner Beratungsaufwand	230	255	240	-15	-6,0
Allgemeiner Beratungsaufwand Unselbständige	17	7	6	-1	-7,8
Kommissionen	5	6	6	0	0,9
Beratungsausgaben	252	268	252	-16	-5,9

Unter dem Beratungsaufwand werden Dienstleistungen ausgewiesen,

- deren Empfänger der Bund* ist: Zur Beratung zählen somit Gutachten, Expertisen, Auftragsforschung sowie fachliche Beratung in Fragen der Politikgestaltung, der Kommunikation oder der Führung, nicht jedoch der Subventionen, die über einen Dienstleistungsvertrag ausbezahlt werden (z.B. im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit); und
- die einen Beitrag zur Optimierung von Bundesaufgaben leisten*: Die externe Leistung muss einen Mehrwert für die Aufgabenerfüllung durch den Bund darstellen. Nicht zur Beratung zählen externe Dienstleistungen, bei denen die Aufgabenerfüllung an Dritte übertragen wird (z.B. Übersetzungen, Durchführung von Kampagnen, externe Revisionen, usw.).

Der Beratungsaufwand umfasst ausschliesslich finanzierungswirksame Aufwände.

Im Vergleich zum Vorjahr nehmen die für die Beratung eingestellten Mittel um 15,7 Millionen ab. Dieser Rückgang von 5,9 Prozent ist primär auf die vom Bundesrat im Rahmen der Haushaltskonsolidierung vorgenommenen Kürzungen von 10 Millionen zurückzuführen. Zusammen mit der Teuerungskorrektur von rund 5 Millionen führen diese Massnahmen dazu, dass ungefähr zwei Drittel aller Verwaltungseinheiten einen rückläufigen Beratungsaufwand zu verzeichnen haben.

Grössere Aufwandsminderungen sind zunächst bei jenen Verwaltungseinheiten auszumachen, die von *haushaltsneutralen Mittelverschiebungen* betroffen sind. Die markante Abnahme von 7,5 Millionen im Bundesamt für Berufsbildung und Technologie beispielsweise erklärt sich mit der Ausgliederung der Kommission für Technologie und Innovation (KTI), bei der neu rund 7 Millionen für die Beratung eingestellt sind. Der Rückgang von 3,2 Millionen im Bundesamt für Gesundheit (BAG) wiederum erklärt sich ebenfalls zur Hauptsache mit amtsinternen Mittel-

verschiebungen: Die Überführung von externen Fachkräften mit hoheitlichen Daueraufgaben in das BAG führt zu einem verminderten Bedarf an Beratungsdienstleistungen, was umgekehrt wiederum eine Aufstockung der Personalkredite zur Folge hat.

Namhafte Kürzungen sind aber auch bei Verwaltungseinheiten festzustellen, die nicht von Mittelverschiebungen betroffen sind. Die gilt beispielsweise für den Verteidigungsbereich, wo eine Abnahme des Beratungsaufwandes um 3,4 Millionen (-15,9%) zu verzeichnen ist. Dieser wird über gezielte Verzichte sowie die Priorisierung laufender Projekte umgesetzt. Ein markanter Rückgang ist ferner auch beim Bundesamt für Strassen auszumachen, wo der Aufwand im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 Millionen verringert wird. Diese Kürzung ist einerseits auf verschiedene kleinere Reduktionen zur Umsetzung der Konsolidierungsmassnahmen, andererseits aber auch auf gezielte Priorisierungen bei der objektbezogenen Forschung zurückzuführen.

Aufwandssteigerungen verzeichnet vorab die Eidg. Steuerverwaltung, bei der im Zusammenhang mit dem Abschluss des Amtshilfverfahrens zugunsten der USA zusätzliche Mittel eingestellt werden müssen (+1,5 Mio.). Höhere Ausgaben für den Beratungsaufwand sind zudem auch im Bundesamt für Kommunikation vorgesehen, welches zur Umsetzung von gesellschaftsdienlichen Projekten im Zusammenhang mit dem Internet Domain-Namen System zusätzliche Beratungsdienstleistungen in Anspruch nimmt. Diese Mehrausgaben in der Höhe von 1,4 Millionen werden jedoch über zusätzliche Einnahmen aus der Verwaltung der Internet Domain-Namen kompensiert. Ausgabensteigerungen von 0,8 Millionen zu verzeichnen hat schliesslich auch die Vollzugsstelle für den Zivildienst, wo die zunehmende Zahl der Zivildienstleistenden einen erhöhten Bedarf an Beratung durch externe Spezialisten zur Folge hat. Benötigt wird insbesondere die Unterstützung im Bereich der einsatzspezifischen Ausbildung der Zivildienstleistenden.

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010	
				absolut	%
Erfolgsrechnung					
Ordentlicher Ertrag	3 185	1 941	2 330	389	20,1
Funktionsertrag (Globalbudget)	2 073	1 851	2 123	272	14,7
Regalien und Konzessionen	33	25	26	0	1,4
Übriger Ertrag	1 079	65	182	117	181,0
Ordentlicher Aufwand	5 100	5 114	5 470	357	7,0
Funktionsaufwand (Globalbudget)	3 765	3 811	4 048	238	6,2
Transferaufwand	1 279	1 239	1 378	139	11,2
Übriger Aufwand	55	64	44	-20	-30,8
Investitionsrechnung					
Ordentliche Investitionseinnahmen	43	32	32	0	0,6
Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget)	41	30	30	0	0,0
Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	3	2	2	0	9,1
Ordentliche Investitionsausgaben	2 596	2 668	2 661	-8	-0,3
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	1 426	1 465	1 506	41	2,8
Investitionsbeiträge	172	174	173	-2	-0,9
Übrige Investitionen	997	1 029	982	-47	-4,6
Ausserordentliche Investitionsausgaben	-	-	850	850	-

Hinweis: Ausweis der Erfolgsrechnung inklusive interner Leistungsverrechnung

FLAG umfasst 2011 unverändert 22 Verwaltungseinheiten, welche wie im Vorjahr rund 30 Prozent des Eigenaufwandes des Bundes verursachen (ohne Rüstungsaufwand).

Der *ordentliche Ertrag* der FLAG-Verwaltungseinheiten steigt gegenüber 2010 um 389 Millionen (+20,1%). Mehr als zwei Drittel dieses Anstiegs entfallen auf den Funktionsertrag.

Der Anstieg des *Funktionsertrags* um 272 Millionen (+14,7%) verteilt sich auf 15 FLAG-Einheiten, wobei der weitaus grösste Teil aus der internen Leistungsverrechnung (LV) der armasuisse Immobilien stammt (+178 Mio.). Diese Mehrerträge sind primär eine Folge erhöhter Mietansätze, weil die Weiterverrechnung der Kapitalkosten neu über die Abschreibungsdauer der Buchhaltung hinaus erfolgt. Beim Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) steigen die LV-Erträge durch zusätzlich vereinbarte Informatikdienstleistungen (+49 Mio.). Die Informatik EDA verzeichnet ebenfalls höhere LV-Erträge (+14 Mio.), diese sind jedoch zur Hauptsache auf die Integration des Bereichs Telematiksteuerung und dessen Leistungsvereinbarungen zurückzuführen. Die finanzierungswirksamen Funktionserträge steigen um rund 23 Millionen, wobei 9 Millionen darauf zurückzuführen sind, dass bei der Agroscope die Drittmittelgeschäfte neu über die Erfolgsrechnung abgewickelt werden. Eine Zunahme ergibt sich bei der Vollzugsstelle für den Zivildienst, weil die Abgaben der Einsatzbetriebe im Voranschlag 2010 nicht eingestellt wurden (im Rahmen der 3. Stufe vom Konjunktur-stabilisierungsmassnahmen) und zudem die Zahl der geleisteten Zivildiensttage steigt (+7 Mio.). Insgesamt ist rund ein Sechstel des Funktionsertrags finanzierungswirksam.

Der *übrige Ertrag* steigt um 117 Millionen (+181%). Der Hauptgrund liegt im Bundesamt für Strassen (ASTRA): Werden nach altem Recht (d.h. vor der Einführung der NFA) geplante Teilstücke des Nationalstrassennetzes fertig gestellt, so wird der von

den Kantonen finanzierte Anteil vom Bund als nicht finanzierungswirksamer Ertrag verbucht. Da 2011 neue Nationalstrassenabschnitte dem Verkehr übergeben werden, fallen beim ASTRA Mehrerträge von 138 Millionen an.

Der *ordentliche Aufwand* der FLAG-Einheiten erhöht sich gegenüber 2010 um 357 Millionen (+7%). Zwei Drittel davon betreffen den Funktionsaufwand (+238 Mio.). Bei 16 Einheiten nimmt der Funktionsaufwand zu, bei 6 Einheiten nimmt er ab. Die Hälfte des Anstiegs entfällt auf die Abschreibungen (ASTRA +175 Mio., armasuisse Immobilien -54 Mio.). Ohne diese beträgt die Zunahme 4,9 Prozent. Der Funktionsaufwand setzt sich nahezu unverändert zusammen aus 21,5 Prozent Personalaufwand, 35,5 Prozent Sach- und Betriebsaufwand und 43 Prozent Abschreibungen.

Der *Personalaufwand* steigt um 55 Millionen (+6,7%). 9 Millionen davon sind auf die neu über die Erfolgsrechnung verbuchten Drittmittel bei der Agroscope zurückzuführen: Mitarbeitende, welche für extern finanzierte Aufträge beschäftigt sind, erscheinen neu im Personalaufwand des Bundes. Eine exogen bestimmte Erhöhung verzeichnet die Vollzugsstelle für den Zivildienst, wo die nach der Einführung der Tatbeweislösung stark steigende Anzahl Zivildienstleistender eine Personalaufstockung nötig macht (+9 Mio.). Klammert man diese beiden Bereiche aus, verbleiben folgende Zunahmen:

- BIT (+14 Mio.) / ISC EJPD (+4 Mio.): einerseits erhöhte Nachfrage nach IKT-Leistungen und andererseits Ausbau eigener Entwicklungskapazitäten; Letzteres wird kompensiert mit weniger Einkauf externer Dienstleistungen;
- ASTRA (+11 Mio.): Übernahme von operativen Aufgaben im Bereich Verkehrsleitung und -steuerung, die heute von den Kantonen wahrgenommen werden, sowie eine Insourcing-

Strategie bei der Informatik (Fachapplikationen); dem Ausbau steht ein Abbau von Sach- und Betriebsaufwand in gleicher Höhe gegenüber.

Ein abnehmender Personalaufwand ist insbesondere festzustellen bei der armasuisse W+T (-2 Mio.) und der armasuisse Immobilien (-2 Mio.). Ohne die erwähnten Veränderungen steigt der Personalaufwand im FLAG-Bereich um durchschnittlich 1,4 Prozent. Dies entspricht weitgehend den vorgegebenen Anpassungen bei der Besoldung und beim übrigen Personalaufwand.

Der *Sach- und Betriebsaufwand* steigt um 3,9 Prozent (+54 Mio.), wobei fast die Hälfte auf Kreditverschiebungen aus anderen Verwaltungseinheiten zurückzuführen ist: Informatik EDA (+11 Mio.), Bundesamt für Bevölkerungsschutz (+9 Mio.) und armasuisse Immobilien (+5 Mio.). Eine echte Zunahme verzeichnet das BIT (+35 Mio.). Dieser Anstieg ergibt sich aus neu vereinbarten Projekten wie INSIEME und wird grösstenteils finanziert durch Verschiebungen aus dem IKT-Wachstumskredit sowie den Informatikkrediten leistungsbeziehender Verwaltungsstellen. Bei der armasuisse Immobilien fällt neu Mietaufwand für die Nutzung der Kabelinfrastruktur der Swisscom an (+7 Mio.). Ein Rückgang des Sach- und Betriebsaufwandes ergibt sich aus den oben erwähnten Gründen beim ASTRA (-16 Mio.).

Der *Transferaufwand* nimmt um 11,2 Prozent zu (+139 Mio.). Beim Bundesamt für Zivilluftfahrt fällt der vorübergehende Ausgleich der Ertragsausfälle der Skyguide erst 2011 an (+21 Mio.). Das ASTRA verzeichnet eine höhere Wertberichtigung für Investitionsbeiträge (+99 Mio.) sowie steigende allgemeine Strassenbeiträge und Abgeltungen für polizeiliche Schwerverkehrskontrollen (+9 Mio.).

Der *übrige Aufwand* reduziert sich um 30,8 Prozent (-20 Mio.). Grund dafür sind die tieferen Rückstellungen der swissmint zur Abdeckung des Münzumschs. Diesem Aufwand steht jeweils ein Ertrag in gleicher Höhe gegenüber.

Die *ordentlichen Investitionseinnahmen* steigen um 0,6 Prozent, weil beim Bundesamt für Zivilluftfahrt vereinbarungsgemäss 0,2 Millionen mehr Darlehen von Flughäfen und Flugplätzen zurückbezahlt werden.

Die *ordentlichen Investitionsausgaben* reduzieren sich insgesamt um 0,3 Prozent (-8 Mio.). Bei der armasuisse Immobilien steigen die Investitionen wegen dringenden Umbauten und Sanierungen um 55 Millionen. Beim ASTRA sinken aufgrund der Konsolidierungsmassnahmen im Voranschlag (Teuerungskorrektur, Kompensation Stabilisierungsmassnahmen) sowohl die Investitionen im Eigenbereich (-16 Mio.) wie auch die übrigen Investitionen (-47 Mio.).

Die *ausserordentlichen Investitionsausgaben* von 850 Millionen beziehen sich auf die beim ASTRA budgetierte zusätzliche Einlage in den Infrastrukturfonds.

Weiterentwicklung der Verwaltungsführung

Der Bundesrat wird 2011 einen *Richtungsentscheid* über die Weiterentwicklung der Verwaltungsführung treffen. Grundlage dazu ist der Bericht über das Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget (Evaluationsbericht FLAG 2009) und dessen parlamentarische Beratung im Laufe 2010. Zur Entscheidvorbereitung hat der Bundesrat das Finanzdepartement beauftragt, die folgenden drei Handlungsoptionen zu prüfen:

- *Konsolidierung FLAG*: graduelle Verbesserung der Instrumente und Prozesse von FLAG;
- *Ausbau FLAG*: kriteriengestütztes Verfahren zur Bestimmung neuer FLAG-Einheiten, Programmanpassungen für die breitere Anwendbarkeit;
- *Neues Führungsmodell Bund*: Rückkehr zu einem einheitlichen Modell auf der Basis der Prinzipien der ergebnisorientierten Verwaltungsführung.

Die Ergebnisorientierung wird auch gefördert mit den Reformen bei der Steuerung ausgelagerter Einheiten (Corporate Governance) und der Steuerung gemeinsamer Aufgaben von Bund und Kantonen. Um den wachsenden Ansprüchen an die finanzielle Führung zu begegnen, wurde 2007 das neue Rechnungsmodell (NRM) eingeführt. Die Dualität zwischen FLAG- und Nicht-FLAG-Einheiten blieb im NRM bestehen. Nun stellt sich die Frage, ob und wie die Haushaltsteuerung generell mit Leistungsvorgaben und Globalbudgets verbessert werden kann. Bei der Legislaturplanung und dem Finanzplan wurden bereits erste Schritte in dieser Richtung unternommen (Festlegung von Zielen, Indikatoren etc.).

Für den Bundesrat ist die Schaffung eines neuen Führungsmodells eine ernsthaft zu prüfende Option. Die Gegenüberstellung mit der Konsolidierung und dem Ausbau von FLAG wird eine Beurteilung der Vor- und Nachteile ermöglichen. Wichtigstes Kriterium wird das Verhältnis zwischen Aufwand und Mehrwert für die politische und die betriebliche Steuerung sein.

Finanzierungsrechnung	Voranschlag 2011	Erfolgsrechnung	Voranschlag 2011	Differenz
Mio. CHF				
Finanzierungsergebnis	-2 591	Jahresergebnis	-1 671	920
Ordentliches Finanzierungsergebnis	-593	Ordentliches Ergebnis	-523	70
Ordentliche Einnahmen	61 943	Ordentlicher Ertrag	61 789	-153
Fiskaleinnahmen	57 268	Fiskalertrag	57 268	-
Regalien und Konzessionen	1 335	Regalien und Konzessionen	1 336	1
Finanzeinnahmen	1 367	Finanzertrag	1 383	17
Übrige laufende Einnahmen	1 597	Übriger Ertrag	1 774	177
Investitionseinnahmen	376			-376
		Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	29	29
Ordentliche Ausgaben	62 536	Ordentlicher Aufwand	62 312	-223
Eigenausgaben	10 400	Eigenaufwand	12 827	2 426
Personalausgaben	5 118	Personalaufwand	5 118	-
Sach- und Betriebsausgaben	3 941	Sach- und Betriebsaufwand	4 204	263
Rüstungsausgaben	1 341	Rüstungsaufwand	1 341	-
		Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 163	2 163
Laufende Transferausgaben	42 034	Transferaufwand	46 474	4 440
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 321	Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 321	-
Entschädigungen an Gemeinwesen	895	Entschädigungen an Gemeinwesen	896	1
Beiträge an eigene Institutionen	2 954	Beiträge an eigene Institutionen	2 954	-
Beiträge an Dritte	14 271	Beiträge an Dritte	14 271	-
Beiträge an Sozialversicherungen	15 593	Beiträge an Sozialversicherungen	15 521	-72
		Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 210	4 210
		Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	302	302
Finanzausgaben	3 028	Finanzaufwand	3 012	-16
Zinsausgaben	2 841	Zinsaufwand	2 886	45
Übrige Finanzausgaben	187	Übriger Finanzaufwand	126	-62
		Abnahme von Equitywerten	-	-
		Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	-	-
Investitionsausgaben	7 073			-7 073
Sachanlagen und Vorräte	2 437			-2 437
Immaterielle Anlagen	60			-60
Darlehen	323			-323
Beteiligungen	44			-44
Investitionsbeiträge	4 210			-4 210
Ausserordentliche Einnahmen	-	Ausserordentlicher Ertrag	-	-
Ausserordentliche Ausgaben	1 998	Ausserordentlicher Aufwand	1 148	-850

Im Unterschied zur Finanzierungsrechnung, die aufzeigt, in welchem Ausmass die Ausgaben mit entsprechenden Einnahmen aus der gleichen Periode finanziert sind, zeigt die *Erfolgsrechnung* im Ergebnis den Saldo aus dem periodisierten Wertverzehr (Aufwand) und Wertzuwachs (Ertrag) und damit die Veränderung der vermögensmässigen Situation des Bundeshaushalts. Die Investitionsausgaben und -einnahmen bilden Teil der Finanzierungsrechnung.

Die Tabelle gibt Einblick über die Herkunft der Differenzen zwischen der Finanzierungs- und der Erfolgsrechnung. Zusätzlich zu den finanzierungswirksamen Aufwänden, welche zu einem unmittelbaren Mittelabfluss führen, werden in der Erfolgsrechnung auch die nicht finanzierungswirksamen Geschäftsvorfälle berücksichtigt. Diese beinhalten Lagerbezüge von Halb- und

Fertigfabrikaten, die in einer früheren Periode hergestellt oder beschafft wurden und mit entsprechenden Ausgaben verbunden waren. Dazu gehören aber insbesondere auch die in der Berichtsperiode anfallenden Abschreibungen auf den Investitionen sowie die Wertberichtigungen. Die Abschreibungen werden entsprechend ihrer Nutzungsdauer linear auf die entsprechenden Perioden verteilt. Mit den Wertberichtigungen erfolgt eine Korrektur auf Forderungen, Darlehen und Beteiligungen für erwartete Verluste oder Entwertungen. Die betragsmässig viel gewichtigeren Wertberichtigungen auf Investitionsbeiträgen beeinflussen die Differenz zwischen den Ergebnissen der beiden Rechnungen allerdings nicht.

Da das Investitionsvolumen des Bundes in der Regel keinen grossen Schwankungen unterliegt, sondern eine stetige Ent-

wicklung aufweist, weichen die jährlichen Abschreibungen und Wertberichtigungen nicht stark von den jährlichen Investitionsausgaben ab. Bei der prospektiven Erfolgsrechnung im Rahmen des Voranschlags ist weiter zu beachten, dass zeitliche Abgrenzungen zur periodengerechten Verbuchung der Geschäftsvorfälle nur sehr beschränkt planbar und damit nur teilweise enthalten sind.

Die Erfolgsrechnung schliesst insgesamt um 920 Millionen besser ab als die Finanzierungsrechnung. Im Einzelnen ergeben sich folgende Abweichungen zwischen den beiden Rechnungen:

Ordentliche Einnahmen / ordentlicher Ertrag (-154 Mio.)

Bei den *Regalien und Konzessionen* stammt die Abgrenzung (+1 Mio.) aus Erträgen für Funkkonzessionen, welche über die gesamte Laufzeit verteilt werden.

Die Differenz des *Finanzertrages* zu den Finanzeinnahmen (+17 Mio.) liegt in der periodengerechten Erfassung der Zinserträge begründet. Während in der Finanzierungsrechnung sämtliche Zinseingänge der laufenden Periode gutgeschrieben werden, erfolgen in der Erfolgsrechnung zeitliche Abgrenzungen auf die Rechnungsperioden, denen der Zinsertrag zuzurechnen ist.

Bei den *übrigen Erträgen* (+177 Mio.) handelt es sich um Buchgewinne aus dem Verkauf von Immobilien (+18 Mio.), um Aktivierungen von Eigenleistungen im Zusammenhang mit laufenden Projekten (+25 Mio.), um den Ertrag aus der Aktivierung der von den Kantonen finanzierten Anteile an den Nationalstrassenteilstücken, welche 2011 in Betrieb genommen werden (+140 Mio.), um zeitlichen Abgrenzungen bei Immobilienerträgen (+5 Mio.), eine Lagerzunahme (+1 Mio.) sowie um eine Anpassung der Rechnungsabgrenzung bei den Rückerstattungsansprüchen aus dem Asylgesetz (-13 Mio.).

Die *Investitionseinnahmen* (-376 Mio.) aus der Veräusserung von Investitionsgütern, stellen nur im Umfang der Differenz zu den tieferen Buchwerten Ertrag dar, welcher in der Erfolgsrechnung in der Position «übriger Ertrag» ausgewiesen wird.

Da die zweckgebundenen Einnahmen zur Finanzierung der aus diesen Mitteln zu bestreitenden Ausgaben nicht ausreichen, erfolgen zu Gunsten der Erfolgsrechnung *Entnahmen aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital* im Betrage von 29 Millionen. Diese betreffen den Altlastenfonds (+5 Mio.), die Lenkungsabgabe VOC/HEL (+1,2 Mio.), die CO₂-Abgabe für die Rückverteilung (+12,2 Mio.), die Filmförderung (+0,4 Mio.) sowie die Spielbankenabgabe (+10 Mio.), bei welcher die budgetierten Einnahmen den zur Auszahlung an den Ausgleichsfonds der AHV gelangenden Betrag nicht decken.

Ordentliche Ausgaben / ordentlicher Aufwand (-223 Mio.)

In der Kontengruppe *Sach- und Betriebsaufwand* resultieren die Abweichungen zur Finanzierungsrechnung (+263 Mio.) grösstenteils aus nicht finanzierungswirksamen Material- und Warenbezüge ab Lager sowie aus der Erhöhung der Rückstellung für den gestiegenen Münzumsatz.

Die *Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen* (+2163 Mio.) wurden nach den geltenden Bewertungsgrundsätzen budgetiert. Die Abschreibungen erfolgen linear über die Nutzungsdauer und betreffen im Einzelnen Gebäude (522 Mio.), Mobilien (76 Mio.), Informatik (72 Mio.), immaterielle Anlagen (69 Mio.) sowie den Nationalstrassenbau und den projektgestützten Unterhalt im Nationalstrassenbereich (1423 Mio.).

Transferaufwand: Bei den *Entschädigungen an Gemeinwesen* (+1 Mio.) ergibt sich der Mehraufwand aus einer passiven Rechnungsabgrenzung zu Lasten der Nothilfepauschale im Asylwesen. Bei den *Beiträgen an Sozialversicherungen* ist der im Vergleich zu den Ausgaben geringere Aufwand (-72 Mio.) aus einer Auflösung von Rückstellungen im Zusammenhang mit den jährlich neu berechneten Rentenverpflichtungen der Militärversicherung (-75 Mio.) sowie einer zeitlichen Abgrenzung im IV-Bereich (+3 Mio.) entstanden. Ausbezahlte *Investitionsbeiträge* werden aktiviert, gleichzeitig aber im Transferaufwand wieder zu 100 Prozent wertberichtigt. Die Summe dieser (nicht finanzierungswirksamen) Wertberichtigungen beläuft sich auf 4210 Millionen. Die Wertberichtigungen im übrigen Transferaufwand (302 Mio.) betreffen *Darlehen und Beteiligungen*, welche im Zeitpunkt der Auszahlung über die Investitionsrechnung gebucht und aktiviert, anschliessend entsprechend den vorgegebenen Bewertungsregeln wertberichtigt werden: Darlehen an SBB und übrige KTU (236 Mio.), Investitionskredite an die Landwirtschaft (15 Mio.), Darlehen an die Immobilienstiftung für die internationalen Organisationen (9 Mio.), Beteiligungen an regionalen Entwicklungsbanken (14 Mio.), Darlehen im Bereich der internationalen Zusammenarbeit (28 Mio.). Die Abgrenzung des *Zinsaufwandes* (+45 Mio.) ergibt sich aus der periodengerechten Zuschreibung der Zinsausgaben sowie der Amortisation des Agios aus Anleihen. Der *übrige Finanzaufwand* liegt um 62 Millionen unter den entsprechenden Ausgaben, was mit der zeitlichen Abgrenzung von Kommissionen im Zusammenhang mit den Finanzierungsinstrumenten der Bundestresorerie begründet ist.

Ausserordentliche Ausgaben / ausserordentlicher Aufwand (-850 Mio.)

Die in der Finanzierungsrechnung berücksichtigte ausserordentliche Einlage in den Infrastrukturfonds von 850 Millionen wird über die Investitionsrechnung abgewickelt und in der Bilanz aktiviert (Verwendung zum Bau von Nationalstrassen), womit die Erfolgsrechnung nicht belastet wird.

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010	
				absolut	%
Total Leistungsverrechnung	2 285	2 379	2 626	247	10,4
Unterbringung	1 432	1 501	1 687	186	12,4
armasuisse Immobilien	1 121	1 048	1 230	181	17,3
Bundesamt für Bauten und Logistik	311	453	458	5	1,1
Informatik	541	462	523	60	13,1
Bundesamt für Informatik und Telekommunikation	386	311	361	50	15,9
Übrige IKT-Leistungserbringer	155	151	162	11	7,2
Betrieb und Instandsetzung Liegenschaften	206	252	249	-3	-1,2
Übrige verrechnete Leistungen	106	163	167	4	2,2
Dienstleistungen	52	101	111	10	10,3
Verkäufe	53	62	55	-7	-11,0

Zur Förderung der Kostentransparenz in der Bundesverwaltung sieht das Rechnungsmodell des Bundes die kreditwirksame Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten vor. Gemäss den Bestimmungen von Artikel 41 der Finanzhaushaltverordnung (SR 611.01) sind die verrechenbaren Leistungen definiert und in den zentralen Leistungskatalog aufgenommen worden. Innerhalb der Bundesverwaltung werden nur Leistungen verrechnet, die folgende Kriterien kumulativ erfüllen:

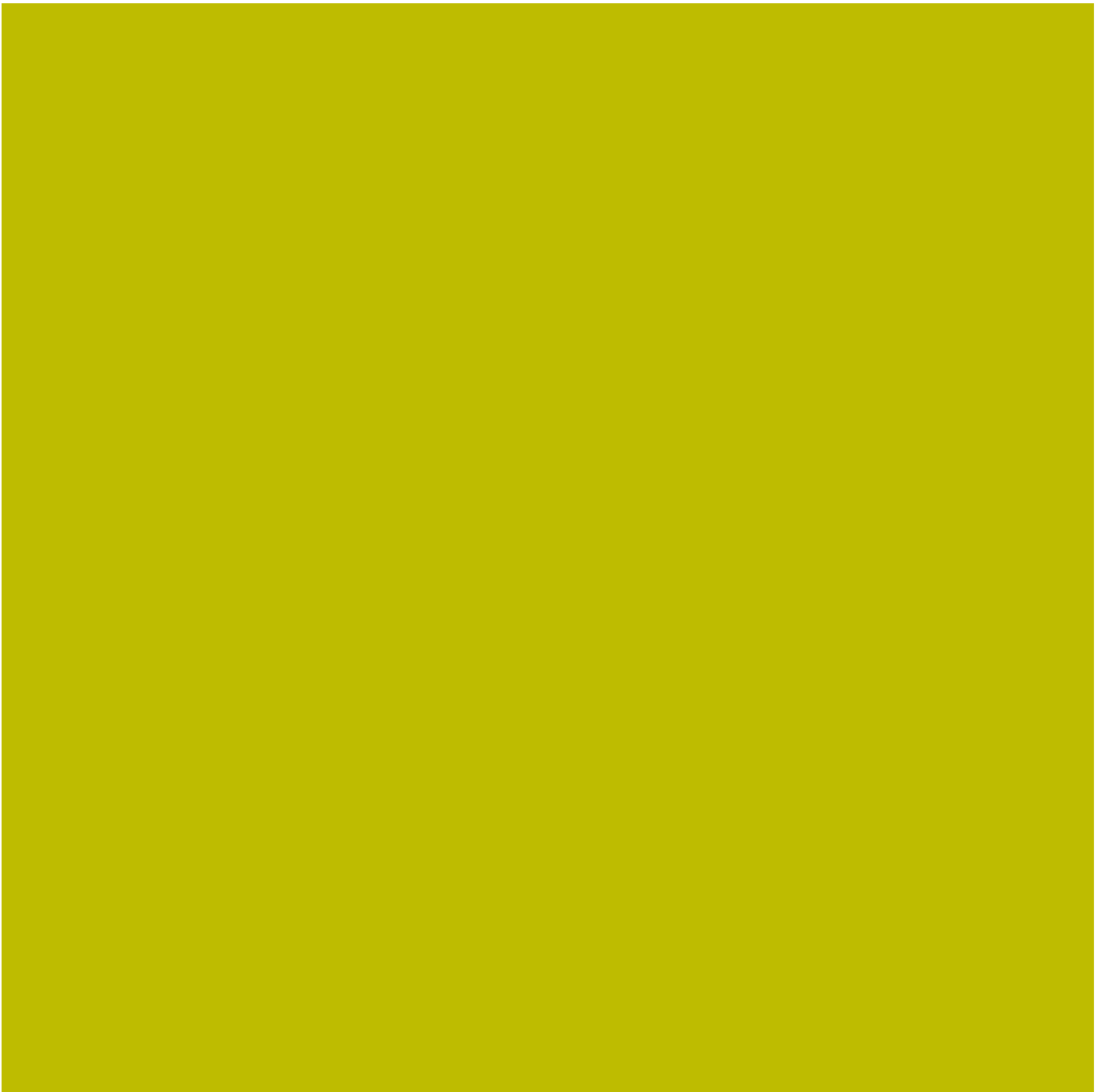
- *Wesentlichkeit der Leistungen:* Das jährliche Gesamtvolumen der verrechenbaren Leistungen beim Leistungserbringer (LE) übersteigt 500 000 Franken.
- *Beeinflussbarkeit:* Es werden nur Leistungen verrechnet, welche einem Leistungsbezüger (LB) direkt zuordenbar und von ihm beeinflussbar sind. Der LB muss somit die Möglichkeit haben, durch sein Verhalten die Menge sowie Qualität und damit die Kosten seines Leistungsbezugs zu steuern.
- *Kommerzieller Charakter der Leistung:* Bei den verrechenbaren Leistungen handelt es sich um Leistungen, welche vom LB grundsätzlich auch bei Dritten ausserhalb der Bundesverwaltung bezogen werden könnten.

Das geplante Verrechnungsvolumen beträgt im Voranschlag 2011 rund 2,6 Milliarden. Davon bilden die Unterbringung einschliesslich Gebäudebewirtschaftung mit 1,9 Milliarden und die Informatik mit 0,5 Milliarden die grössten Positionen. Die restlichen 0,2 Milliarden werden für den Bezug von Dienstleistungen und Gütern beansprucht. Gegenüber dem Voranschlag 2010 werden mit der Leistungsverrechnung rund 250 Millionen mehr budgetiert.

Der um 181 Millionen höhere Ertrag der armasuisse Immobilien resultiert primär aus der Neuregelung zur Berechnung der Kapitalkosten, welche fortan über die handelsrechtliche Abschreibungsdauer hinaus erfolgt. Dies führt zu einer Erhöhung der kostenbasierten Mietansätze. Zusätzlicher Ertrag ergibt sich auch aus der Unterbringung des Nachrichtendienstes des Bundes (bisher BBL).

Im Bundesamt für Informatik und Telekommunikation ist die Zunahme von 50 Millionen auf grössere Mengen im Bereich der Betriebsleistungen (SLA) und auf das Projekt INSIEME der Eidg. Steuerverwaltung zurückzuführen.

Obwohl die Leistungsverrechnung als Instrument zur Förderung der Transparenz, des Kostenbewusstseins und des wirtschaftlichen Mitteleinsatzes nicht in Frage gestellt ist, wird verschiedentlich *Kritik* geäussert. Der Aufwand für die Abwicklung der Leistungsverrechnung im Verhältnis zur Steuerungswirkung wird teilweise als zu hoch eingeschätzt. Ausserdem funktioniert die Umsetzung noch nicht in allen Bereichen zur Zufriedenheit aller Beteiligten. Die Eidg. Finanzverwaltung ist entsprechende Massnahmen angegangen, indem Gespräche mit den Prozessbeteiligten geführt und Entwicklungsschritte eingeleitet wurden. Im Sinne einer Standortbestimmung wird zusätzlich eine externe Evaluation durchgeführt. Diese soll die Zielerreichung im Verhältnis zu den ursprünglich formulierten Zielen aus dem neuen Rechnungsmodell Bund, den Nutzen im Verhältnis zum Aufwand und zur möglichen Steuerungswirkung sowie die Probleme und Schwachstellen aufzeigen. Die Analyse und die daraus erforderlichen Massnahmen werden Mitte 2011 vorliegen.



Inhaltsverzeichnis

	Seite
A Übersicht	55
A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)	55
A02 Ausserordentlicher Haushalt gemäss Schuldenbremse	56
A03 Vorgaben der Schuldenbremse	57
B Finanzierungsrechnung	59
B1 Einnahmen nach Kontengruppen	59
B11 Einnahmen nach Kontengruppen	59
B12 Entwicklung der Einnahmen	60
B13 Struktur der Einnahmen	61
B2 Ausgaben nach Kontengruppen	62
B21 Ausgaben nach Kontengruppen	62
B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen	64
B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen	66
B3 Struktur nach Aufgabengebieten	68
B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten	68
B32 Entwicklung der Aufgabengebiete	70
B33 Struktur der Aufgabengebiete	72
B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2011/2010	74
B4 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	76
B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	76
B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	78
B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr	79
C Erfolgsrechnung	81
C01 Ertrag nach Kontengruppen	81
C02 Aufwand nach Kontengruppen	82
C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand	84
C04 Struktur von Ertrag und Aufwand	85
C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2011/2010	86

A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			Erfolgsrechnung		Bilanz		
	Ordentliches Finanzierungsergebnis	Ordentliche Einnahmen	Ordentliche Ausgaben	Ordentliches Ergebnis	Ordentlicher Ertrag	Ordentlicher Aufwand	Fehlbetrag	Bruttoschulden
VA 2011	-593	61 943	62 536	-523	61 789	62 312	–	115 600
VA 2010	-2 029	58 208	60 237	-1 714	58 201	59 915	–	112 800
2009	2 721	60 949	58 228	6 420	64 146	57 726	38 173	110 924
2008	7 297	63 894	56 598	7 461	64 047	56 587	45 302	121 771
2007	4 127	58 092	53 965	3 711	58 000	54 289	87 107	120 978
2006	2 534	54 911	52 377	2	55 230	55 228	91 010	123 593
2005	-121	51 282	51 403	-2 646	51 871	54 517	94 208	130 339
2004	-1 656	48 629	50 285	-5 721	49 037	54 758	92 910	126 685
2003	-2 801	47 161	49 962	-6 905	47 435	54 340	86 568	123 711
2002	-2 629	47 405	50 033	-6 449	46 815	53 264	79 663	122 366
2001	-225	48 911	49 135	-4 862	46 914	51 776	76 055	106 813
2000	3 970	51 101	47 131	964	50 616	49 653	70 423	108 108
1999	-2 352	43 016	45 368	-4 153	43 353	47 506	71 969	102 254
1998	-858	44 134	44 992	-1 678	45 262	46 941	52 917	109 620
1997	-5 269	38 852	44 122	-5 375	38 343	43 718	52 581	97 050
1996	-3 743	39 477	43 220	-5 003	39 429	44 431	47 206	88 418
1995	-3 263	37 266	40 529	-5 014	37 401	42 415	41 583	82 152
1994	-5 102	36 239	41 341	-5 693	36 623	42 316	36 569	75 714
1993	-7 818	32 782	40 600	-6 251	33 617	39 868	30 875	67 513
1992	-2 863	34 953	37 816	-4 031	35 515	39 546	24 624	55 296
1991	-2 012	33 490	35 501	-3 122	34 091	37 213	20 594	43 915
1990	1 058	32 673	31 616	-301	32 933	33 234	17 492	38 509

Hinweise:

- Bruttoschulden VA 2010 und VA 2011 basierend auf Schätzung 2010
- Ordentlicher Ertrag und Aufwand bis 2006 (vor Einführung NRM) gemäss statistischer Erfolgsrechnung.

A02 Ausserordentlicher Haushalt gemäss Schuldenbremse

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			
	Ausserordentliche Einnahmen	19 652	Ausserordentliche Ausgaben	21 728
VA 2011	–	–	Sanierungsbeitrag PK SBB	1 148
			a.o. Einlage Infrastrukturfonds	850
VA 2010	–	–	Rückverteilung CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffe	431
2009	Pflichtwandelanleihe UBS	6 807	–	–
	CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	217		
2008	CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	219	Pflichtwandelanleihe UBS	5 928
	Übernahme Swiss durch Lufthansa	64	Infrastrukturfonds	2 600
			Asyl- und Flüchtlingsbereich	113
			Übergang NFA	1 546
			PUBLICA	954
2007	Swisscom Aktienverkauf	754	Golderlös	7 038
2006	Swisscom Aktienverkauf	3 203	–	–
2005	Swisscom Aktienverkauf	1 350	–	–
	Golderlös	7 038		
2004	–	–	Deckungskapitalien BVBD Post	204
			Deckungskapitalien ETH-Professoren	846
			Deckungskapitalien skyguide	20
			Aktienkapitalzuschuss skyguide	50
2003	–	–	–	–

A02 Ausserordentlicher Haushalt vor Einführung der Schuldenbremse*

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			
	Ausserordentliche Einnahmen		Ausserordentliche Ausgaben	
2002	Swisscom Aktienverkauf	3 703	Aufrechterhaltung Flugbetrieb	689
2001	Einnahmen aus UMTS-Lizenzen	203	Aufrechterhaltung Flugbetrieb	1 080
2000	Einnahmen aus WLL-Lizenzen	582	–	–
1999	–	–	Konjunkturprogramm 1997	288
1998	Börsengang Swisscom	2 940	Zahlungsspitze SBB	1 598
1997	–	–	–	–
1996	–	–	Zahlungsspitze Prämienverbilligung KVG	620

* Hinweis: Die erstmalige Anwendung der Schuldenbremse erfolgte mit dem Voranschlag 2003. Die ausserordentlichen Transaktionen gemäss Schuldenbremse wurden vom Parlament genehmigt. Die Liste der ausserordentlichen Transaktionen vor Einführung der Schuldenbremse hat rein statistische Zwecke und keine präjudizielle Wirkung.

A03 Vorgaben der Schuldenbremse

Mio. CHF	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010 absolut	%
1 Gesamteinnahmen	58 115	58 846	64 177	67 973	58 208	61 943	3 735	6,4
2 Ausserordentliche Einnahmen	3 203	754	283	7 024	–	–		
3 Ordentliche Einnahmen [3=1-2]	54 911	58 092	63 894	60 949	58 208	61 943	3 735	6,4
4 Konjunkturfaktor	0,986	0,974	0,983	1,018	1,042	1,013		
5 Ausgabenplafond (Art. 13 FHG) [5=3x4]	54 143	56 582	62 808	62 046	60 653	62 748	2 095	3,5
6 Konjunkturell geforderter Überschuss / zulässiges Defizit [6=3-5]	769	1 510	1 086	-1 097	-2 445	-805		
7 Ausserordentliche Ausgaben (Art. 15 FHG)	–	7 038	11 141	–	431	1 998		
8 Abbaupfad (Art. 66 FHG)	1 000	–	–	–	–	–		
9 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG, Fehlbetrag Ausgleichskonto)	–	–	–	–	–	–		
10 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17b neu FHG, Fehlbetrag Amortisationskonto)	–	–	–	–	–	–		
11 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17c neu FHG, Vorsorgliche Einsparungen)	–	–	–	–	–	212		
12 Höchstzulässige Ausgaben [12=5+7+8-9-10-11]	55 143	63 619	73 949	62 046	61 084	64 534	3 450	5,6
13 Gesamtausgaben gemäss R / VA	52 377	61 003	67 739	58 228	60 668	64 534	3 866	6,4
14 Differenz (Art. 16 FHG) [14=12-13]	2 766	2 616	6 210	3 818	416	0		

B11 Einnahmen nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010 absolut	%
Ordentliche Einnahmen	54 911	58 092	63 894	60 949	58 208	61 943	3 735	6,4
Fiskaleinnahmen	50 873	53 336	58 752	55 890	53 822	57 268	3 446	6,4
Direkte Bundessteuer	14 230	15 389	17 513	17 877	16 485	17 547	1 062	6,4
Verrechnungssteuer	3 947	4 230	6 460	4 380	3 010	3 707	697	23,2
Stempelabgaben	2 889	2 990	2 975	2 806	2 650	2 750	100	3,8
Mehrwertsteuer	19 018	19 684	20 512	19 830	20 260	21 450	1 190	5,9
Übrige Verbrauchssteuern	7 259	7 380	7 517	7 279	7 390	7 448	58	0,8
Mineralölsteuer	4 994	5 086	5 222	5 183	5 055	5 105	50	1,0
Tabaksteuer	2 161	2 186	2 186	1 987	2 229	2 235	6	0,3
Biersteuer	104	107	110	110	106	108	2	1,9
Verkehrsabgaben	1 938	2 016	2 137	2 114	1 945	2 150	205	10,5
Automobilsteuer	320	358	363	312	325	360	35	10,8
Nationalstrassenabgabe	313	322	333	351	320	340	20	6,3
Schwerverkehrsabgabe	1 306	1 336	1 441	1 452	1 300	1 450	150	11,5
Zölle	1 027	1 040	1 017	1 033	920	1 020	100	10,9
Spielbankenabgabe	406	449	455	415	370	405	35	9,5
Lenkungsabgaben	148	156	163	151	792	791	-2	-0,2
Lenkungsabgabe VOC	127	127	135	124	135	125	-10	-7,4
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	1	0	0	0	-	-	-	-
Altlastenabgabe	21	28	28	27	27	36	9	31,5
CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	-	-	-	-	630	630	0	0,0
Übrige Fiskaleinnahmen	9	3	3	4	-	-	-	-
Regalien und Konzessionen	1 265	1 345	1 331	1 354	1 323	1 335	12	0,9
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	221	223	235	246	233	264	31	13,4
Gewinnablieferung SNB	833	833	833	833	833	833	0	0,0
Zunahme des Münzumlaufs	-	45	42	53	62	42	-20	-32,5
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	158	193	196	187	168	168	0	0,0
Übrige Regalien und Konzessionen	53	50	25	35	27	28	0	1,3
Finanzeinnahmen	1 089	1 280	1 719	1 608	1 212	1 367	155	12,8
Zinseinnahmen	478	664	715	535	429	563	135	31,5
Finanzanlagen	222	329	298	34	55	69	13	24,3
Darlehen	88	146	180	240	168	219	52	30,7
Vorschuss FEG	147	181	226	177	191	202	11	5,5
Übrige Zinseinnahmen	21	9	11	84	14	73	59	419,5
Kursgewinne	-	92	91	49	-	-	-	-
Beteiligungseinnahmen	611	509	905	771	775	800	25	3,2
Übrige Finanzeinnahmen	0	15	8	254	8	3	-5	-60,0
Übrige laufende Einnahmen	1 390	1 766	1 840	1 802	1 668	1 597	-71	-4,3
Entgelte	1 323	1 391	1 441	1 396	1 257	1 192	-64	-5,1
Wehrpflichtersatzabgabe	142	138	140	148	140	160	20	14,3
Gebühren	280	293	305	227	207	224	17	8,4
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	48	73	78	79	71	66	-5	-6,4
Verkäufe	173	201	183	148	133	88	-45	-33,6
Rückerstattungen	256	113	186	198	98	109	11	10,8
EU Zinsbesteuerung	36	121	147	166	186	135	-51	-27,3
Übrige Entgelte	388	451	402	430	422	410	-12	-2,9
Verschiedene Einnahmen	67	375	399	406	412	405	-7	-1,7
Einnahmen aus Liegenschaften	53	320	354	348	366	358	-8	-2,1
Übrige verschiedene Einnahmen	14	56	45	59	46	46	1	1,5
Investitionseinnahmen	295	365	252	295	183	376	194	106,2
Veräusserung von Sachanlagen	48	74	46	74	44	46	2	4,6
Rückzahlung von Darlehen	246	289	202	212	139	160	21	15,0
Übrige Investitionseinnahmen	1	1	4	9	-	171	171	-

B12 Entwicklung der Einnahmen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Ordentliche Einnahmen	2,7	3,7	2,3	5,3	1,6
Fiskaleinnahmen	2,4	5,0	2,7	5,3	1,8
Direkte Bundessteuer	4,7	6,3	4,2	5,5	3,3
Verrechnungssteuer	-16,0	-5,1	-0,3	26,7	-3,2
Stempelabgaben	-3,1	16,4	-4,3	3,3	-2,1
Mehrwertsteuer	5,6	4,9	3,3	3,5	2,2
Übrige Verbrauchssteuern	7,6	3,9	0,4	2,3	0,2
Mineralölsteuer	7,5	3,1	0,2	1,0	0,1
Tabaksteuer	8,1	6,4	0,8	5,6	0,6
Biersteuer	8,8	1,1	0,2	0,4	0,2
Verkehrsabgaben	6,7	15,7	15,6	9,6	1,6
Automobilsteuer	–	–	-0,8	4,0	0,1
Nationalstrassenabgabe	6,7	2,6	1,2	1,9	1,4
Schwerverkehrsabgabe	6,8	0,3	40,2	17,5	2,1
Kombinierter Verkehr	–	–	–	-100,0	–
Zölle	-0,5	-3,3	0,0	-0,2	-0,5
Spielbankenabgabe	-14,5	-12,3	300,1	24,1	-2,5
Lenkungsabgaben	–	–	738,6	4,2	50,1
Lenkungsabgabe VOC	–	–	–	5,0	-0,3
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	–	–	39,0	41,8	-100,0
Altlastenabgabe	–	–	–	1,1	5,7
CO2-Abgabe auf Brennstoffen	–	–	–	–	–
Übrige Fiskaleinnahmen	-5,5	-16,6	-29,1	-48,8	-100,0
Regalien und Konzessionen	-0,6	11,9	12,0	6,3	-0,2
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	-5,1	-0,8	3,2	7,1	4,4
Gewinnablieferung SNB	–	25,7	13,6	–	0,0
Zunahme des Münzumschs	–	–	–	–	-2,1
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	–	–	–	75,0	-3,4
Übrige Regalien und Konzessionen	-26,5	-27,4	10,3	13,8	-13,7
Finanzeinnahmen	23,8	-8,6	-8,9	11,2	1,7
Zinseinnahmen	18,1	-17,1	-16,6	19,2	-4,0
Finanzanlagen	17,0	-8,9	-28,6	30,9	-32,4
Darlehen	19,6	-26,5	-2,7	-7,6	10,7
Vorschuss FEG	–	–	–	–	2,8
Übrige Zinseinnahmen	12,2	-14,1	-10,4	-16,2	70,6
Kursgewinne	–	–	–	–	-100,0
Beteiligungseinnahmen	366,0	15,3	-1,2	0,1	12,0
Übrige Finanzeinnahmen	–	–	-22,4	101,2	-31,7
Übrige laufende Einnahmen	-5,5	-16,9	-0,4	11,3	-2,5
Entgelte	4,8	-1,7	-0,5	6,4	-3,8
Wehrpflichtersatzabgabe	2,8	-1,2	3,3	-7,9	3,8
Gebühren	2,0	5,8	-1,9	3,6	-6,5
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	6,6	-36,4	-0,6	12,7	-2,4
Verkäufe	0,3	-6,6	8,7	15,8	-18,6
Rückerstattungen	4,2	-0,6	-8,1	-10,0	-1,1
EU Zinsbesteuerung	–	–	–	–	2,8
Übrige Entgelte	15,0	17,7	1,1	9,9	-2,4
Verschiedene Einnahmen	-11,8	-53,6	2,9	54,9	1,9
Einnahmen aus Liegenschaften	4,9	2,3	2,8	55,4	2,9
Übrige verschiedene Einnahmen	-12,2	-70,5	3,2	52,2	-4,5
Investitionseinnahmen	61,1	16,3	-5,9	-16,3	0,8
Veräußerung von Sachanlagen	33,0	4,7	-14,6	26,1	-11,5
Rückzahlung von Darlehen	66,2	17,2	-5,5	-20,2	-13,8
Übrige Investitionseinnahmen	-2,2	8,9	-9,6	26,7	252,8

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 die Rechnungen 2008 und 2009 sowie die Voranschläge 2010 und 2011.

B13 Struktur der Einnahmen

% Anteil an den ordentlichen Einnahmen	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Ordentliche Einnahmen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Fiskaleinnahmen	86,8	89,1	90,4	92,3	92,1
Direkte Bundessteuer	23,7	23,5	24,0	25,2	28,3
Verrechnungssteuer	8,1	7,7	5,8	7,0	7,2
Stempelabgaben	5,6	6,4	6,7	5,3	4,6
Mehrwertsteuer	29,0	32,0	34,8	35,0	33,5
Übrige Verbrauchssteuern	14,7	14,8	13,8	13,5	12,1
Mineralölsteuer	11,2	10,9	10,1	9,4	8,4
Tabaksteuer	3,3	3,6	3,5	4,0	3,5
Biersteuer	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Verkehrsabgaben	1,0	1,6	2,7	3,4	3,4
Automobilsteuer	–	0,5	0,7	0,6	0,6
Nationalstrassenabgabe	0,6	0,7	0,6	0,6	0,5
Schwerverkehrsabgabe	0,4	0,4	1,3	2,1	2,3
Kombinierter Verkehr	–	–	0,1	0,0	–
Zölle	3,4	2,4	2,1	1,9	1,6
Spielbankenabgabe	0,0	0,0	0,2	0,7	0,7
Lenkungsabgaben	–	0,0	0,2	0,3	0,8
Lenkungsabgabe VOC	–	–	0,2	0,2	0,2
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	–	0,0	0,0	0,0	0,0
Altlastenabgabe	–	–	0,0	0,1	0,0
CO2-Abgabe auf Brennstoffen	–	–	–	–	0,5
Übrige Fiskaleinnahmen	1,2	0,7	0,1	0,0	0,0
Regalien und Konzessionen	1,0	1,3	1,7	2,4	2,2
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
Gewinnablieferung SNB	0,4	0,8	1,2	1,7	1,4
Zunahme des Münzumschlages	–	–	–	0,0	0,1
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	–	–	0,0	0,2	0,3
Übrige Regalien und Konzessionen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0
Finanzeinnahmen	3,7	3,3	2,3	1,9	2,4
Zinseinnahmen	3,3	2,5	1,2	0,8	0,9
Finanzanlagen	1,4	1,2	0,5	0,4	0,2
Darlehen	1,8	1,2	0,6	0,3	0,3
Vorschuss FEG	–	–	–	0,2	0,3
Übrige Zinseinnahmen	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1
Kursgewinne	–	–	–	0,0	0,1
Beteiligungseinnahmen	0,3	0,7	1,1	1,1	1,3
Übrige Finanzeinnahmen	–	0,0	0,0	0,0	0,1
Übrige laufende Einnahmen	7,9	3,2	2,3	2,7	2,8
Entgelte	3,2	2,4	2,1	2,4	2,2
Wehrpflichtersatzabgabe	0,5	0,4	0,4	0,3	0,2
Gebühren	0,6	0,6	0,6	0,5	0,4
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	0,8	0,1	0,1	0,1	0,1
Verkäufe	0,3	0,2	0,2	0,3	0,2
Rückerstattungen	0,7	0,7	0,4	0,4	0,2
EU Zinsbesteuerung	–	–	–	0,1	0,3
Übrige Entgelte	0,4	0,5	0,5	0,7	0,7
Verschiedene Einnahmen	4,7	0,8	0,1	0,3	0,7
Einnahmen aus Liegenschaften	0,1	0,1	0,1	0,2	0,6
Übrige verschiedene Einnahmen	4,5	0,6	0,0	0,0	0,1
Investitionseinnahmen	0,7	3,1	3,4	0,7	0,5
Veräußerung von Sachanlagen	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1
Rückzahlung von Darlehen	0,5	2,9	3,2	0,6	0,3
Übrige Investitionseinnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 die Rechnungen 2008 und 2009 sowie die Voranschläge 2010 und 2011.

B21 Ausgaben nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010 absolut	%
Ordentliche Ausgaben	52 377	53 965	56 598	58 228	60 237	62 536	2 298	3,8
Eigenausgaben	8 187	8 471	9 107	9 533	10 126	10 400	274	2,7
Personalausgaben	4 325	4 462	4 555	4 828	4 927	5 118	191	3,9
Personalbezüge	3 629	3 667	3 761	3 954	4 050	4 143	93	2,3
Arbeitgeberbeiträge	492	590	612	752	721	838	116	16,1
Arbeitgeberleistungen	160	150	107	41	72	60	-12	-16,8
Übrige Personalausgaben	44	55	76	80	85	78	-6	-7,3
Sach- und Betriebsausgaben	2 683	2 841	3 323	3 611	3 844	3 941	96	2,5
Material- und Warenausgaben	11	46	46	41	52	54	2	4,6
Betriebsausgaben	2 672	2 795	2 968	3 164	3 399	3 458	60	1,8
Liegenschaften	423	230	249	288	291	295	4	1,4
Mieten und Pachten	142	133	152	151	167	177	10	6,1
Informatik	151	295	434	482	555	550	-5	-0,9
Beratungsausgaben	340	468	262	252	268	252	-16	-5,9
Betriebsausgaben der Armee	784	710	796	809	888	955	68	7,6
Verluste auf Forderungen	-	224	208	195	215	200	-15	-6,9
Übrige Betriebsausgaben	833	735	866	987	1 015	1 028	13	1,3
Betrieblicher Unterhalt	-	-	309	405	394	429	34	8,7
Nationalstrassen								
Rüstungsausgaben	1 178	1 168	1 228	1 095	1 355	1 341	-14	-1,0
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	143	145	147	120	122	102	-20	-16,4
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	295	289	290	292	313	350	37	11,8
Rüstungsmaterial	740	734	792	683	920	889	-31	-3,3
Laufende Transferausgaben	33 661	35 228	37 146	38 194	39 900	42 034	2 134	5,3
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 098	8 624	7 414	7 116	7 151	8 321	1 170	16,4
Kantonsanteile	5 607	5 999	4 665	4 388	3 935	4 252	316	8,0
Anteile der Sozialversicherungen	2 363	2 478	2 619	2 596	2 643	3 497	854	32,3
Rückverteilung Lenkungsabgaben	127	147	130	132	573	573	0	0,0
Entschädigungen an Gemeinwesen	986	969	773	780	851	895	44	5,2
Beiträge an eigene Institutionen	2 075	2 527	2 573	2 723	2 838	2 954	115	4,1
Beiträge an Dritte	9 719	9 697	12 646	13 290	14 177	14 271	94	0,7
Finanzausgleich	-	-	2 725	2 808	2 903	3 051	148	5,1
Internationale Organisationen	1 178	1 298	1 465	1 497	1 627	1 679	51	3,2
Übrige Beiträge an Dritte	8 541	8 399	8 456	8 985	9 647	9 542	-105	-1,1
Beiträge an Sozialversicherungen	12 783	13 411	13 740	14 285	14 883	15 593	710	4,8
AHV / IV / ALV	9 703	10 181	10 550	10 918	11 289	11 807	518	4,6
Übrige Sozialversicherungen	3 080	3 230	3 190	3 367	3 594	3 786	192	5,3

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

B21 Ausgaben nach Kontengruppen

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010 absolut %	
Finanzausgaben	4 105	4 003	3 791	3 255	2 945	3 028	83	2,8
Zinsausgaben	3 993	3 849	3 660	3 135	2 802	2 841	38	1,4
Anleihen	3 339	3 310	3 270	2 896	2 451	2 445	-6	-0,3
Geldmarktbuchforderungen	196	221	141	1	68	144	75	110,4
Übrige Zinsausgaben	458	318	250	238	283	252	-31	-10,9
Kursverluste	-	54	77	26	-	-	-	-
Kapitalbeschaffungsausgaben	112	89	52	78	142	187	45	31,7
Übrige Finanzausgaben	-	10	1	16	-	-	-	-
Investitionsausgaben	6 424	6 264	6 554	7 245	7 266	7 073	-193	-2,7
Sachanlagen und Vorräte	591	874	2 265	2 512	2 663	2 437	-226	-8,5
Liegenschaften	243	603	588	635	640	681	41	6,3
Mobilien und Vorräte	347	271	341	378	335	287	-49	-14,5
Nationalstrassen	-	-	1 336	1 499	1 688	1 470	-218	-12,9
Immaterielle Anlagen	13	13	31	39	55	60	5	9,0
Darlehen	489	376	366	599	446	323	-123	-27,7
Beteiligungen	39	35	31	30	35	44	8	24,0
Investitionsbeiträge	5 292	4 966	3 861	4 065	4 066	4 210	143	3,5
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	-	-	1 591	1 548	1 468	1 362	-106	-7,2
Übrige Investitionsbeiträge	5 292	4 966	2 270	2 518	2 599	2 848	249	9,6

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Ordentliche Ausgaben	3,4	2,9	2,4	1,9	3,8
Eigenausgaben	0,8	-1,7	-2,6	-0,3	5,3
Personalausgaben	2,4	0,0	-2,1	0,0	3,5
Personalbezüge	3,3	0,1	-2,0	0,2	3,1
Arbeitgeberbeiträge	0,8	-2,4	-0,8	2,1	9,2
Arbeitgeberleistungen	-4,3	3,3	-7,6	-9,9	-20,6
Übrige Personalausgaben	0,1	5,0	15,1	-3,5	9,0
Sach- und Betriebsausgaben	-0,3	0,6	-2,1	-0,2	8,5
Material- und Warenausgaben	-	-	78,3	38,5	4,1
Betriebsausgaben	-0,3	0,5	-2,2	-0,5	5,5
Liegenschaften	-2,2	-1,6	-7,0	-15,6	6,4
Mieten und Pachten	7,5	2,2	-0,6	-0,2	7,3
Informatik	8,7	0,0	-4,1	13,2	16,9
Beratungsausgaben	5,5	34,0	11,0	4,0	-14,3
Betriebsausgaben der Armee	-7,8	5,9	-0,9	-3,3	7,7
Verluste auf Forderungen	-	-	-	-	-2,8
Übrige Betriebsausgaben	3,6	-5,4	-4,5	-4,3	8,7
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	-	-	-	-	-
Rüstungsausgaben	-0,8	-9,4	-5,7	-1,6	3,5
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	-10,0	-5,9	13,3	-0,6	-8,4
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	-5,2	-9,1	0,6	0,1	4,9
Rüstungsmaterial	1,2	-9,7	-9,4	-2,4	4,9
Laufende Transferausgaben	4,6	4,2	3,9	2,9	4,5
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	2,8	12,9	6,4	7,5	-0,9
Kantonsanteile	2,8	5,1	4,8	7,1	-8,2
Anteile der Sozialversicherungen	-	-	10,5	7,4	9,0
Rückverteilung Lenkungsabgaben	-	-	-	50,7	40,5
Entschädigungen an Gemeinwesen	-12,0	11,2	1,6	21,8	-2,0
Beiträge an eigene Institutionen	5,0	-29,3	33,1	5,0	4,0
Beiträge an Dritte	4,5	8,2	-0,7	-1,8	10,1
Finanzausgleich	-	-	-	-	-
Internationale Organisationen	5,0	7,4	7,3	18,6	6,6
Übrige Beiträge an Dritte	4,5	8,2	-1,1	-3,7	3,2
Beiträge an Sozialversicherungen	6,0	3,0	4,2	2,7	3,8
AHV / IV / ALV	6,3	4,8	4,3	2,5	3,8
Übrige Sozialversicherungen	5,5	-1,8	4,0	3,3	4,0
Finanzausgaben	11,1	4,2	-0,8	2,8	-6,7
Zinsausgaben	10,7	3,9	-2,1	4,0	-7,3
Anleihen	24,9	8,0	2,5	9,6	-7,3
Geldmarktbuchforderungen	34,4	-17,2	-41,4	77,8	-10,2
Übrige Zinsausgaben	-2,9	3,4	-7,2	-24,5	-5,7
Kursverluste	-	-	-	-	-100,0
Kapitalbeschaffungsausgaben	49,7	17,6	26,5	-25,7	20,4
Übrige Finanzausgaben	-	-	-	-	-100,0

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 die Rechnungen 2008 und 2009 sowie die Voranschläge 2010 und 2011.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen

Fortsetzung

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Investitionsausgaben	-1,0	4,7	5,6	-0,2	3,1
Sachanlagen und Vorräte	2,2	1,9	-8,6	10,4	29,2
Liegenschaften	5,3	7,0	-19,3	28,2	3,1
Mobilien und Vorräte	-0,7	-4,5	3,6	-7,2	1,4
Nationalstrassen	–	–	–	–	–
Immaterielle Anlagen	–	–	–	3,0	47,4
Darlehen	-12,3	-13,2	3,7	13,7	-3,7
Beteiligungen	-33,3	43,3	102,2	-14,5	5,9
Investitionsbeiträge	0,1	6,8	7,7	-2,2	-4,0
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	–	–	–	–	–
Übrige Investitionsbeiträge	0,1	6,8	7,7	-2,2	-13,0

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 die Rechnungen 2008 und 2009 sowie die Voranschläge 2010 und 2011.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Ordentliche Ausgaben	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Eigenausgaben	25,4	22,0	17,6	16,1	16,5
Personalausgaben	12,1	10,9	8,9	8,5	8,2
Personalbezüge	9,7	8,8	7,0	7,0	6,7
Arbeitgeberbeiträge	1,7	1,4	1,2	1,0	1,2
Arbeitgeberleistungen	0,6	0,7	0,7	0,3	0,1
Übrige Personalausgaben	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Sach- und Betriebsausgaben	7,8	7,0	5,9	5,2	6,2
Material- und Warenausgaben	–	0,0	0,0	0,0	0,1
Betriebsausgaben	7,8	7,0	5,9	5,2	5,5
Liegenschaften	1,6	1,5	1,0	0,7	0,5
Mieten und Pachten	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Informatik	0,5	0,5	0,4	0,4	0,9
Beratungsausgaben	0,2	0,4	0,7	0,7	0,4
Betriebsausgaben der Armee	2,0	1,7	1,7	1,5	1,5
Verluste auf Forderungen	–	–	–	0,1	0,3
Übrige Betriebsausgaben	3,1	2,6	1,8	1,5	1,6
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	–	–	–	–	0,6
Rüstungsausgaben	5,5	4,1	2,8	2,4	2,1
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	0,3	0,2	0,3	0,3	0,2
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	1,1	0,7	0,6	0,6	0,5
Rüstungsmaterial	4,1	3,1	1,9	1,6	1,4
Laufende Transferausgaben	54,6	57,6	61,8	64,4	66,2
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7,9	8,9	12,9	14,7	12,6
Kantonsanteile	7,9	8,2	9,0	10,1	7,3
Anteile der Sozialversicherungen	–	0,7	3,8	4,3	4,8
Rückverteilung Lenkungsabgaben	–	–	0,1	0,2	0,6
Entschädigungen an Gemeinwesen	0,9	0,8	0,9	1,6	1,4
Beiträge an eigene Institutionen	6,3	3,7	4,2	4,3	4,7
Beiträge an Dritte	18,7	21,7	20,7	19,1	22,9
Finanzausgleich	–	–	–	–	4,8
Internationale Organisationen	0,9	1,0	1,2	2,1	2,6
Übrige Beiträge an Dritte	17,8	20,7	19,6	17,0	15,4
Beiträge an Sozialversicherungen	20,8	22,4	23,1	24,7	24,6
AHV / IV / ALV	15,1	17,1	17,5	18,8	18,8
Übrige Sozialversicherungen	5,7	5,4	5,5	5,9	5,9
Finanzausgaben	7,2	7,5	7,6	7,3	5,5
Zinsausgaben	7,0	7,3	7,1	7,0	5,2
Anleihen	2,8	4,1	4,8	5,8	4,7
Geldmarktbuchforderungen	1,1	0,5	0,4	0,3	0,1
Übrige Zinsausgaben	3,1	2,6	1,9	1,0	0,4
Kursverluste	–	–	–	0,0	0,0
Kapitalbeschaffungsausgaben	0,2	0,2	0,5	0,3	0,2
Übrige Finanzausgaben	–	–	–	0,0	0,0

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 die Rechnungen 2008 und 2009 sowie die Voranschläge 2010 und 2011.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen

Fortsetzung

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Investitionsausgaben	12,8	12,9	13,1	12,3	11,8
Sachanlagen und Vorräte	2,1	1,7	1,1	1,3	4,2
Liegenschaften	1,1	1,0	0,5	0,6	1,1
Mobilien und Vorräte	1,0	0,7	0,6	0,6	0,6
Nationalstrassen	–	–	–	–	2,5
Immaterielle Anlagen	–	–	0,0	0,0	0,1
Darlehen	3,1	3,3	1,2	0,8	0,7
Beteiligungen	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1
Investitionsbeiträge	7,6	7,9	10,7	10,1	6,8
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	–	–	–	–	2,5
Übrige Investitionsbeiträge	7,6	7,9	10,7	10,1	4,3

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 die Rechnungen 2008 und 2009 sowie die Voranschläge 2010 und 2011.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mio. CHF	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010 absolut	%
Total Aufgabengebiete (ordentliche Ausgaben)	52 377	53 965	56 598	58 228	60 237	62 536	2 298	3,8
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 150	2 162	2 273	2 482	2 529	2 589	60	2,4
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 150	2 162	2 273	2 482	2 529	2 589	60	2,4
Ordnung und öffentliche Sicherheit	771	813	836	890	978	1 028	50	5,1
Allgemeines Rechtswesen	84	78	77	75	75	77	2	2,2
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	293	311	324	339	392	449	57	14,6
Grenzkontrollen	273	282	291	316	328	329	2	0,5
Gerichte	121	141	145	159	184	173	-11	-5,8
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 269	2 274	2 394	2 587	2 748	2 970	222	8,1
Politische Beziehungen	579	613	645	712	753	785	32	4,3
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1 563	1 559	1 642	1 723	1 764	1 928	165	9,3
Wirtschaftliche Beziehungen	70	71	86	76	77	87	11	14,0
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	57	30	21	75	155	170	14	9,1
Landesverteidigung	4 272	4 327	4 537	4 515	4 918	4 942	24	0,5
Militärische Landesverteidigung	4 174	4 231	4 439	4 413	4 815	4 827	12	0,2
Nationale Sicherheitskooperation	98	95	97	102	103	115	12	12,1
Bildung und Forschung	4 714	4 978	5 339	5 715	6 136	6 327	191	3,1
Berufsbildung	522	518	573	628	704	776	72	10,2
Hochschulen	1 470	1 564	1 655	1 765	1 856	1 867	11	0,6
Grundlagenforschung	1 697	1 834	2 038	2 196	2 355	2 428	73	3,1
Angewandte Forschung	961	1 002	1 043	1 099	1 192	1 227	36	3,0
Übriges Bildungswesen	64	60	30	28	29	29	1	1,8
Kultur und Freizeit	437	460	429	395	451	441	-11	-2,4
Kulturerhaltung	85	94	85	92	120	106	-14	-11,6
Kulturförderung und Medienpolitik	227	225	168	170	178	174	-3	-1,8
Sport	125	140	176	134	154	160	6	4,2
Gesundheit	194	264	220	276	217	213	-4	-1,9
Gesundheit	194	264	220	276	217	213	-4	-1,9
Soziale Wohlfahrt	16 246	16 933	17 434	18 049	19 065	20 413	1 348	7,1
Altersversicherung	7 534	7 984	9 322	9 671	9 919	10 195	276	2,8
Invalidenversicherung	4 372	4 492	3 655	3 581	3 780	4 824	1 044	27,6
Krankenversicherung	2 143	2 263	1 806	1 847	2 095	2 181	86	4,1
Ergänzungsleistungen	678	711	1 127	1 312	1 258	1 372	114	9,0
Militärversicherung	234	232	252	195	236	230	-7	-2,9
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	302	302	314	406	632	447	-185	-29,3
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	126	110	99	144	144	111	-33	-22,6
Migration	816	791	812	842	946	990	43	4,6
Soziale Hilfe und Fürsorge	42	48	47	53	55	65	10	18,9
Verkehr	7 409	7 349	7 538	8 099	8 065	8 085	20	0,2
Strassenverkehr	2 668	2 751	2 458	2 678	2 881	2 711	-170	-5,9
Öffentlicher Verkehr	4 641	4 507	4 989	5 325	5 052	5 219	167	3,3
Luftfahrt	99	90	91	96	132	155	22	17,0

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010	
							absolut	%
Umweltschutz und Raumordnung	624	655	651	726	1 198	1 232	33	2,8
Umweltschutz	317	320	330	340	818	832	15	1,8
Schutz vor Naturgefahren	214	215	212	257	271	273	2	0,9
Naturschutz	82	107	96	117	96	110	14	15,1
Raumordnung	12	12	13	13	14	15	2	13,0
Landwirtschaft und Ernährung	3 645	3 601	3 551	3 692	3 701	3 623	-78	-2,1
Landwirtschaft und Ernährung	3 645	3 601	3 551	3 692	3 701	3 623	-78	-2,1
Wirtschaft	383	398	405	560	610	527	-83	-13,6
Wirtschaftsordnung	132	148	160	109	121	129	8	7,0
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	121	129	131	247	177	126	-51	-29,0
Energie	83	81	90	179	285	246	-39	-13,7
Forstwirtschaft	46	41	25	27	27	26	-1	-3,2
Finanzen und Steuern	9 262	9 753	10 991	10 241	9 620	10 145	526	5,5
Anteile an Bundeseinnahmen	5 157	5 750	4 484	4 178	3 773	4 067	294	7,8
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	4 105	4 003	3 782	3 255	2 945	3 028	83	2,8
Finanzausgleich	–	–	2 725	2 808	2 903	3 051	148	5,1

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

B32 Entwicklung der Aufgabengebiete

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Total Aufgabengebiete (ordentliche Ausgaben)	3,4	2,9	2,4	1,9	3,8
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,1	2,3	7,5	0,3	4,6
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,1	2,3	7,5	0,3	4,6
Ordnung und öffentliche Sicherheit	4,7	0,8	5,8	-1,2	6,1
Allgemeines Rechtswesen	8,2	-11,9	11,8	-11,7	-0,5
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	5,7	4,2	9,8	-2,5	9,6
Grenzkontrollen	1,8	1,3	1,4	0,6	3,9
Gerichte	6,6	7,7	0,7	7,4	5,2
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	3,5	1,3	2,5	-0,2	6,9
Politische Beziehungen	4,7	2,2	4,2	-0,3	6,4
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1,7	1,5	1,7	3,0	5,5
Wirtschaftliche Beziehungen	18,0	-1,9	3,3	0,1	5,1
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	9,7	-0,4	2,5	-38,7	54,2
Landesverteidigung	-1,4	-4,1	-1,7	-0,9	3,4
Militärische Landesverteidigung	-1,2	-3,7	-1,8	-1,0	3,3
Nationale Sicherheitskooperation	-8,2	-18,3	1,6	3,2	4,9
Bildung und Forschung	4,3	1,2	2,6	3,1	6,2
Berufsbildung	5,3	-3,5	2,6	-0,4	10,6
Hochschulen	2,3	3,1	2,0	-8,8	4,5
Grundlagenforschung	7,3	1,0	6,0	22,1	7,3
Angewandte Forschung	3,7	2,9	0,9	8,4	5,2
Übriges Bildungswesen	32,5	-20,4	8,6	-4,0	-16,4
Kultur und Freizeit	0,5	14,3	2,4	-3,7	-1,1
Kulturerhaltung	0,9	-3,6	2,0	2,6	3,0
Kulturförderung und Medienpolitik	-4,1	31,6	1,7	-7,7	-6,2
Sport	5,9	4,7	4,5	0,0	3,4
Gesundheit	7,0	0,8	4,5	10,7	-5,2
Gesundheit	7,0	0,8	4,5	10,7	-5,2
Soziale Wohlfahrt	6,0	7,1	3,2	2,6	4,8
Altersversicherung	5,0	8,9	4,6	3,3	6,3
Invalidenversicherung	8,6	6,7	6,3	2,7	1,8
Krankenversicherung	8,4	-2,3	4,2	3,9	-0,9
Ergänzungsleistungen	-0,7	-0,4	5,8	4,3	17,9
Militärversicherung	0,8	-1,6	0,5	-2,8	-0,2
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	24,2	97,5	-0,7	13,5	10,3
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	4,4	19,9	-10,8	-17,9	0,4
Migration	6,3	15,1	-10,0	-4,8	5,8
Soziale Hilfe und Fürsorge	-11,7	-3,9	20,2	20,5	7,7
Verkehr	3,1	0,0	4,1	0,8	2,4
Strassenverkehr	1,0	-0,1	0,7	-0,9	-0,4
Öffentlicher Verkehr	4,9	2,1	6,6	2,0	3,7
Luftfahrt	6,0	-32,7	12,8	-4,1	14,5
Umweltschutz und Raumordnung	-4,2	-0,5	4,7	3,8	17,1
Umweltschutz	-1,2	2,4	1,5	0,5	27,0
Schutz vor Naturgefahren	-5,5	-8,2	9,9	7,0	6,2
Naturschutz	-13,8	5,0	7,5	8,9	0,7
Raumordnung	6,7	2,3	15,1	3,8	6,0
Landwirtschaft und Ernährung	3,7	4,7	-2,0	-0,8	0,1
Landwirtschaft und Ernährung	3,7	4,7	-2,0	-0,8	0,1

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 die Rechnungen 2008 und 2009 sowie die Voranschläge 2010 und 2011.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

B32 Entwicklung der Aufgabengebiete

Fortsetzung

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Wirtschaft	-9,1	-2,3	5,2	-11,6	7,3
Wirtschaftsordnung	8,4	1,2	9,3	7,9	-3,3
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	-19,7	-2,4	1,9	-14,7	-0,6
Energie	31,3	-9,8	6,9	-6,9	32,1
Forstwirtschaft	-3,9	1,6	6,8	-32,2	-10,4
Finanzen und Steuern	6,5	4,8	2,3	5,9	1,0
Anteile an Bundeseinnahmen	2,1	5,6	5,5	8,4	-8,3
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	11,1	4,2	-0,8	2,8	-6,7
Finanzausgleich	–	–	–	–	–

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 die Rechnungen 2008 und 2009 sowie die Voranschläge 2010 und 2011.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

B33 Struktur der Aufgabengebiete

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Total Aufgabengebiete (ordentliche Ausgaben)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,6	3,5	4,1	4,2	4,2
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,6	3,5	4,1	4,2	4,2
Ordnung und öffentliche Sicherheit	1,6	1,5	1,6	1,5	1,6
Allgemeines Rechtswesen	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6
Grenzkontrollen	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5
Gerichte	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	5,0	4,5	4,8	4,4	4,5
Politische Beziehungen	1,2	1,2	1,2	1,1	1,2
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	3,2	2,7	2,9	2,9	3,0
Wirtschaftliche Beziehungen	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	0,5	0,4	0,4	0,2	0,2
Landesverteidigung	14,3	11,6	9,5	8,4	8,0
Militärische Landesverteidigung	13,8	11,3	9,3	8,2	7,8
Nationale Sicherheitskooperation	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2
Bildung und Forschung	9,1	8,6	8,6	9,0	9,9
Berufsbildung	1,3	1,1	1,0	1,0	1,1
Hochschulen	4,6	4,4	4,4	2,9	3,0
Grundlagenforschung	1,5	1,5	1,5	3,3	3,8
Angewandte Forschung	1,6	1,5	1,5	1,8	1,9
Übriges Bildungswesen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0
Kultur und Freizeit	0,7	1,0	1,3	0,9	0,7
Kulturerhaltung	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Kulturförderung und Medienpolitik	0,2	0,5	0,9	0,4	0,3
Sport	0,2	0,2	0,3	0,2	0,3
Gesundheit	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4
Gesundheit	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4
Soziale Wohlfahrt	25,5	29,0	29,9	31,3	31,6
Altersversicherung	9,8	10,8	13,7	14,3	16,5
Invalidenversicherung	5,6	6,7	7,5	8,4	6,7
Krankenversicherung	3,7	3,6	3,8	4,1	3,3
Ergänzungsleistungen	1,2	1,0	1,1	1,3	2,1
Militärversicherung	0,7	0,6	0,5	0,5	0,4
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	2,0	3,0	0,4	0,6	0,8
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	0,5	0,7	0,7	0,3	0,2
Migration	2,0	2,6	2,2	1,7	1,5
Soziale Hilfe und Fürsorge	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
Verkehr	14,8	14,2	14,0	14,2	13,4
Strassenverkehr	6,9	6,1	5,9	5,3	4,5
Öffentlicher Verkehr	7,1	7,9	8,0	8,7	8,7
Luftfahrt	0,8	0,3	0,2	0,2	0,2
Umweltschutz und Raumordnung	1,2	1,1	1,2	1,2	1,6
Umweltschutz	0,7	0,7	0,7	0,6	1,0
Schutz vor Naturgefahren	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4
Naturschutz	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2
Raumordnung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Landwirtschaft und Ernährung	8,0	8,6	7,6	7,0	6,1
Landwirtschaft und Ernährung	8,0	8,6	7,6	7,0	6,1

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 die Rechnungen 2008 und 2009 sowie die Voranschläge 2010 und 2011.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

B33 Struktur der Aufgabengebiete

Fortsetzung

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Wirtschaft	1,6	1,3	1,4	0,8	0,9
Wirtschaftsordnung	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	0,8	0,5	0,5	0,3	0,3
Energie	0,2	0,3	0,2	0,2	0,3
Forstwirtschaft	0,4	0,3	0,4	0,1	0,0
Finanzen und Steuern	14,3	14,9	15,7	16,7	17,3
Anteile an Bundeseinnahmen	7,1	7,4	8,2	9,4	6,9
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	7,2	7,5	7,6	7,3	5,5
Finanzausgleich	–	–	–	–	4,8

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 die Rechnungen 2008 und 2009 sowie die Voranschläge 2010 und 2011.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2011

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Total Voranschlag 2011	Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	Landesverteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	62 536	2 589	1 028	2 970	4 942	6 327	441
Eigenausgaben	10 400	2 176	833	728	4 386	251	117
Personalausgaben	5 118	1 347	688	561	1 450	147	85
Sach- und Betriebsausgaben	3 941	830	145	167	1 595	105	32
Rüstungsausgaben	1 341	–	–	–	1 341	–	–
Laufende Transferausgaben	42 034	35	156	2 160	155	5 798	294
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 321	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	895	–	66	–	14	0	4
Beiträge an eigene Institutionen	2 954	–	–	–	–	2 278	73
Beiträge an Dritte	14 271	35	90	2 160	141	3 520	218
Beiträge an Sozialversicherungen	15 593	–	–	–	–	–	–
Finanzausgaben	3 028	–	–	–	0	–	–
Investitionsausgaben	7 073	377	40	82	401	278	29
Sachanlagen und Vorräte	2 437	359	19	0	398	167	1
Immaterielle Anlagen	60	18	4	5	3	–	–
Darlehen	323	–	–	34	–	–	–
Beteiligungen	44	–	–	44	–	–	–
Investitionsbeiträge	4 210	–	18	–	–	110	28

Fortsetzung Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umweltschutz und Raumordnung	Landwirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	213	20 413	8 085	1 232	3 623	527	10 145
Eigenausgaben	126	437	701	166	116	166	196
Personalausgaben	59	297	176	101	88	118	–
Sach- und Betriebsausgaben	67	140	525	65	27	47	196
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Laufende Transferausgaben	85	19 958	2 205	705	3 407	154	6 922
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	3 497	381	573	–	–	3 871
Entschädigungen an Gemeinwesen	–	775	30	3	3	–	–
Beiträge an eigene Institutionen	16	–	587	–	–	–	–
Beiträge an Dritte	69	187	1 207	129	3 310	154	3 051
Beiträge an Sozialversicherungen	–	15 499	–	–	94	–	–
Finanzausgaben	–	–	–	–	–	–	3 028
Investitionsausgaben	2	18	5 179	360	100	208	–
Sachanlagen und Vorräte	1	0	1 480	5	2	4	–
Immaterielle Anlagen	–	4	27	0	–	0	–
Darlehen	–	13	258	–	15	3	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Investitionsbeiträge	1	1	3 414	355	83	200	–

B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2010

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Total Voranschlag 2010	Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internatio- nale Zusammen- arbeit	Landes- verteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	60 237	2 529	978	2 748	4 918	6 136	451
Eigenausgaben	10 126	2 109	776	695	4 327	246	117
Personalausgaben	4 927	1 320	636	535	1 427	137	82
Sach- und Betriebsausgaben	3 844	788	141	160	1 545	109	35
Rüstungsausgaben	1 355	–	–	–	1 355	–	–
Laufende Transferausgaben	39 900	35	155	1 987	195	5 596	296
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7 151	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	851	–	67	–	15	0	4
Beiträge an eigene Institutionen	2 838	–	–	–	–	2 283	77
Beiträge an Dritte	14 177	35	88	1 987	180	3 313	215
Beiträge an Sozialversicherungen	14 883	–	–	–	–	–	–
Finanzausgaben	2 945	–	–	–	0	–	–
Investitionsausgaben	7 266	384	47	66	396	294	38
Sachanlagen und Vorräte	2 663	370	25	0	395	173	1
Immaterielle Anlagen	55	14	4	1	1	–	–
Darlehen	446	–	–	30	–	–	–
Beteiligungen	35	–	–	35	–	–	–
Investitionsbeiträge	4 066	–	18	–	–	121	37

Fortsetzung Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt- schutz und Raum- ordnung	Land- wirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	217	19 065	8 065	1 198	3 701	610	9 620
Eigenausgaben	126	436	656	156	110	161	211
Personalausgaben	55	287	163	91	82	110	–
Sach- und Betriebsausgaben	71	149	493	64	28	51	211
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Laufende Transferausgaben	89	18 576	2 130	710	3 449	217	6 464
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	2 643	374	573	–	–	3 561
Entschädigungen an Gemeinwesen	–	729	28	5	4	–	–
Beiträge an eigene Institutionen	16	–	462	–	–	–	–
Beiträge an Dritte	73	413	1 266	132	3 354	217	2 903
Beiträge an Sozialversicherungen	–	14 791	–	–	91	–	–
Finanzausgaben	–	–	–	–	–	–	2 945
Investitionsausgaben	2	54	5 279	332	142	232	–
Sachanlagen und Vorräte	1	2	1 689	2	2	3	–
Immaterielle Anlagen	–	7	27	0	1	0	–
Darlehen	–	43	316	–	54	4	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Investitionsbeiträge	1	2	3 247	330	85	225	–

B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital

Mio. CHF		Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Einlage (+) / Entnahme (-)
Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital, Stand		1 727	1 198	1 169	-29
VOC / HEL-Lenkungsabgabe		269	269	268	-1
606	E1100.0111/ 112/113	124	135	125	
606	E1400.0101	4	5	5	
810	A2300.0100	-131	-140	-131	
CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung		443	12	-0	-12
606	E1900.0106	217	-	-	
606	E1100.0121	-	430	430	
606	E1400.0114	5	7	1	
810	A2400.0105	-	-	-2	
810	A2300.0112	-	-437	-442	
810	A2900.0113	-	-431	-	
CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, Gebäudeprogramm		-	-	-	-
606	E1100.0121	-	200	200	
810	A4300.0146	-	-133	-133	
805	A4300.0126	-	-62	-67	
805	A4300.0143	-	-5	-	
Spielbankenabgabe		870	785	775	-10
318	E1100.0119	415	370	-	
318	A2300.0110	-449	-455	-	
417	E1100.0122	-	-	405	
417	A2300.0113	-	-	-415	
Filmförderung		0	0	0	-0
306	E1300.0146	-	0	0	
306	A2310.0454	-	-0	-1	
Altlastenfonds		107	94	89	-5
810	E1100.0100	27	27	36	
810	A2310.0131	-23	-40	-41	
Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern		32	32	32	-
318	E1400.0102	1	1	1	
318	A2310.0332 (Teil)	-1	-1	-1	
Medienforschung, Rundfunktechnologie, Programmarchivierung (ab 2007)		6	6	6	-
808	E5200.0100	3	2	2	
808	A6210.0145	-1	-1	-1	
808	A6210.0146	-	-0	-0	
808	A6210.0148	-	-1	-1	
Krankenversicherung		-	-	-	-
605	E1100.0118 (Teil)*	841	851	872	
606	E1100.0109 (Teil)	-	-	206	
316	A2310.0110 (Teil)	-841	-851	-1 078	

Hinweise:

- Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zum Voranschlag der Verwaltungseinheiten (Band 2) ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandskredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.
- Einlagen aus Mehrwertsteuer inkl. Debitorenverluste

B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Einlage (+) / Entnahme (-)
Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung				
605 E1100.0118 (Teil)* Mehrwertsteuer, MWSt-Prozent für die AHV (83%)	2 148	2 188	2 230	-
605 E1100.0118 (Teil)* Mehrwertsteuer, Zuschlag 0.4% für die IV	-	-	852	-
605 E1100.0118 (Teil)* Mehrwertsteuer, Bundesanteil am MWSt-Prozent (17%)	440	445	456	-
606 E1100.0102 Tabaksteuer	1 987	2 229	2 235	-
601 E1200.0101 Reingewinn Alkoholverwaltung	246	233	264	-
318 A2310.0327 (Teil) Leistungen des Bundes an die AHV				}
318 A2310.0328 (Teil) Leistungen des Bundes an die IV				
318 A2310.0329 (Teil) Ergänzungsleistungen zur AHV	-2 672	-2 907	-2 955	
318 A2310.0384 (Teil) Ergänzungsleistungen zur IV				
318 A2310.0453 (Teil) Sonderbeitrag an die IV-Zinsen				
605 A2300.0105 Mehrwertsteuerprozent für die AHV	-2 148	-2 188	-2 230	-
605 A2300.0111 Mehrwertsteuerzuschlag für die IV	-	-	-852	-

*Bei diesen Positionen wurden die budgetierten Debitorenverluste berücksichtigt.

Hinweise:

- Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zum Voranschlag der Verwaltungseinheiten (Band 2) ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandskredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.
- Einlagen aus Mehrwertsteuer inkl. Debitorenverluste

B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Einlage (+)/ Entnahme (-)
Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital, Stand	2 934	2 742	3 563	821
Spezialfinanzierung Strassenverkehr	2 848	2 655	1 766	-889
Einnahmen	3 936	3 813	3 855	
Ausgaben	-3 810	-4 005	-4 744	
Spezialfinanzierung Begleitmassnahmen FHAL/WTO	-	-	1 690	1 690
606 E1100.0110 (Teil) Einfuhrzölle	-	-	580	
Ausgaben	-	-	-	
Spezialfinanzierung Luftverkehr	-	-	20	20
606 E1100.0104 (Teil) Mineralölsteuer auf Treibstoffen	-	-	8	
606 E1100.0105 (Teil) Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	-	-	11	
Ausgaben	-	-	-	
Investitionsrisikogarantie	32	32	33	0
704 E1300.0001 (Teil) Gebühren	0	0	0	
704 A2310.0366 Investitionsrisikogarantie	-0	-0	-0	
Bundeskriegstransportversicherung	54	54	54	0
724 E1300.0010 (Teil) Entgelte	0	0	0	
724 A2119.0001 (Teil) Übriger Betriebsaufwand	-	-0	-0	

Hinweis: Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zum Voranschlag der Verwaltungseinheiten (Band 2) ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandkredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.
Hinweis zu Spezialfinanzierung Begleitmassnahmen FHAL/WTO: Die Einnahmen 2009 (588 Mio.) und 2010 (Planwert: 523 Mio.) werden im Rechnungsjahr 2010 in den Fonds Spezialfinanzierung Begleitmassnahmen FHAL/WTO eingelegt. Diese Einlagen waren im VA 2010 nicht budgetiert.

B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010 absolut	%
Einnahmen	3 936	3 813	3 855	42	1,1
606 A2111.0141 Aufwandentschädigungen Bezug der Nationalstrassenabgabe	-32	-33	-33	-1	1,5
606 E1100.0104 Mineralölsteuer auf Treibstoffen	1 543	1 505	1 512	7	0,4
606 E1100.0105 Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	2 072	2 020	2 029	9	0,4
606 E1100.0108 Nationalstrassenabgabe	351	320	340	20	6,3
802 E3200.0001 Rückzahlung Darlehen Terminalanlagen	-	-	7	7	-
806 E7100.0001 Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget); Erlös Restparzellen Nationalstrasse	2	-	-	-	-
806 E7200.0001 Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	0	0	0	-	-
Ausgaben	3 810	4 005	4 744	739	18,4
Nationalstrassen (ohne Infrastrukturfonds)	1 419	1 488	1 452	-36	-2,4
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget); Betrieb	302	326	311	-15	-4,7
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget); Unterhalt/Ausbau	1 118	1 162	1 141	-21	-1,8
Infrastrukturfonds	990	1 029	1 832	803	78,0
806 A8400.0100 Jährliche Einlage Infrastrukturfonds	990	1 029	982	-47	-4,6
806 A8900.0100 a.o. Einlage Infrastrukturfonds	-	-	850	850	-
Hauptstrassen	165	168	166	-2	-1,0
806 A8300.0107 Hauptstrassen	165	168	166	-2	-1,0
Übrige werkgebundene Beiträge	570	628	572	-56	-9,0
802 A2310.0214 Abgeltung kombinierter Verkehr	211	230	180	-51	-22,0
802 A2310.0215 Autoverlad	2	2	2	-0	-0,3
802 A2310.0450 Abgeltung nicht-alpenquerender Schienengüterverkehr	-	-	17	17	-
802 A4300.0119 Verkehrstrennung	4	7	4	-3	-44,3
802 A4300.0121 Anschlussgleise	22	22	22	-0	-1,0
802 A4300.0129 Fonds für Eisenbahngrossprojekte	301	325	314	-11	-3,4
802 A4300.0141 Terminalanlagen	29	42	33	-8	-20,3
806 A8300.0108 Niveauübergänge	1	-	-	-	-
Nicht werkgebundene Beiträge	389	374	381	7	1,8
806 A6210.0137 Allgemeine Strassenbeiträge	381	367	373	7	1,8
806 A6210.0139 Kantone ohne Nationalstrassen	8	7	8	0	1,8
Forschung und Verwaltung	134	156	171	15	9,6
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	131	155	165	10	6,4
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	2	1	6	5	459,9
Umweltschutz	78	98	105	7	7,4
806 A6210.0142 Langsamverkehr, Fuss- und Wanderwege	1	1	1	-0	-1,0
810 A2310.0134 Wald	48	46	45	-1	-1,2
810 A4300.0103 Schutz Naturgefahren	23	23	23	-0	-1,4
810 A4300.0139 Lärmschutz	7	28	36	8	28,8
Heimat- und Landschaftsschutz	13	14	14	0	1,0
306 A4300.0138 Heimatschutz und Denkmalpflege	11	11	11	0	1,5
806 A8300.0110 Historische Verkehrswege	1	2	2	-0	-1,0
810 A4300.0105 Natur und Landschaft	2	2	2	-	-

Hinweis: Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zum Voranschlag der Verwaltungseinheiten (Band 2) ergeben, sofern die Ertragspositionen (E) oder der Aufwandskredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.

B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010	
				absolut	%
Schutz übriger Strassen vor Naturgewalten	52	49	51	1	2,2
810 A4300.0135 Hochwasserschutz	42	49	51	1	2,2
810 A4300.0142 Unwetter 2005 Kanton Obwalden	10	–	–	–	–
Saldo	126	-192	-889	-697	362,4
Stand der Spezialfinanzierung Ende Jahr	2 848	2 655	1 766	-889	-33,5

Hinweis: Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zum Voranschlag der Verwaltungseinheiten (Band 2) ergeben, sofern die Ertragspositionen (E) oder der Aufwandkredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.

C01 Ertrag nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010 absolut	%
Ordentlicher Ertrag	54 617	58 000	64 047	64 146	58 201	61 789	3 588	6,2
Fiskalertrag	50 873	51 836	58 052	56 790	53 822	57 268	3 446	6,4
Direkte Bundessteuer	14 230	15 389	17 513	17 877	16 485	17 547	1 062	6,4
Verrechnungssteuer	3 947	2 730	5 760	5 280	3 010	3 707	697	23,2
Stempelabgaben	2 889	2 990	2 975	2 806	2 650	2 750	100	3,8
Mehrwertsteuer	19 018	19 684	20 512	19 830	20 260	21 450	1 190	5,9
Übrige Verbrauchssteuern	7 259	7 380	7 517	7 279	7 390	7 448	58	0,8
Mineralölsteuer	4 994	5 086	5 222	5 183	5 055	5 105	50	1,0
Tabaksteuer	2 161	2 186	2 186	1 987	2 229	2 235	6	0,3
Biersteuer	104	107	110	110	106	108	2	1,9
Verkehrsabgaben	1 938	2 016	2 137	2 114	1 945	2 150	205	10,5
Automobilsteuer	320	358	363	312	325	360	35	10,8
Nationalstrassenabgabe	313	322	333	351	320	340	20	6,3
Schwerverkehrsabgabe	1 306	1 336	1 441	1 452	1 300	1 450	150	11,5
Zölle	1 027	1 040	1 017	1 033	920	1 020	100	10,9
Spielbankenabgabe	406	449	455	415	370	405	35	9,5
Lenkungsabgaben	148	156	163	151	792	791	-2	-0,2
Lenkungsabgabe VOC	127	127	135	124	135	125	-10	-7,4
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	1	0	0	0	-	-	-	-
Altlastenabgabe	21	28	28	27	27	36	9	31,5
CO2-Abgabe auf Brennstoffen	-	-	-	-	630	630	0	0,0
Übriger Fiskalertrag	9	3	3	4	-	-	-	-
Regalien und Konzessionen	1 265	1 331	1 284	1 350	1 325	1 336	12	0,9
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	221	223	235	246	233	264	31	13,4
Gewinnablieferung SNB	833	833	833	833	833	833	0	0,0
Zunahme des Münzumschlags	-	45	42	53	62	42	-20	-32,5
Ertrag aus Kontingentsversteigerungen	158	193	148	182	168	168	0	0,0
Übrige Regalien und Konzessionen	53	36	26	36	28	29	0	1,2
Finanzertrag	1 089	2 969	2 740	3 075	1 272	1 383	112	8,8
Zinsertrag	478	690	659	477	488	580	92	18,8
Finanzanlagen	222	334	248	10	54	75	21	39,3
Darlehen	88	166	175	206	229	230	1	0,3
Vorschuss FEG	147	181	226	177	191	202	11	5,5
Übriger Zinsertrag	21	9	11	84	14	73	59	419,5
Kursgewinne	-	96	86	49	-	-	-	-
Beteiligungsertrag	611	1	1	0	0	0	0	-65,2
Zunahme von Equitywerten	-	1 860	1 807	2 179	775	800	25	3,2
Übriger Finanzertrag	0	322	187	370	8	3	-5	-60,0
Übriger Ertrag	1 390	1 844	1 970	2 893	1 684	1 774	89	5,3
Entgelte	1 323	1 387	1 508	1 354	1 224	1 179	-44	-3,6
Wehrpflichtersatzabgabe	142	138	140	148	140	160	20	14,3
Gebühren	280	291	305	227	207	224	17	8,4
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	48	73	79	80	71	66	-5	-6,7
Verkäufe	173	196	183	149	133	88	-45	-33,6
Rückerstattungen	256	113	231	173	65	96	31	46,9
EU Zinsbesteuerung	36	121	147	166	186	135	-51	-27,3
Übrige Entgelte	388	455	423	412	422	410	-12	-2,9
Verschiedener Ertrag	67	457	462	1 539	460	594	134	29,0
Liegenschaftenertrag	53	315	354	357	366	358	-8	-2,1
Übriger verschiedener Ertrag	14	141	108	1 181	95	236	141	149,1
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	-	21	2	37	99	29	-70	-70,8

C02 Aufwand nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010 absolut	%
Ordentlicher Aufwand	45 953	54 289	56 587	57 726	59 915	62 312	2 397	4,0
Eigenaufwand	8 187	9 573	11 406	11 929	12 496	12 827	331	2,6
Personalaufwand	4 325	4 492	4 501	4 812	4 927	5 118	191	3,9
Personalbezüge	3 629	3 665	3 767	3 948	4 050	4 143	93	2,3
Arbeitgeberbeiträge	492	590	611	752	721	838	116	16,1
Arbeitgeberleistungen	160	189	65	42	72	60	-12	-16,8
Übriger Personalaufwand	44	48	58	70	85	78	-6	-7,3
Sach- und Betriebsaufwand	2 683	3 238	3 762	4 120	4 180	4 204	24	0,6
Material- und Warenaufwand	11	225	269	237	335	262	-73	-21,7
Betriebsaufwand	2 672	3 013	3 139	3 470	3 451	3 513	62	1,8
Liegenschaften	423	439	445	552	317	322	6	1,8
Mieten und Pachten	142	152	153	150	167	177	10	6,1
Informatik	151	295	434	488	555	550	-5	-0,9
Beratungsaufwand	340	468	263	252	268	252	-16	-5,9
Betriebsaufwand der Armee	784	718	794	809	888	955	68	7,6
Abschreibungen auf Forderungen	-	192	170	205	215	200	-15	-6,9
Übriger Betriebsaufwand	833	749	880	1 014	1 042	1 056	14	1,3
Betrieblicher Unterhalt	-	-	354	412	394	429	34	8,7
Nationalstrassen								
Rüstungsaufwand	1 178	1 168	1 228	1 095	1 355	1 341	-14	-1,0
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	143	145	147	120	122	102	-20	-16,4
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	295	289	290	292	313	350	37	11,8
Rüstungsmaterial	740	734	792	683	920	889	-31	-3,3
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	-	675	1 914	1 902	2 034	2 163	130	6,4
Gebäude	-	553	611	359	572	522	-50	-8,7
Nationalstrassen	-	-	1 176	1 390	1 256	1 423	167	13,3
Übrige Abschreibungen	-	122	127	153	206	218	12	5,9
Transferaufwand	33 661	40 604	41 254	42 445	44 282	46 474	2 192	4,9
Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 098	8 624	7 414	7 116	7 151	8 321	1 170	16,4
Kantonsanteile	5 607	5 999	4 665	4 388	3 935	4 252	316	8,0
Anteile der Sozialversicherungen	2 363	2 478	2 619	2 596	2 643	3 497	854	32,3
Rückverteilung Lenkungsabgaben	127	147	130	132	573	573	0	0,0
Entschädigungen an Gemeinwesen	986	955	785	778	843	896	53	6,3
Beiträge an eigene Institutionen	2 075	2 527	2 573	2 723	2 838	2 954	115	4,1

Hinweise:

- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.
- Strukturbruch durch die Einführung des NRM im Jahr 2007. Die Zahlen 2007 und 2008 sind nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände vorgenommen.

C02 Aufwand nach Kontengruppen

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz zu VA 2010 absolut	%
Beiträge an Dritte	9 719	9 744	12 668	13 279	14 176	14 271	96	0,7
Finanzausgleich	–	–	2 725	2 808	2 903	3 051	148	5,1
Internationale Organisationen	1 178	1 297	1 482	1 496	1 626	1 679	53	3,2
Übrige Beiträge an Dritte	8 541	8 447	8 461	8 976	9 647	9 542	-105	-1,1
Beiträge an Sozialversicherungen	12 783	13 417	13 582	14 280	14 820	15 521	701	4,7
AHV / IV / ALV	9 703	10 187	10 524	10 915	11 301	11 810	509	4,5
Übrige Sozialversicherungen	3 080	3 230	3 058	3 365	3 519	3 711	192	5,5
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	–	4 966	3 861	4 065	4 069	4 210	141	3,5
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	–	372	372	203	385	302	-84	-21,7
Finanzaufwand	4 105	4 013	3 864	3 341	3 137	3 012	-126	-4,0
Zinsaufwand	3 993	3 635	3 334	3 042	3 004	2 886	-118	-3,9
Anleihen	3 339	3 096	2 939	2 785	2 662	2 493	-169	-6,3
Geldmarktbuchforderungen	196	228	165	9	71	160	89	125,5
Übriger Zinsaufwand	458	312	230	248	271	234	-38	-13,9
Kursverluste	–	54	77	26	–	–	–	–
Kapitalbeschaffungsaufwand	112	143	134	128	134	126	-8	-6,0
Abnahme von Equitywerten	–	–	7	5	–	–	–	–
Übriger Finanzaufwand	–	181	312	140	–	–	–	–
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	–	98	63	11	–	–	–	–

Hinweise:

- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.
- Strukturbruch durch die Einführung des NRM im Jahr 2007. Die Zahlen 2007 und 2008 sind nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände vorgenommen.

C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	2006-2011
Ordentlicher Ertrag	7,2	6,2	10,4	0,2	-9,3	6,2	2,5
Fiskalertrag	7,1	1,9	12,0	-2,2	-5,2	6,4	2,4
Direkte Bundessteuer	16,5	8,1	13,8	2,1	-7,8	6,4	4,3
Verrechnungssteuer	-1,3	-30,8	111,0	-8,3	-43,0	23,2	-1,2
Stempelabgaben	6,9	3,5	-0,5	-5,7	-5,5	3,8	-1,0
Mehrwertsteuer	5,0	3,5	4,2	-3,3	2,2	5,9	2,4
Übrige Verbrauchssteuern	1,8	1,7	1,9	-3,2	1,5	0,8	0,5
Verkehrsabgaben	4,9	4,0	6,0	-1,1	-8,0	10,5	2,1
Zölle	5,5	1,3	-2,2	1,6	-11,0	10,9	-0,1
Verschiedener Fiskalertrag	6,3	7,6	2,2	-8,1	103,7	2,9	16,2
Regalien und Konzessionen	-3,2	5,2	-3,5	5,1	-1,9	0,9	1,1
Finanzertrag	19,5	172,7	-7,7	12,2	-58,7	8,8	4,9
Beteiligungsertrag	6,1	-99,9	-31,9	-37,2	-39,2	-65,2	-83,3
Zunahme von Equitywerten	-	-	-2,9	20,6	-64,4	3,2	-
Übriger Finanzertrag	42,6	131,7	-15,9	-3,9	-44,6	17,5	4,1
Übriger Ertrag	13,6	32,7	6,8	46,9	-41,8	5,3	5,0
Entgelte	13,8	4,8	8,7	-10,2	-9,6	-3,6	-2,3
Verschiedener Ertrag	8,1	585,8	1,1	233,3	-70,1	29,0	54,9
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	-	-	-91,3	1 978,9	164,7	-70,8	-
Ordentlicher Aufwand	2,5	18,1	4,2	2,0	3,8	4,0	6,3
Eigenaufwand	-1,1	16,9	19,1	4,6	4,8	2,6	9,4
Personalaufwand	-1,1	3,9	0,2	6,9	2,4	3,9	3,4
Sach- und Betriebsaufwand	1,7	20,7	16,2	9,5	1,5	0,6	9,4
Rüstungsaufwand	-7,1	-0,9	5,2	-10,9	23,8	-1,0	2,6
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	-	-	183,4	-0,7	6,9	6,4	-
Transferaufwand	2,6	20,6	1,6	2,9	4,3	4,9	6,7
Anteile Dritter an Bundeserträgen	12,1	6,5	-14,0	-4,0	0,5	16,4	0,5
Entschädigungen an Gemeinwesen	-9,1	-3,1	-17,8	-0,9	8,4	6,3	-1,9
Beiträge an eigene Institutionen	0,2	21,8	1,8	5,8	4,2	4,1	7,3
Beiträge an Dritte	0,6	0,3	30,0	4,8	6,8	0,7	8,0
Beiträge an Sozialversicherungen	0,0	5,0	1,2	5,1	3,8	4,7	4,0
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	-	-	-22,3	5,3	0,1	3,5	-
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	-	-	0,0	-45,3	89,6	-21,7	-
Finanzaufwand	10,6	-2,2	-3,7	-13,6	-6,1	-4,0	-6,0
Zinsaufwand	11,6	-9,0	-8,3	-8,8	-1,2	-3,9	-6,3
Abnahme von Equitywerten	-	-	-	-15,8	-100,0	-	-
Übriger Finanzaufwand	-16,5	238,5	38,3	-43,9	-54,4	-6,0	2,4
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	-	-	-36,2	-82,1	-100,0	-	-

Hinweise:

- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.
- Strukturbruch durch die Einführung des NRM im Jahr 2007. Die Zahlen 2007 und 2008 sind nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände vorgenommen.

C04 Struktur von Ertrag und Aufwand

% Anteil am ordentlichen Ertrag / Aufwand	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011
Ordentlicher Ertrag	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Fiskalertrag	93,1	89,4	90,6	88,5	92,5	92,7
Direkte Bundessteuer	26,1	26,5	27,3	27,9	28,3	28,4
Verrechnungssteuer	7,2	4,7	9,0	8,2	5,2	6,0
Stempelabgaben	5,3	5,2	4,6	4,4	4,6	4,5
Mehrwertsteuer	34,8	33,9	32,0	30,9	34,8	34,7
Übrige Verbrauchssteuern	13,3	12,7	11,7	11,3	12,7	12,1
Verkehrsabgaben	3,5	3,5	3,3	3,3	3,3	3,5
Zölle	1,9	1,8	1,6	1,6	1,6	1,7
Verschiedener Fiskalertrag	1,0	1,0	1,0	0,9	2,0	1,9
Regalien und Konzessionen	2,3	2,3	2,0	2,1	2,3	2,2
Finanzertrag	2,0	5,1	4,3	4,8	2,2	2,2
Beteiligungsertrag	1,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zunahme von Equitywerten	–	3,2	2,8	3,4	1,3	1,3
Übriger Finanzertrag	0,9	1,9	1,5	1,4	0,9	0,9
Übriger Ertrag	2,5	3,2	3,1	4,5	2,9	2,9
Entgelte	2,4	2,4	2,4	2,1	2,1	1,9
Verschiedener Ertrag	0,1	0,8	0,7	2,4	0,8	1,0
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	–	0,0	0,0	0,1	0,2	0,0
Ordentlicher Aufwand	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Eigenaufwand	17,8	17,6	20,2	20,7	20,9	20,6
Personalaufwand	9,4	8,3	8,0	8,3	8,2	8,2
Sach- und Betriebsaufwand	5,8	6,0	6,6	7,1	7,0	6,7
Rüstungsaufwand	2,6	2,2	2,2	1,9	2,3	2,2
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	1,2	3,4	3,3	3,4	3,5
Transferaufwand	73,3	74,8	72,9	73,5	73,9	74,6
Anteile Dritter an Bundeserträgen	17,6	15,9	13,1	12,3	11,9	13,4
Entschädigungen an Gemeinwesen	2,1	1,8	1,4	1,3	1,4	1,4
Beiträge an eigene Institutionen	4,5	4,7	4,5	4,7	4,7	4,7
Beiträge an Dritte	21,2	17,9	22,4	23,0	23,7	22,9
Beiträge an Sozialversicherungen	27,8	24,7	24,0	24,7	24,7	24,9
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	–	9,1	6,8	7,0	6,8	6,8
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	–	0,7	0,7	0,4	0,6	0,5
Finanzaufwand	8,9	7,4	6,8	5,8	5,2	4,8
Zinsaufwand	8,7	6,7	5,9	5,3	5,0	4,6
Abnahme von Equitywerten	–	–	0,0	0,0	–	–
Übriger Finanzaufwand	0,2	0,7	0,9	0,5	0,2	0,2
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	–	0,2	0,1	0,0	–	–

Hinweise:

- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.
- Strukturbruch durch die Einführung des NRM im Jahr 2007. Die Zahlen 2007 und 2008 sind nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände vorgenommen.

C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2011

Mio. CHF	Total Voranschlag 2011	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	EVD	UVEK
Ordentlicher Ertrag	61 789	19	41	81	500	107	60 506	251	284
Fiskalertrag	57 268	–	–	–	405	–	56 827	–	36
Direkte Bundessteuer	17 547	–	–	–	–	–	17 547	–	–
Verrechnungssteuer	3 707	–	–	–	–	–	3 707	–	–
Stempelabgaben	2 750	–	–	–	–	–	2 750	–	–
Mehrwertsteuer	21 450	–	–	–	–	–	21 450	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 448	–	–	–	–	–	7 448	–	–
Verkehrsabgaben	2 150	–	–	–	–	–	2 150	–	–
Zölle	1 020	–	–	–	–	–	1 020	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	1 196	–	–	–	405	–	755	–	36
Regalien und Konzessionen	1 336	–	–	–	–	–	1 139	168	29
Finanzertrag	1 383	0	–	1	0	0	1 363	18	1
Beteiligungsertrag	0	–	–	–	–	–	0	0	–
Zunahme von Equitywerten	800	–	–	–	–	–	800	–	–
Übriger Finanzertrag	583	0	–	1	0	0	563	18	1
Übriger Ertrag	1 774	19	41	80	95	107	1 148	65	219
Entgelte	1 179	19	41	79	81	58	773	55	73
Verschiedener Ertrag	594	0	0	1	14	49	375	10	146
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	29	–	–	–	–	–	29	–	–
Ordentlicher Aufwand	62 312	371	2 558	20 496	1 902	5 265	15 764	6 226	9 730
Eigenaufwand	12 827	371	700	522	580	5 050	2 672	479	2 453
Personalaufwand	5 118	294	518	317	368	1 608	1 336	336	342
Sach- und Betriebsaufwand	4 204	77	176	199	164	1 828	958	136	666
Rüstungsaufwand	1 341	–	–	–	–	1 341	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 163	1	6	6	48	273	379	6	1 444
Transferaufwand	46 474	–	1 859	19 974	1 322	215	10 082	5 747	7 275
Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 321	–	–	–	415	–	6 953	–	953
Entschädigungen an Gemeinwesen	896	–	–	33	755	71	–	3	33
Beiträge an eigene Institutionen	2 954	–	–	2 305	–	–	–	32	617
Beiträge an Dritte	14 271	–	1 836	2 466	134	139	3 129	5 105	1 463
Beiträge an Sozialversicherungen	15 521	–	–	15 097	–	–	–	424	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 210	–	–	73	18	5	–	140	3 974
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	302	–	23	–	–	–	–	43	236
Finanzaufwand	3 012	–	–	–	–	0	3 010	–	2
Zinsaufwand	2 886	–	–	–	–	0	2 884	–	2
Übriger Finanzaufwand	126	–	–	–	–	–	126	–	–

C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2010

Mio. CHF	Total Voranschlag 2010	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	efd	EVD	UVEK
Ordentlicher Ertrag	58 201	19	42	451	96	150	57 065	248	130
Fiskalertrag	53 822	–	–	370	–	–	53 425	–	27
Direkte Bundessteuer	16 485	–	–	–	–	–	16 485	–	–
Verrechnungssteuer	3 010	–	–	–	–	–	3 010	–	–
Stempelabgaben	2 650	–	–	–	–	–	2 650	–	–
Mehrwertsteuer	20 260	–	–	–	–	–	20 260	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 390	–	–	–	–	–	7 390	–	–
Verkehrsabgaben	1 945	–	–	–	–	–	1 945	–	–
Zölle	920	–	–	–	–	–	920	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	1 162	–	–	370	–	–	765	–	27
Regalien und Konzessionen	1 325	–	–	–	–	–	1 128	168	28
Finanzertrag	1 272	0	–	1	0	0	1 251	19	1
Beteiligungsertrag	0	–	–	–	–	–	0	0	–
Zunahme von Equitywerten	775	–	–	–	–	–	775	–	–
Übriger Finanzertrag	496	0	–	1	0	0	476	18	1
Übriger Ertrag	1 684	19	42	80	96	150	1 163	62	74
Entgelte	1 224	19	42	79	79	107	783	48	67
Verschiedener Ertrag	460	0	0	1	16	43	380	14	7
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	99	–	–	–	–	–	99	–	–
Ordentlicher Aufwand	59 915	357	2 390	20 185	1 416	5 305	14 526	6 407	9 329
Eigenaufwand	12 496	357	658	510	555	5 080	2 664	453	2 219
Personalaufwand	4 927	285	498	304	344	1 575	1 292	310	318
Sach- und Betriebsaufwand	4 180	71	155	200	166	1 821	998	137	632
Rüstungsaufwand	1 355	–	–	–	–	1 355	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 034	1	5	6	45	328	374	6	1 268
Transferaufwand	44 282	–	1 732	19 675	862	225	8 724	5 953	7 110
Anteile Dritter an Bundeserträgen	7 151	–	–	455	–	–	5 749	–	947
Entschädigungen an Gemeinwesen	843	–	–	32	702	72	–	4	33
Beiträge an eigene Institutionen	2 838	–	–	2 314	–	–	–	32	492
Beiträge an Dritte	14 176	–	1 720	2 334	141	149	2 975	5 319	1 536
Beiträge an Sozialversicherungen	14 820	–	–	14 443	–	–	–	377	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 069	–	–	96	18	5	–	141	3 809
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	385	–	12	–	–	–	–	81	293
Finanzaufwand	3 137	–	–	–	–	0	3 137	–	–
Zinsaufwand	3 004	–	–	–	–	0	3 004	–	–
Übriger Finanzaufwand	134	–	–	–	–	–	134	–	–